

Beteiligungsbericht der Stadt Würselen Geschäfts-, Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2022



Amt 20
Finanzen und Controlling



Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2022 im Jahr 2024

Herausgeber: Stadt W ü r s e l e n
Der Bürgermeister
Morlaixplatz 1
52146 Würselen

Bearbeitung: Yvonne Römken
Telefon: 02405 67-2056
Internet: <http://www.wuerselen.de>
Mail: yvonne.roemkens@wuerselen.de

Vorwort

Die Stadt Würselen legt mit dieser Ausgabe den **Beteiligungsbericht für das Geschäfts-, Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2022** vor, in dem alle 14 unmittelbaren Beteiligungsgesellschaften und 5 mittelbare Beteiligungsgesellschaften dargestellt werden. Sie gibt damit Auskunft über ihre wirtschaftlichen Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts nach § 117 der Gemeindeordnung NRW.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Würselen soll die interessierten Leser, vor allem aber die Entscheidungsträger im Stadtrat und in der Verwaltung über die Struktur der bestehenden wirtschaftlichen Beteiligungen, insbesondere über

- den Gegenstand der Unternehmen,
- die organisatorische Struktur der Unternehmen,
- die Zusammensetzung und personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane,
- die Ziele der Stadt Würselen mit der Beteiligung,
- den zu erfüllenden öffentlichen Gesellschaftszweck,
- die Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten 2 Jahre,
- die Leistungen der Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und die Verbindungen zum städt. Haushalt,
- der Personalbestand jeder Beteiligung,

informieren, um sie damit bei ihrer verantwortungsvollen Steuerungsaufgabe als Aufsichtsratsvertreter oder Gesellschaftsvertreter unterstützen. Er soll aber darüber hinaus auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern fundierte Einblicke in die wirtschaftliche Betätigung ihrer Stadt geben.

Das betriebswirtschaftliche Zahlenmaterial stützt sich auf die zuletzt vorgelegten attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des **Geschäftsjahres 2022**. Die Angaben zu den Aufsichts- und Entscheidungsgremien spiegeln den Stand zum 31.12.2022 der Besetzung durch den Rat der Stadt Würselen.

Die Anlagen erhalten unter anderem eine Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen zum Stand August 2023. Ergänzend soll die Darstellung der Berechnungsgrundlage der Bilanzkennzahlen die Transparenz erhöhen.

Der Beteiligungsbericht steht im Internet unter www.wuerselen.de, Stichwort Beteiligungsbericht, bzw. im Serviceportal unter <https://serviceportal.wuerselen.de> direkt zum Download zur Verfügung:

Würselen, am 22.07.2024

In Vertretung

René Strotkötter
Erster Beigeordneter

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	6
2	Beteiligungsbericht 2022	8
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	8
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	9
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Würselen	10
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	13
3.2	Beteiligungsstruktur	13
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	16
3.4	Einzeldarstellungen	17
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen	17
3.4.1.1	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH	18
3.4.1.2	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	22
3.4.1.3	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH	28
3.4.1.4	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	32
3.4.1.5	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH	47
3.4.1.6	enwor - energie & wasser vor ort GmbH	71
3.4.1.7	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH	85
3.4.1.8	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädtRegion Aachen mbH	96
3.4.1.9	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH	104
3.4.1.10	d-NRW AöR	116
3.4.1.11	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	125
3.4.1.12	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung	136
3.4.1.13	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	145
3.4.1.14	KoPart eG	151
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen	156
3.4.2.1	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	156
3.4.2.2	Bauland Würselen GmbH & Co. KG	158
3.4.2.3	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	160
3.4.2.4	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	162

3.4.2.5	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	167
4	Darstellung der Betriebe gewerblicher Art sowie der Beteiligungsunternehmen	172
5	Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Institutionen	173
6	Berechnungsgrundlage für Finanzkennzahlen	184
7	Abkürzungsverzeichnis	185

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im

zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2022

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Würselen hat am 22.08.2023 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Würselen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Würselen hat am 25.06.2024 den Beteiligungsbericht 2022 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Würselen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Würselen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Würselen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Würselen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

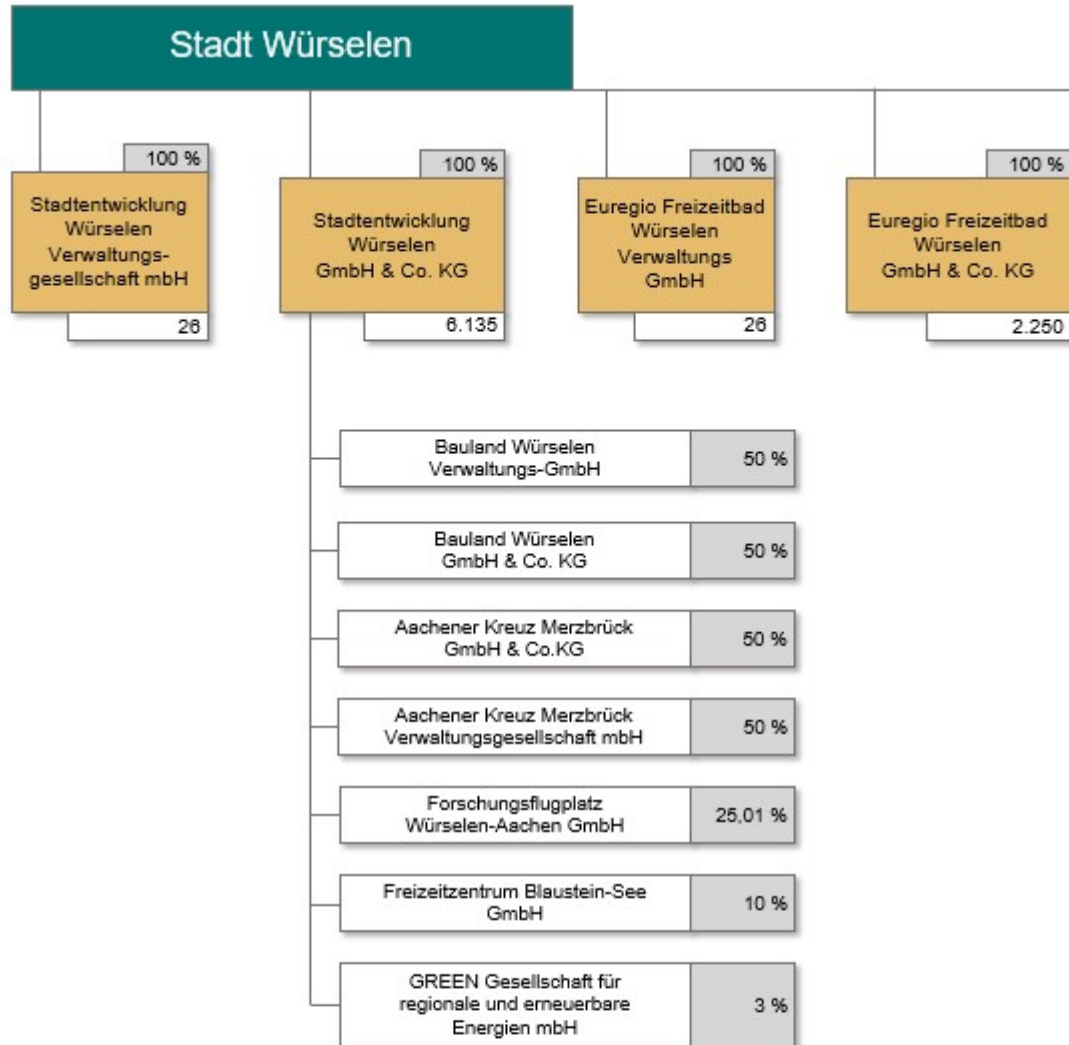
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Würselen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Würselen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Würselen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

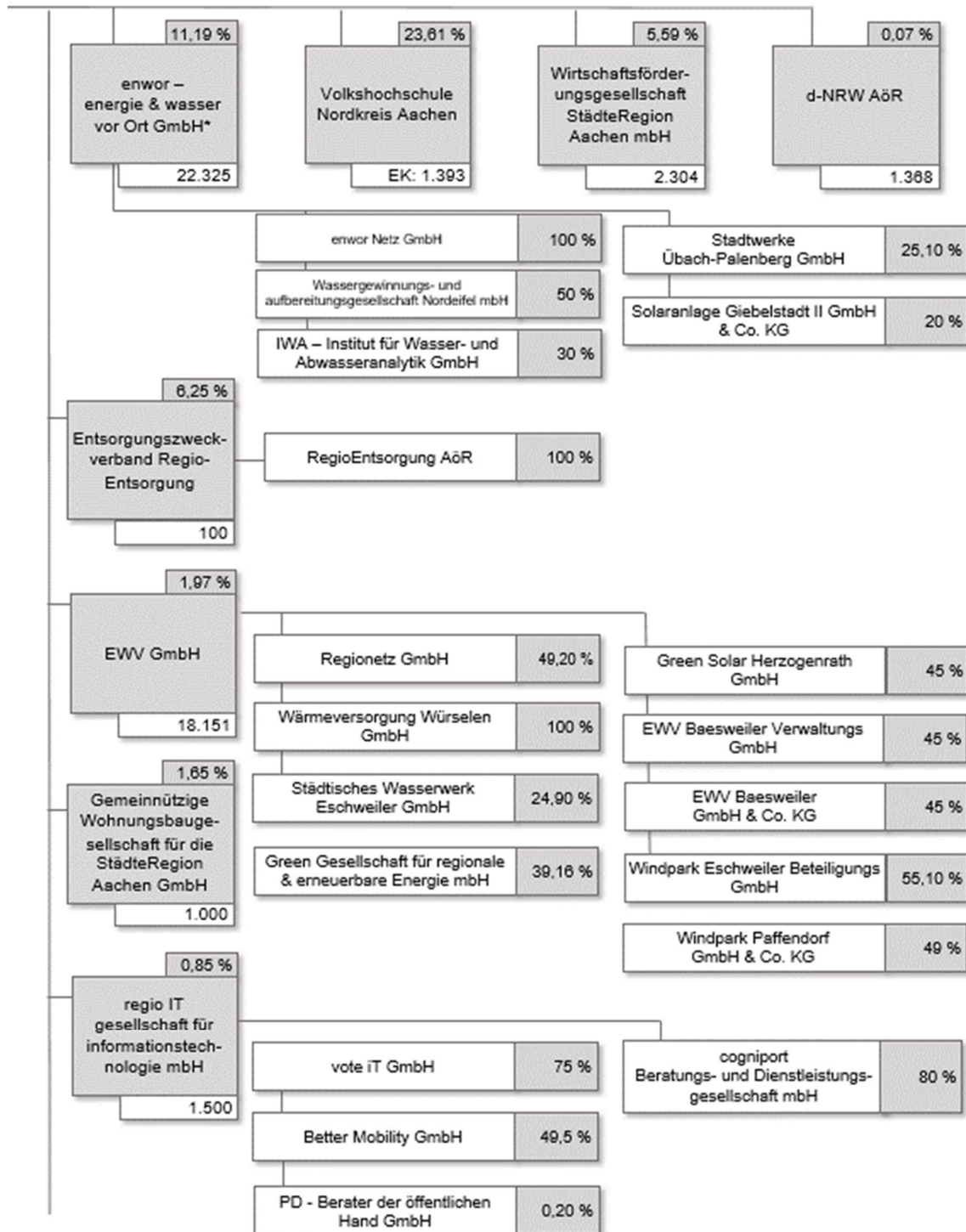
Hierzu kann die Stadt Würselen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten sowie Auszüge aus den jeweiligen Lageberichten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2022 festgestellten und testierten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2022. Daher sind keine Korrekturen erfolgt, insbesondere bezüglich der Grammatik und Darstellung der Zahlen. In den dargestellten Tabellen kann es zu Rundungsdifferenzen kommen (programmseitig). Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2022 aus.

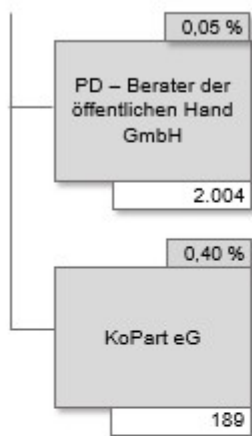
3 Das Beteiligungsportfolio



unmittelbare Mehrheitsbeteiligung	unmittelbare Minderheitsbeteiligung	Anteil in % Stammkapital in T€	mittelbare Beteiligung	Anteil in %
--------------------------------------	--	--------------------------------------	------------------------	-------------



* Hier nur mittelbare Beteiligungen mit wesentlichem Anteil (ab 20 %) abgebildet. Gesamte Auflistung der Beteiligungen der enwor – energie & wasser vor Ort GmbH auf Seite 72 einsehbar.



Stand: 31.12.2022

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2022 hat es die folgenden Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Würselen gegeben.

Zugänge und Abgänge

Der Rat der Stadt Würselen hat in seiner Sitzung am 21.06.2022 einer Eigenkapitalaufstockung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG in Höhe von 3.000.000,00 EUR beschlossen. Die Aufstockung diene zur Unterstützung der mit der Errichtung des Aero Park Merzbrück verbundenen Perspektiven zur Realisierung eines überregional bedeutsamen Gewerbegebietes mit Ansiedlungen aus dem Bereich der luftfahrtbezogenen Forschung und Entwicklung in der StädteRegion Aachen durch die AKM GmbH & Co. KG.

Am 01.02.2022 hat der Rat der Stadt Würselen den Beitritt zu der KoPart eG mit einem Geschäftsanteil zugestimmt. Die Zulassung des Beitritts erfolgte am 24.03.2022.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Bei der d-NRW AöR sind im Jahr 2022 82 neue Städte und Gemeinden sowie 3 neue Kreise als Träger hinzugekommen. Damit erhöht sich das Stammkapital von 1.281.000,00 Euro auf 1.368.000,00 Euro.

Ausblick auf geplante Änderungen

Für 2023 ist eine weitere Eigenkapitalaufstockung bei der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG in Höhe von 5.400.000,00 Euro umgesetzt worden. Die Mittel sollen an die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG weitergereicht werden, um das Projekt „Merzbrück“ finanzieren zu können.

3.2 Beteiligungsstruktur

Unmittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2022	Anteil der Stadt Würselen am Stammkapital	
		TEURO	TEURO	%
1	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH	26,0	26,0	100,00
	Jahresergebnis 2022	2,6		
2	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	2.250,0	2.250,0	100,00
	Jahresergebnis 2022	-1.140,8		
3	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH	26,0	26,0	100,00
	Jahresergebnis 2022	1,8		
4	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	6.135,0	6.135,0	100,00
	Jahresergebnis 2022	31,0		
5	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH	18.151,5	357,6	1,97
	Jahresergebnis 2022	24.520,7		
6	enwor - energie & wasser vor ort GmbH	22.325,0	2.497,9	11,20
	Jahresergebnis 2022	6.455,6		
7	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städte-Region Aachen GmbH	1.000,0	16,5	1,64
	Jahresergebnis 2022	2.535,6		
8	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädtRegion Aachen mbH	2.303,5	151,3	5,59
	Jahresergebnis 2022	37,9		
9	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH	1.500,0	12,9	0,86
	Jahresergebnis 2022	10.506,3		
10	d-NRW AöR	0,0	1,0	0,08
	Jahresergebnis 2022	0,0		
11	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	1.041,4	1,0	0,05
	Jahresergebnis 2022	9.353,4		
12	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung	0,0	1,5	6,25
	Jahresergebnis 2022	0,0		
13	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	0,0	18,1	23,61
	Jahresergebnis 2022	-139,9		
14	KoPart eG	189,8	0,8	0,40
	Jahresergebnis 2022	61,7		

Mittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2022	Durchgerechneter Anteil der Stadt Würselen
		TEURO	%
1	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	25,5	50,00
	Jahresergebnis 2022	-16,4	
2	Bauland Würselen GmbH & Co. KG	0,0	50,00
	Jahresergebnis 2022	-1,5	
3	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	25,2	50,00
	Jahresergebnis 2022	0,1	
4	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	6.025,2	50,00
	Jahresergebnis 2022	9,7	
5	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	57,0	25,01
	Jahresergebnis 2022	-175,7	

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanz- und Leistungsbeziehungen in TEURO	gegenüber	Stadt Würselen	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG
Stadt Würselen	Forderungen		777,3	3.290,9
	Verbindlichkeiten		308,9	121,1
	Erträge		190,4	3.903,9
	Aufwendungen		1.918,9	1.248,6
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Forderungen	0,0		
	Verbindlichkeiten	259,0		
	Erträge	383,5		
	Aufwendungen	187,8		
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	Forderungen	973,5		
	Verbindlichkeiten	3.243,9		
	Erträge	469,3		
	Aufwendungen	84,8		

Zwischen der Stadt Würselen und den verbundenen Unternehmen wird kein Saldenabgleich zum Ende des Jahres vorgenommen.

3.4 Einzeldarstellungen

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Würselen zum 31. Dezember 2022

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Würselen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Würselen mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Stadt Würselen mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Würselen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliederungsvermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Würselen zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Würselen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Würselen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH

Basisdaten

Anschrift	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH Willy-Brandt-Ring 100 52146 Würselen
Gründungsjahr	1992
Telefon	02405/411925
Telefax	02405/411920

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	26,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2022 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Würselen und der Euregio Freizeitbad Würselen Verwaltung GmbH geflossen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	98	95	3
Umlaufvermögen	391	287	104	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	5	2	3
				Verbindlichkeiten	288	189	99
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	391	287	104	Bilanzsumme	391	287	104

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	104	96	8
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-101	-92	-9
3 Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-1	0
4 Ergebnis nach Steuern	3	3	-1
6 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	3	-1

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	25,0 %	33,2 %	-8,2 %
Eigenkapitalrentabilität	2,6 %	3,3 %	-0,7 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	299,7 %	201,3 %	98,4 %
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Personalbestand

Die Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Ihrem Unternehmenszweck entsprechend hat die Gesellschaft als Komplementärin die persönliche Haftung und die Geschäftsführung der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG, Würselen, an der sie vermögensmäßig nicht beteiligt ist, übernommen.

Weitere Aktivitäten hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 nicht entfaltet. Eine Ausdehnung des Unternehmenszwecks ist auch derzeit nicht vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Jahresüberschuss von 2.585,16 € erwirtschaftet.

Chancen und Risiken hängen ausschließlich von der Entwicklung der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG ab. Es wird auf die dortige Berichterstattung verwiesen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Nürnberg, Claus	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.2 Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG Willy-Brandt-Ring 100 52146 Würselen
Gründungsjahr	1993
Internet	www.aquana.de
Telefon	02405/411925
Telefax	02405/411920

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeitbades mit Sportbecken und Freibad.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung des Schwimmsports für Schulen und Vereine sowie Freizeitgestaltung für die Bevölkerung.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen. Die Erzielung eines zufrieden stellenden Ertrags war hinsichtlich der Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht möglich.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	2.250,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Stadt Würselen bezahlt einen jährlichen Betriebskostenzuschuss. Als Gegenleistung stellte die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG Stunden für das Schul- und Vereinsschwimmen bereit. Daneben trägt die Stadt Würselen die Verluste der Gesellschaft, und zwar nach Abzug der Abschreibung und zuzüglich der Tilgung der Kredite.

Der Betriebskostenzuschuss für 2022 betrug 410.315,52 EUR (VJ: 410.315,52 EUR).

Die gezahlte Verlustabdeckung für 2022 betrug 1.508.600,00 EUR (VJ: 1.652.600,00 EUR). Davon sind 456.000,00 EUR als zusätzliche Verlustabdeckung aufgrund von Corona ausgezahlt worden. Es wurden 214.678,96 € aus Abrechnungen als Abgrenzungsbuchungen gebucht.

Als Erträge konnte die Stadt Würselen 148.288,67 EUR aus Leistungsbeziehungen, 41.015,96 EUR aus Steuererträgen sowie 120,00 EUR aus sonstigen Erträgen generieren.

Zur Abdeckung des bei der Euregio Freizeitbad veranschlagten nicht durch Eigenkapital gedeckten Verlustanteils der Kommanditistin hat die Stadt Würselen entsprechende Rückstellungen gebildet.

Gebildete Rückstellung für 2022: 779.354,89 € (VJ: 1.702.252,35 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.043	1.374	-331	Eigenkapital	-779	-1.060	281
Umlaufvermögen	644	445	198	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	119	101	18
				Verbindlichkeiten	2.369	2.791	-423
Aktive Rechnungsabgrenzungen	23	16	7	Passive Rechnungsabgrenzungen	1	4	-3
Bilanzsumme	2.489	2.896	-407	Bilanzsumme	2.489	2.896	-407

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Anlagevermögens hat die Stadt Würselen Bürgschaften bzw. Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften wirtschaftlich gleichkommen, gewährt. Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2022 beträgt 893.992,17 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	2.725	1.463	1.262
3 Sonstige betriebliche Erträge	16	42	-26
4 Materialaufwand	-1.509	-807	-703
5 Personalaufwand	-1.534	-1.065	-468
6 Abschreibungen	-293	-279	-14
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-293	-279	-14
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-477	-448	-29
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-27	0	-27
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-38	38
10 Ergebnis nach Steuern	-1.100	-1.133	33
11 Sonstige Steuern	-41	-41	0
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.141	-1.174	33
13 Erfolgssonderkonten aus Vorjahr	-3.310	-3.850	540
14 Einzahlungen im Geschäftsjahr	1.421	1.714	-293
15 Erfolgssonderkonten	-3.029	-3.310	281

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	-31,3 %	-36,6 %	5,3 %
Eigenkapitalrentabilität	146,4 %	110,7 %	35,6 %
Anlagendeckungsgrad 2	-74,7 %	-77,1 %	2,4 %
Verschuldungsgrad	-319,2 %	-272,8 %	-46,3 %
Umsatzrentabilität	-41,9 %	-80,2 %	38,4 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 69) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Geschäftsverlauf

Der Fehlbetrag 2022 beträgt 1.140.794,39 €. Dass nach wie vor Verluste erwirtschaftet werden, ist branchenüblich.

Das Geschäftsjahr 2022 war im ersten Quartal maßgeblich geprägt durch die Corona bedingten behördlich vorgegebenen Infektionsschutzmaßnahmen, den daraus resultierenden limitierten zugelassenen Besucherzahlen sowie einer Zurückhaltung der Gäste aufgrund eines möglichen Infektionsrisikos. Mit Wegfall der behördlich vorgegebenen Infektionsschutzmaßnahmen ab dem zweiten Quartal 23 konnte der Regelbetrieb in allen Bereichen erstmals seit 2019 wieder hochgefahren werden.

Die notwendige Sanierung des Indoor Sportbeckens, deren daher erforderlichen temporären Schließung sowie die vorübergehende Überdachung des Outdoor Sportbeckens haben im Jahr 2022 zu einer a.o. Kostenbelastung geführt. Die im Geschäftsjahr deutlich gestiegene Kosten für die Energieversorgung und im Wareneinkauf machten die Preisanpassung beim Eintrittspreis sowie im Imbiss und Saunaservice erforderlich.

Ab dem vierten Quartal 22 wurden im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes notwendige Gehaltsanpassungen vorgenommen.

Im 2. Halbjahr 2022 wurde mit der Beauftragung des Ingenieurbüros INCO die Planung und Konzeption der für das Jahr 2023 anstehenden und notwendigen Sanierung der Beckenwassertechnik gestartet.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet und aus strukturellen Gründen nicht in der Lage, sämtliche Aufwendungen durch eigene Einnahmen zu decken. Im Berichtsjahr besteht eine Finanzierungslücke, in Höhe des nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteils der Kommanditistin in Höhe von 779.354,89 €. Diese Finanzierungslücke wird im Jahresabschluss 2022 der Stadt Würselen als eine entsprechende Rückstellung bilanziert.

Die Verluste 2022 wurden, wie die Verluste der vergangenen Jahre, durch Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafterin ausgeglichen. In der Sitzung des Rates der Stadt Würselen am 14.12.2017 wurde der Beschluss, die durch den Betrieb der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH, & Co KG entstandenen Verluste auch zukünftig durch den städtischen Haushalt abzudecken, mehrheitlich bestätigt. Der Gesellschafterin liegt die Mehrjahresplanung der zu erwartenden Verluste bis einschließlich 2027 vor. Im genehmigten Doppelhaushalt der Gesellschafterin für die Jahre 2023 und 2024 sind die budgetierten Verlustausgleichszahlungen berücksichtigt.

Ausblick Chancen und Risiken

Der Betrieb eines Freizeitbades ist in der Summe über alle Geschäftsbereiche, begründet in seinem öffentlichen Zweck, grundsätzlich defizitär. Dies ist auch dem einzigen Gesellschafter die Stadt Würselen, bewusst. Auch in den bisherigen Lageberichten zu den Jahresabschlüssen wurde darauf hingewiesen, dass jährliche Ausgleichszahlungen in Höhe der liquiditätswirksamen Verluste, einschließlich Investitionsausgaben und Tilgungen, Voraussetzung für die Fortführung des Geschäftsbetriebes sind.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2022 ist noch von den Corona bedingten Einschränkungen sowie den massiven Kostensteigerungen besonders bei den Energiekosten gekennzeichnet. Die seit 2019 eingeleitete Unternehmensstrategie das Aquana im Freizeitbad- und Saunabereich wieder zu einer bekannten und für den Gast auch zu einer attraktiven Marke im Sport- und Freizeitbereich aufzubauen bei gleichzeitiger Steigerung der Fachkompetenz als Anbieter einer eigenen Schwimmschule, für Vereins-, Schulschwimmen sowie für verschiedene Sportvereine konnte im Jahr 2022 wieder aufgenommen und weiter entwickelt werden. Die Entwicklung der Besucherzahlen bestätigen, dass die Unternehmensstrategie auch positiv von den Gästen angenommen wird. Mit der im Jahr 2023 anstehenden Sanierung der Beckenwassertechnik werden die Voraussetzungen für eine nachhaltige Reduzierung des Energiever-

brauchs geschaffen. Die Sanierung wird bei laufendem Geschäftsbetrieb durchgeführt, was für die Planung und Umsetzung eine besondere Herausforderung darstellt, aber nach den vielen Corona bedingten Schließungszeiten der Vergangenheit alternativlos ist. Für das Jahr 2023 ist neben der Sanierung der Beckenwassertechnik die Erarbeitung eines nachhaltigen Energiekonzeptes unter Nutzung von regenerativer Energieversorgung vorgesehen. Mit diesen Maßnahmen werden die Voraussetzungen für eine mittel- und langfristige Nachhaltigkeit sowie für die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit geschaffen. Für 2023 wird ein Fehlbetrag in vergleichbarer Höhe zum Vorjahr erwartet.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Nürnberg, Claus	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Bürgermeister Stadt Würselen	
Benja, Michaela Qualitätsmanagementbeauftragte	Stadtverordnete(r) UWG	
Claßen, Melanie Leitung Rechnungswesen	Stadtverordnete(r) CDU	
Dumke, Andreas Math. Techn. Assistent	Stadtverordnete(r) SPD	
Janas, Ervin Rentner/Minijober	Stadtverordnete(r) SPD	
Kurmann, Jörg Pflegedirektor	Stadtverordnete(r) SPD	
Mimberg, Marietheres Unternehmensberaterin	Stadtverordnete(r) B90/Die Grünen	
Tremöhlen, Heike Hauswirtschaftsleitung	Stadtverordnete(r) CDU	
Woltery, Lukas Kfm. Leitung/Steuerberater	Stadtverordnete(r) CDU	
Kaminski, Rebecca Studentin der Rechtswissenschaft	Sachkundiger Bürger SPD	
Tirtey, Balthasar Polizeibeamter	Sachkundiger Bürger CDU	
Wetzstein, Wolfgang Laborleitung	Sachkundiger Bürger B90/Die Grünen	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 41,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1993 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.3 Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH Klosterstr. 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1995
Internet	www.sew-wuerselen.de
Telefon	02405/671501
Telefax	02405/49939-400

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist die Begrenzung der Haftung für die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG.
Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	26,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2022 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Würselen und der Stadtverwaltung Würselen Verwaltungs- GmbH geflossen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	79	77	2
Umlaufvermögen	106	103	3	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	11	18	-7
				Verbindlichkeiten	16	8	8
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	106	103	3	Bilanzsumme	106	103	3

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs-GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	1	1	0
2 Sonstige betriebliche Erträge	147	124	23
3 Personalaufwand	-144	-118	-25
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3	-6	3
5 Erträge aus Beteiligungen	1	1	0
6 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-0	-0	-0
7 Ergebnis nach Steuern	2	2	0
8 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	2	0

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	74,6 %	75,2 %	-0,7 %
Eigenkapitalrentabilität	2,3 %	2,3 %	-0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	34,1 %	33,0 %	1,2 %
Umsatzrentabilität	141,0 %	138,9 %	2,1 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Jahresüberschuss von 1.832,66 € erwirtschaftet.

Chancen und Risiken hängen ausschließlich von der Entwicklung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG ab. Es wird auf die dortige Geschäftsentwicklung verwiesen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Knisch, Marc	Geschäftsführung	
Pasderski, Dr. Edgar	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.4 Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG Klosterstr. 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1995
Internet	www.sew-wuerselen.de
Telefon	02405/671501
Telefax	02405/49939-400

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen in Kooperation mit der Zukunftsinitiative im Aachener Raum (ZAR e.V.), mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Aachen GmbH und mit der AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovations- und Technologietransfer mbH unter Beachtung der regionalen Strukturentwicklungsplanung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Kreises Aachen.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- die Stadt Würselen in Fragen der örtlichen und überörtlichen Planung zu beraten und zu unterstützen,
- in Abstimmung mit der Stadt Würselen das Grundstücksmanagement zu betreiben und insbesondere stadtentwicklungsrelevante Flächen zu erwerben, zu überplanen, zu erschließen, zu bebauen und zu vermarkten,
- sich zur Erreichung ihres Zwecks an anderen Gesellschaften zu beteiligen.

Zweck der Beteiligung ist auch die Durchführung von Kulturveranstaltungen aller Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, deren Vertretung übernehmen oder Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist die Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen sowie Gewährleistung der Durchführung von Kulturveranstaltungen in Würselen. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	6.135,0	100,00

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	3.012,6	50,00
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH	18,8	3,00
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	14,3	25,01
Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	12,8	50,00
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	12,6	50,00
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	2,6	10,00
Bauland Würselen GmbH & Co. KG	1,0	50,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2022 hat die Stadt Würselen 3.903.897,82 EUR Erträge von der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG erhalten. Der größte Anteil in Höhe von 3.565,000 EUR resultiert aus einer in 2022 abgerufenen Gewinnausschüttung. Des Weiteren wurden Erträge aus Leistungsbeziehungen mit 180.287,46 EUR verbucht. Die Aufwendungen in Höhe von 1.248.571,71 EUR setzen sich aus den monatlichen Abschlägen der Stadt Würselen an die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG in einer Gesamthöhe von 581.800,23 EUR, 103.708,84 EUR aus Mietzahlungen und 564.161,25 EUR Kapitalertragssteuer aus der Gewinnabführung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	18.317	13.808	4.509	Eigenkapital	9.803	10.394	-591
Umlaufvermögen	7.150	8.032	-882	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	406	459	-53
				Verbindlichkeiten	15.263	10.991	4.272
Aktive Rechnungsabgrenzungen	10	10	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	6	6	-0
Bilanzsumme	25.478	21.850	3.628	Bilanzsumme	25.478	21.850	3.628

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Anlagevermögens hat die Stadt Würselen Bürgschaften bzw. Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften wirtschaftlich gleichkommen, gewährt. Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2022 beträgt 17.912.500,00 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	3.178	3.264	-86
2 Sonstige betriebliche Erträge	195	183	12
3 Materialaufwand	-913	-1.200	286
4 Personalaufwand	-634	-566	-68
5 Abschreibungen	-385	-401	16
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.327	-1.147	-181
7 Erträge aus Beteiligungen	5	1	4
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30	29	0
9 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-1	-1	1
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-105	-91	-14
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-11	-15	4
13 Ergebnis nach Steuern	31	57	-26
14 Sonstige Steuern	-0	-0	-0
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31	57	-26

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	38,5 %	47,6 %	-9,1 %
Eigenkapitalrentabilität	0,3 %	0,5 %	-0,2 %
Anlagendeckungsgrad 2	53,5 %	75,3 %	-21,8 %
Verschuldungsgrad	159,8 %	110,2 %	49,7 %
Umsatzrentabilität	1,0 %	1,7 %	-0,8 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 14) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Branchenkonjunktur

Die Branchenkonjunktur stellte sich allgemein im Geschäftsjahr bis zum Herbst 2022 trotz noch anhaltender Coronapandemie und Ukrainekrieg noch als relativ positiv dar. Die Gesamtlage änderte sich indes zum Herbst des Jahres durch zunehmende Erhöhung der Energiepreise und insbesondere aufgrund des stetig steigenden Zinsniveaus seit Februar 2022. Nicht zuletzt wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, des weiterhin steigenden Zinsniveaus und der Inflationswerte stellt sich im Gegensatz zu den Vorjahren die Branche nicht mehr positiv dar. Kurzfristig ist von einer Besserung der Lage nicht auszugehen. Negative Effekte werden die Branche sicherlich noch Jahre beeinflussen. Nicht zuletzt aufgrund des Ukrainekrieges und der davon ausgehenden Effekte wie Erhöhung der Energiepreise und Lieferengpässe bei einer Vielzahl von Materialien ist weiterhin mit einer angespannten Situation zu rechnen, auch wenn die „Überhitzung der Immobilienpreise“ sich im Laufe des Jahres zunehmend abkühlte. Gleichwohl ist weiterhin grundsätzlich ein hohes Niveau bei den Baustoffpreisen zu verzeichnen.

Wettbewerbssituation

Bedingt durch das knappe Angebot an Wohnbauflächen innerhalb des Hoheitsgebietes der Stadt Würselen ist bei der planerischen Entwicklung von Wohnbau land durch die SEW vom Grundsatz her eher keine Wettbewerbssituation mit Dritten gegeben. Aktuell zeichnet sich eine solche jedoch in drei Ortsbereichen ab: Im sogenannten „Singer gelände“ (Stadtmitte), auf dem Betriebsgrundstück „Kinkartz“ (Broichweiden) sowie auf dem „Kronenbrotgelände“ (ebenfalls Broichweiden bzw. Linden-Neusen). In den genannten Gebieten planen jeweils private Grundstückseigentümer größere Wohnbausiedlungen. Das Singergrundstück weist zudem eine innerstädtische 1A-Lage auf. Aber selbst für den Fall, dass die Großflächen zukünftig als Wohngebiet komplett oder größtenteils ausgewiesen werden sollten, ist von einer nennenswerten Beeinträchtigung hierdurch bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens nicht auszugehen. Weiterhin ist sowohl überregional als regional von einer großen Nachfrage nach Wohnraum auszugehen. Insbesondere gilt dies für bezahlbaren Wohnraum (Sozialwohnungen). Genau in diesem Sektor engagiert sich die SEW zunehmend. Aber auch hier gilt es, wie bereits ob ausgeführt, die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung abzuwarten. Gerade die allgemeine Zinsentwicklung führt dazu, dass Verbraucher zurückhaltender reagieren.

Im Hinblick auf „Sozialwohnungen“ bzw. öffentlich geförderten Wohnraum ist festzuhalten, dass gem. Beschlusslage des Rates der Stadt Würselen 33% des Wohnraums als öffentlich geförderter Wohnraum bereit zu stellen sind. Durch eine diesbezügliche Deckelung der Mietpreise und gleichzeitig steigenden Bau- und Finanzierungskosten wird es immer schwieriger, diesen öffentlichen Auftrag „wirtschaftlich realisierbar für die SEW“ umzusetzen. Ohne öffentliche Fördermöglichkeiten wäre dieser Auftrag schwer zu erfüllen.

Da neben der SEW von fremden Dritten keine Gewerbegebiete entwickelt werden, ist hier innerhalb des Stadtgebietes keine Wettbewerbssituation gegeben.

Bei der regionalen und überregionalen Betrachtung des Wohnungs- und des Gewerbemarktes entstehen Konkurrenzsituationen mit anderen Anbietern. Hier spielen die räumliche Nähe zum Oberzentrum und die verkehrsgünstige Lage der Stadt Würselen eine weitere entscheidende positive Rolle für die Entwicklungsmaßnahmen der SEW.

Eine besondere Wettbewerbssituation ist für die Durchführung der Kulturveranstaltungen auf der Freilichtbühne Burg Wilhelmstein gegeben, da diese grundsätzlich in Konkurrenz zu anderen Spielstätten steht. Als regionales Alleinstellungsmerkmal ist jedoch der Standort der Burg, deren Ausbau als Freilichtbühne und deren allgemein geschätztes Ambiente anzusehen.

Marktstellung des Unternehmens

Innerhalb des Stadtgebietes Würselens kommt der SEW eine herausgehobene Marktstellung zu, da sie die städtischen Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Liegenschaften für die Stadt wahrnimmt. Auch bei den stadtentwicklungsrelevanten Aktivitäten der Gesellschaft ist eine besondere Marktstellung gegeben, da auch hier das Zusammenwirken zwischen der Stadt selbst und dem Entwicklungsträger von herausgehobener Bedeutung ist.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2022 konnte die Stadtentwicklungsgesellschaft ihre ursprünglich im Wirtschaftsplan vom 10.11.2021 zum Wirtschaftsjahr 2022 vorgegebenen Ziele (damalig kalkuliertes Gesamtergebnis von einem Defizit i.H. TEUR 78) – wenn auch geringfügig – positiv übertreffen, so dass ein positives Gesamtergebnis von ca. TEUR 31 erzielt werden konnte. Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr bei 3,177 Mio. € gegenüber 3,263 Mio. € im Vorjahr. Die periodenfremden Erträge, die im Vorjahr noch 142 TEUR betrugen, lagen nur noch bei TEUR 56. Dieser starke Abfall ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass noch im Vorjahr Nachforderungen (ca. 118 TEUR) der Gesellschaft gegenüber der Stadt Würselen aus dem Vertrag zur Umsetzung der städtischen Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsaufgaben bestanden. Andererseits sind für das Geschäftsjahr periodenfremde Erträge (mit 19% USt) i.H. von ca. 46 TEUR zu verzeichnen, resultierend aus der Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft aus einem unwirksamen Beratungsmandat. Der Aufwand für Personal stieg signifikant von 566 TEUR auf 634 TEUR. Dies ist im Wesentlichen auf eine Neueinstellung eines Mitarbeiters zum November 2021 zurückzuführen, dessen Personalkosten sich erstmalig volljährig im Jahr 2022 niederschlugen. Die Abschreibungen i.H.v. 385 TEUR lagen geringfügig unter dem Vorjahresniveau von 401 TEUR, wohingegen sich der Aufwand für Versicherungen und Beiträge von 59 TEUR auf 80 TEUR erhöhte. Die Objekte Kaiserstr. 114 bis 118 wurden noch bis Ende 2021 durch eine Objektverwaltung veraltet. Dementsprechend wurden die für diese Objekte anfallenden Versicherungsbeiträge und Abgaben noch über das dort geführte Objektkonto abgebildet.

Eine Abweichung zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr auch bei der Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“. Hier sank die Position von 1,19 Mio. € (Vorjahr) auf 913 TEUR.

Die Raumkosten konnten trotz steigender Energiekosten insgesamt konstant gehalten werden. Die Kosten lagen wie im Vorjahr bei 258 TEUR. Dies ist besonders erwähnenswert, da die Energiekosten von 29 TEUR im Jahr 2020 auf 50 TEUR im Jahre 2021 auf nunmehr 60 TEUR im Berichtsjahr stiegen. Im Bereich „verschiedene betriebliche Kosten“ sind bei drei Positionen teils erhebliche Steigerungen zu verzeichnen. Bei „Personalaufwand Verwaltungs GmbH“ ist eine Erhöhung von 35 TEUR auf 143 TEUR zu verzeichnen, was auf die Einstellung eines zweiten Geschäftsführers zum Oktober 2022 zurückzuführen ist. Ein weiterer erheblicher Anstieg liegt bei den Fremdleistungen im Kulturbereich von 307 TEUR (2021) auf 494 TEUR vor. Dem Anstieg des Aufwandes bei der Kultur steht allerdings spiegelbildlich ein erheblich gesteigerter Umsatzerlös von 416 TEUR (2021) auf 658 TEUR (2022) gegenüber. Unter Berücksichtigung sonstiger betrieblicher Erträge (Ausgleichszahlungen im Rahmen coronabedingter Fördermaßnahmen) i.H.v. 98 TEUR musste im Teilbereich „Kultur“ ein Jahresfehlbetrag von 5 TEUR hingenommen werden. Dies ist mit Abstand der geringste Jahresfehlbetrag im Bereich Kultur seit Übernahme dieser Sparte. Noch im Vorjahr lag der Jahresfehlbetrag der Sparte Kultur bei 116 TEUR. Realistischerweise muss man aber anführen, dass es sich nur um einen Einmaleffekt handeln wird. Coronabedingte Förderungen gibt es im Jahr 2023 nicht mehr.

Die Mieterträge sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 45 TEUR gestiegen. Die Steigerung ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass das ehemalige und leerstehende Studio in der Elchenrather Str. an die Stadt Würselen zwecks Unterbringung von Flüchtlingen vermietet werden konnte.

Die Erträge aus dem bestehenden Vertrag der SEW mit der Stadt Würselen zur Umsetzung der städtischen Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsaufgaben mit einem Jahresnettoertrag sind von 451 TEUR (Vorjahr) auf 469 TEUR gestiegen.

Aufgrund von Flächenzu- und -abgängen im Berichtsjahr hat sich der Grundstücksbestand des Umlaufvermögens von 194.165m² auf 192.821m² verändert.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag der SEW resultierenden Verpflichtungen zur Einhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr 2022 erfüllt, da in diesem Jahr die Aufgaben der SEW wiederum insbesondere Aktivitäten im Bereich der Kultur und Wirtschaftsförderung sowie der Wohnraumversorgung umfassten.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft erhöhte sich von 13,808 Mio. € auf 18,317 Mio. € im Berichtsjahr. Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung des Kommanditanteils von 3,343 Mio. € auf 6,356 Mio. € zurückzuführen, die wiederum im Zusammenhang mit der Erhöhung des Kommanditanteils der SEW GmbH & Co KG an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co KG steht. Bei der letzteren Gesellschaft hatten die Gesellschafter beschlossen, den Kommanditanteil zu erhöhen, um hieraus wiederum die anstehende Erschließung des Gewerbegebietes Aachener Kreuz (1. Bauabschnitt = Gebiet B – Plan 182) zu finanzieren. Weitere nennenswerte Verschiebungen zu den Vorjahreswerten ergaben sich bei den Sachanlagen insbesondere bei der Position „geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau“, die sich von 226 TEUR (2021) auf 2,088 Mio. € erhöhte, welches hauptsächlich auf den Baufortschritt der Objekte in der Kesselsgracht zurückzuführen ist.

Die Geschäftsausstattung erhöhte sich geringfügig von 19 TEUR (2021) auf 28 TEUR und erreichte damit in etwa das Niveau von 2019 (24 TEUR).

Das Vorratsmögen verringerte sich erneut. Lag dieses im Jahre 2019 noch bei 5,282 Mio. € und im Vorjahr noch bei 4,8 Mio. €, so beläuft sich der Wert im Geschäftsjahr auf 4,0 Mio. €.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der Gesellschaft erhöhten sich um ca. 407 TEUR auf rd. 2,232 Mio. €. Hierbei war bei der Position „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ ein Anstieg von 26 TEUR auf 81 TEUR zu verzeichnen.

Der Kassenbestand der SEW verringerte sich im zweiten Jahr hintereinander von 1,705 Mio. € (2020) auf 1,364 Mio. € (Vorjahr) auf nunmehr 877 TEUR. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft erhöhte sich insgesamt um rd. 3,6 Mio. € durch die vorgenannten Maßnahmen von rd. 21,850 Mio. € auf 25,477 Mio. €.

Das Eigenkapital der SEW verringerte sich im Wirtschaftsjahr 2022 von rund 10,394 Mio. EUR (2021) auf 9,803 Mio. €. Es lag damit aber noch immer über dem Niveau des Jahres 2020 (9,549 Mio. €). Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Stadt als Gesellschafterin eine Gewinnentnahme von ca. 3,5 Mio. € vornahm. Demgegenüber stand indes die bereits erwähnte weitere Kapitalanteilerhöhung um 3 Mio. €. Der Jahresüberschuss von 31 TEUR entspricht in etwa dem des Vorjahres von 56 TEUR. Die Rückstellungen verringern sich um rd. 53 TEUR von 459 TEUR auf 406 TEUR.

Im Jahre 2019 lagen die Verbindlichkeiten bei 10,234 Mio. €, im 2020 bei 10,723 Mio. €, im Vorjahr bei 10,991 € und nunmehr bei 15,263 Mio. €. Dabei stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 7,415 Mio. € im Vorjahr auf 10,865 Mio. €, was in erste Linie mit der getätigten Gewinnentnahme der Gesellschafterin zusammenhängt. Diese Gewinnentnahme wurde wiederum über die Inanspruchnahme sog. Projektkonten finanziert, somit letztlich über den bestehenden Rahmenkredit bei der VR Bank kreditfinanziert. Bei der Position „Verbindlichkeiten aus Lieferungen aus Leistungen“ ist ebenfalls ein Anstieg von 876 TEUR (2021) auf 1.028 TEUR im Geschäftsjahr zu verzeichnen, was insbesondere auf Forderungen von Bauunternehmen aus den Bauprojekten Kesselsgracht herrührt, wohingegen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Kommanditisten leicht von 3,249 Mio. € auf 3,219 Mio. € fielen.

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr
	TE	%	TE	%	TE
AKTIVA					
Sachanlagen	11.961	46,95	10.465	47,89	1.496
Finanzanlagen	6.356	24,95	3.343	15,30	3.013
Verbund- / Beteiligungsforderungen	1.125	4,42	1.138	5,21	-13
<i>Lang- und mittelfristig gebundenes Vermögen</i>	<i>19.442</i>	<i>76,32</i>	<i>14.946</i>	<i>68,40</i>	<i>4.496</i>
Vorräte	4.041	15,86	4.842	22,16	-801
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	81	0,32	54	0,25	27
Verbund- / Beteiligungsforderungen	31	0,12	26	0,12	5
Forderungen gegen Gesellschafter	915	3,59	594	2,72	321
sonstige Vermögensgegenstände	80	0,31	13	0,06	67
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	877	3,44	1.364	6,24	-487
<i>Kurzfristig gebundenes Vermögen</i>	<i>6.025</i>	<i>0,24</i>	<i>6.893</i>	<i>31,55</i>	<i>-868</i>
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0,04	9	0,04	1
	25.477	100,00	21.850	100,00	3.627
PASSIVA					
Kapitalanteile Kommanditisten	6.135	24,08	3.135	14,35	3.000
Rücklagen	3.637	14,28	7.202	32,96	-3.565
Jahresüberschuss	31	0,12	57	0,26	-26
<i>Eigenkapital</i>	<i>9.803</i>	<i>38,48</i>	<i>10.394</i>	<i>47,57</i>	<i>-591</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.618	10,27	3.116	14,26	-498
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.144	12,34	3.178	14,55	-34
<i>Langfristiges Fremdkapital</i>	<i>5.762</i>	<i>22,61</i>	<i>6.294</i>	<i>28,81</i>	<i>-532</i>
Rückstellungen	406	1,59	459	2,10	-53
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.248	32,37	4.300	19,68	3.948
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	10	0,04	28	0,13	-18
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.028	4,04	153	0,70	875
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	178	0,01	174	0,79	4
sonstige Verbindlichkeiten	36	0,14	43	0,20	-7
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>	<i>9.907</i>	<i>38,19</i>	<i>5.157</i>	<i>23,60</i>	<i>4.750</i>
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0,02	6	0,03	0
	25.477	100,00	21.850	100,00	3.627

Ertragslage

Auch für das Wirtschaftsjahr 2022 gilt wie in den Vorjahren, dass die Grunderträge aus der Wahrnehmung städtischer Aufgaben und aus Vermietungen nicht ausreichen, um den laufenden Aufwand zu tragen.

Der Erwerb, die Entwicklung und der Verkauf von Grundstücken ist daher weiterhin notwendig,

um positive Jahresergebnisse zu erzielen. Die Geschäftsführung sieht es als notwendig an, zukünftig mehr Ertrag beispielsweise durch Mieteinnahmen zu generieren. Dies bedeutet aber zugleich eine Ausweitung bzw. Ausbau der Bestandsimmobilien. Erste Schritte hierzu sind durch das Bauvorhaben Kesselsgracht gemacht worden, das spätestens Beginn 2024 der Vernietung zugeführt werden kann. Durch die unter „Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses“ dargestellten Maßnahmen bzw. Ereignisse konnte letztlich noch ein Jahresergebnis von 31 TEUR erzielt werden.

Dabei kam der im Berichtsjahr gegebenen Kapitalstruktur der SEW das im Jahr 2022 größtenteils noch bestehende niedrige Zinsniveau der Fremdfinanzierung des Umlaufvermögens entgegen. Andererseits können kaum Erträge aus der Anlage von liquiden Mitteln erzielt werden, so dass Festgeldanlagen im Berichtsjahr weiterhin nicht vorgenommen wurden.

	01.01. 31.12.2022		01.01. 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr
	TE	%	TE	%	TE
Umsatzerlöse	3.178	100,00	3.264	100,00	-86
= Gesamtleistung	3.178	100,00	3.264	100,00	-86
- Materialaufwand	913	28,73	1.200	36,76	-287
= Rohergebnis	2.265	71,27	2.064	63,24	201
+ sonstige betriebliche Erträge	195	6,14	183	5,61	12
- Personalaufwand	634	19,95	566	17,34	68
- Abschreibungen	385	12,11	401	12,29	-16
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.327	41,76	1.147	35,14	180
= Betriebsergebnis	114	3,59	133	4,07	-19
+/- Beteiligungs-/Finanzergebnis	-72	-2,27	-61	-1,87	-10
= Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und Ertrag	42	1,32	72	2,21	-29
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	0,35	15	0,46	-4
= Jahresergebnis	31	0,98	57	1,75	-25

Finanzlage

	31.12.2022
	T€
Jahresüberschuss	31
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	385
Abnahme der Rückstellungen	-53
Abnahme der Vorräte	801
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-27
Zunahme der Forderungen gegen Gesellschafter	-321
Abnahme der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-68
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	875
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (ohne Darlehen)	2
Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	-18
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-7
Zunahme der Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>1.608</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.881
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.012
Investitionstätigkeit	<u>-4.893</u>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	3.000
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-3.622
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	3.919
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-468
Auszahlungen aus der Tilgung der Gesellschafterdarlehen	-31
Finanzierungstätigkeit	<u>2.798</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.364
Zahlungswirksame Veränderungen	-487
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>877</u>

Der Bürgschaftsrahmen, den die Stadt Würselen der SEW gewährt hat, beläuft sich auf rd. 18,240 Mio. EUR zum Jahresende 2022. Mit diesem Bürgschaftsrahmen werden weitgehend die Fremdfinanzierungen des Umlaufvermögens abgesichert. Bereits seit längerer Zeit bedient sich die SEW zur Finanzierung des Anlagevermögens vermehrt der Inanspruchnahme von Grundschulden. Die mögliche Höhe einer Inanspruchnahme des Rahmenkredits bei der VR Bank beläuft sich auf 17,91 Mio. €. Davon waren zum 31.12.2022 insgesamt 8,094 Mio. € und zum 31.08.2023 insgesamt 11,47 Mio. € in Anspruch genommen worden.

Dies bedeutet, dass beim städtischen Bürgschaftsrahmen derzeit noch ein Freiraum von rd. 6,8 Mio. € besteht. Vor diesem Hintergrund sieht die Geschäftsführung keine Liquiditätsengpässe bei der Stadtentwicklungsgesellschaft.

Gesamtaussage

Gemessen am Gesamtergebnis konnten die im ursprünglichen Wirtschaftsplan von November 2021 festgehaltenen Ziele sogar übertroffen werden. Die Wirtschaftsplanung im November 2021 für das Wirtschaftsjahr 2022 wies einen Jahresverlust von 78 TEUR aus. Erzielt wurde indes ein Jahresüberschuss von 31 TEUR. Nach der ursprünglichen Planung wurde indes in der Sparte „Stadtentwicklung“ mit einem positiven Teilergebnis von gerundet 65 TEUR gerechnet und im Bereich Kultur mit einem negativen Teilergebnis von ca. 143,5 TEUR. Letztendlich fiel das Teilergebnis „Stadtentwicklung“ mit ca. 36 TEUR geringer als kalkuliert aus. Selbiges gilt aber auch erfreulicherweise für das Defizit des Kulturbereiches,

das statt prognostizierter 143,5 TEUR nur 5 TEUR auswies, so dass insgesamt der erwähnte Jahresüberschuss von 31 TEUR erwirtschaftet werden konnte. Auch im Jahr 2022 wurde der eigentlich vorgesehene Verkauf der Objekte Kaiserstr. 114 bis 118 nicht umgesetzt.

Wie im Vorjahr wirkten sich die nicht vorhersehbaren Verfüllkosten im Bereich der Kesselgracht dahingehend aus, dass letztlich die Veräußerung eines Teilgrundstücks im Jahre 2022 nicht rentierbar war. Weiterhin hatte die Geschäftsführung sich dazu entschlossen, ebenfalls im Wirtschaftsplan etatisierte 65 TEUR aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt für die Entwicklung des Rhenaniageländes nicht abzurufen bzw. in Rechnung zu stellen. Auch im Jahr 2022 wurde der eigentlich vorgesehene Verkauf (eingeplanter Buchgewinn von 85 TEUR) der Objekte Kaiserstr. 114 bis 118 nicht umgesetzt. Zudem lagen die Aufwendungen für allgemeine Rechtsberatung und Steuerberater / DATEV und Abschlussprüfung mit 66 TEUR um 26 TEUR über dem kalkulierten Ansatz von 40 TEUR. Dies ist hauptsächlich auf mehrere, in Auftrag gegebene Rechtsgutachten zurückzuführen.

Aufgefangen wurden diese Faktoren allerdings insbesondere durch einen höheren als eingeplanten Buchgewinn aus der Grundstücksveräußerung „Gewerbegebiet Aachener Kreuz“ und auch durch einen Mehrertrag bei der Erstattung der Auftragsangelegenheiten für die Stadt von angesetzten 438 TEUR zu realisierten 469 TEUR.

Positiv zu bewerten ist, dass das Defizit im Bereich Kultur erneut jeweils im Vergleich zum Vorjahr gesenkt werden konnte. Das Defizit lag im Jahre 2020 noch bei 180 TEUR, im Vorjahr bei 116 TEUR und nunmehr sogar nur bei 5 TEUR für das Berichtsjahr 2022. Für dieses erfreuliche Teilergebnis sind maßgeblich 3 Faktoren anzuführen. Wie im Vorjahr lag dieses Ergebnis an einer außergewöhnlich hohen Auslastung der Burg durch eine im Vergleich zu den Vorjahren Ausweitung von Veranstaltungen. Hierdurch bedingt ergab sich ein entsprechender Mehrertrag aufgrund gestiegener Zuschauerzahlen. Hinzu kam die Gewährung sogenannter Coronahilfen von fast 100 TEUR, so dass letztlich das Ergebnis insgesamt besser ausfiel als geplant.

Prognosebericht, Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Unter Berücksichtigung der bisherigen Geschäftspolitik der SEW und der getroffenen Entscheidungen bei der Stadt Würselen zur möglichen Entwicklung von neuen Wohnbauarealen kann die zukünftige Entwicklung der SEW weiterhin grundsätzlich positiv beurteilt werden, muss jedoch zugleich aus nachfolgenden Gründen kritischer als noch in den Vorjahren bewertet werden.

Zunächst bildet die Grundlage für diese positive Prognosebeurteilung die Entscheidung des Rates der Stadt Würselen vor der Sommerpause 2017 zur Entwicklung von neuen Außensportstätten und der damit verbundenen Aufgabe von derzeitigen innerstädtischen Spielstätten, die einer Wohnbauentwicklung zugeführt werden. Auch wenn die Stadt Würselen den in ihrem Eigentum stehenden Anteil nicht an die SEW verkauft, sondern die Umsetzung durch Geschäftsbesorgungsvertrag mit der SEW regelt, bleibt es bei dieser positiven Einschätzung.

Zudem bietet die Kooperation der SEW mit der GWG bei den Wohnbauprojekten im Bereich der Kesselsgracht und der Bardenberger Str./ Von -Goerschen - Str. die Gewähr, den Eigenbestand an vermietbarem Wohnraum nennenswert zu erweitern, um mittelfristig einen erhöhten Deckungsbeitrag durch Mieteinnahmen zu generieren. Dies wird, wie auch bei den Objekten „Kesselsgracht“ im Rahmen des gesetzten Zeitplans gelingen. Die gemeinsamen Planungen der GWG und der SEW zum Projekt „Bardenberger Str. / von – Goerschen – Str.“ mussten jedoch schon aufgrund der Zins- und Baupreisentwicklung geändert werden. Da der Abschluss des B – Planverfahrens zum Areal sich immer wieder verzögerte und sich über Jahre hinzog, kamen die Geschäftsführung der GWG und der SEW im Frühsommer darin überein, dass nunmehr die Umsetzung der bisherigen Planungen vor dem Hintergrund der oben aufgezeigten Entwicklungen nicht mehr wirtschaftlich darstellbar seien und eine Überplanung daher geboten sei. Ursprünglich geplant war eigentlich eine Fertigstellung schon vor Jahren.

Neben den wiederkehrenden jährlichen Ertragsgrundlagen wird die SEW auch im Geschäftsjahr 2023 Erträge aus der Grundstücksvermarktung erzielen (vgl. hierzu obige Ausführungen). Allerdings ist nicht wie in den Vorjahren mit einem geringen, positiven Jahresergebnis 2023 zu rechnen. Im Gegenteil, nach bisherigen Planungen ist davon auszugehen, dass ein Jahresverlust im hohen sechsstelligen, evtl. im niedrigschwelligen siebenstelligen Bereich ausgewiesen werden wird. Dies hängt insbesondere mit folgenden Faktoren zusammen. Wie oben ausgeführt, ist der Kreditrahmen mit ca. 11,4 Mio. € in Anspruch genommen worden. Im Vergleich hierzu lag die Inanspruchnahme im Jahre 2020 nur bei 4,1 Mio. €. Bis September 2022 betrug der Zinssatz nur 0,2%. Geht man im Mittel für das Jahr 2023 von einem Zinssatz von 4% aus, beläuft sich der Zinsaufwand für das laufende Jahr bei einer Inanspruchnahme von 11,4 Mio. € auf 456 TEUR per anno. Hinzu kommt, dass bei den Objekten Kaiserstr. 114 und 118 für 500 TEUR und für die Objekte Oppener Str. 124 / 132 für 200 TEUR Renovierungsmaßnahmen im Jahre 2023 durchgeführt wurden bzw. voraussichtlich noch durchgeführt werden. Weder der Renovierungsaufwand für die Kaiserstr. war ursprünglich geplant, noch in der Höhe für die Objekte in der Oppener Str. Diese Punkte zusammengekommen führen dazu, dass im Vergleich zur letztjährigen Wirtschaftsplanung für das Jahr 2023 aktuell ein zusätzlicher Aufwand von ca. 1,0 Mio. € eingeplant werden musste.

Die Geschäftsführung sieht aber für das Jahr 2024 eine Entspannung der oben beschriebenen Lage aus nachfolgenden Gründen. Gem. Aufsichtsratsbeschluss erfolgte die Zwischenfinanzierung der Objekte Kesselsgracht zunächst über das sog. Projektkonto, also durch Inanspruchnahme des Rahmenkredits. Die Anschlussfinanzierung sieht 4 Darlehen in Gesamthöhe von 5,778 Mio. € vor, von denen bislang nur insgesamt 1,12 Mio. € abgerufen werden konnte aufgrund des Baufortschritts.

Die Geschäftsführung geht allerdings davon aus, dass die oben erwähnten, noch nicht ausgezahlten Darlehensbeträge in Höhe von ca. 4,66 Mio. €. Ende des Jahres 2023 bzw. in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2024 ausgezahlt werden. Dadurch wird sich kurzfristig die beschriebene Liquiditätslage verbessern.

Zudem ist positiv und prognostisch zu berücksichtigen, dass die angefallenen Renovierungskosten (nebst Finanzierungskosten) für die Kaiserstr. gem. Absprache mit der Stadt im Rahmen des zu entrichtenden Mietzinses über 5 Jahre umgelegt werden, so dass bereits ab 2024 einerseits die Zinsbelastung wieder fallen wird (vgl. obige Ausführungen), andererseits zudem mit erheblich mehr Ertrag bei der Position „Miete“ zu rechnen sein wird. Analog werden sich die geplanten Renovierungskosten für die Objekte „Oppener Str.“ durch erhöhte Mieteinnahmen in den Folgejahren amortisieren.

Andererseits geht die Geschäftsführung davon aus, dass das Ergebnis (für das Geschäftsjahr 2022) der Kultur weder 2023 noch 2024 wiederholbar sein wird, da dieses Ergebnis im höchsten Maße von Corona-fördergeldern geprägt war, die es nicht mehr gibt. Der derzeit zur Verfügung stehende Bestand veräußerbarer Immobilien ist nur geringfügig. Zur Deckung des Aufwands wird es daher weiterhin erforderlich sein, den Bestand vermietbarer Objekte auszuweiten, um einen höheren Mietertrag zu generieren. Für einen gesicherten Übergangszeitraum von 5 Jahren ist dies für die Objekte Kaiserstr. 114 / 118 gelungen, die an die Stadt zwecks Unterbringung von Flüchtlingen vermietet werden. Derartige Möglichkeiten bieten sich perspektivisch weiterhin bei den Bestandsflächen „Alte Post“ und „Rhenania – Gelände“. Bei letzterem Areal zeigt sich dieselbe Problematik wie beim Objekt „Von – Görschen – Str.“, nämlich, dass das B – Planverfahren sich in die Länge zieht. Das Mietverhältnis mit der Post endet zum 31.12.2023. Eine Entwicklung des Grundstückes „Alte Post“ ist zwecks zeitnahe, anderweitiger Nutzung derzeit in Planung. Zudem wurden während des laufenden Jahres mit potentiellen Investoren / Mietinteressenten Gespräche geführt.

Aktuell laufen zudem Gespräche zum Erwerb des sogenannten „Parkhotels – Areals“. Es handelt sich hierbei um ein ca. 4.000m² großes Gebiet an einer städtebaulich exponierten Stelle gelegen. Derzeit werden intensive Gespräche mit dem verkaufsbereiten Eigentümer, der Stadt Würselen und einem möglichen Kooperationspartner der SEW zwecks Realisierung geführt.

Hatte die Geschäftsführung der SEW im Vorjahr noch Erträge aus der Beteiligung an der AKM GmbH & Co. KG „für in drei Jahren“ für möglich erachtet, so wird diese Prognose bzw. Einschätzung aufgegeben. Die Wirtschaftsplanungen der AKM weisen jedenfalls für die nächsten Jahre keinerlei nennenswerten Gewinn aus und somit auch keine Ausschüttungen an deren Gesellschafter.

Der Finanzaufbau der Stadtentwicklungsgesellschaft mit der nach wie vor hohen Fremdkapitalquote macht es erforderlich, stetig den Zinsmarkt zu beobachten. Eine langfristige Unabhängigkeit vom Zinsniveau kann durch die Erhöhung der Eigenkapitalquote erreicht werden.

Durch die Neueinstellung eines weiteren Geschäftsführers zum Oktober 2022 erhöhen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Kostenerstattungen an die Komplementärgesellschaft). Dies fiel wegen der unterjährigen Einstellung im Laufes des Jahres 2022 noch nicht so sehr ins Gewicht. Weiterhin sind im Kulturbereich absehbar personelle Veränderungen gegeben. Ein Mitarbeiter wird im Frühjahr 2024, ein anderer Mitarbeiter im Frühsommer 2025 in Rente gehen. Die personelle Umstrukturierung der Kultur ist in Planung.

Sonstige Angaben

Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen:

Die allgemeine Prognose bei den Baupreiskosten ist weiterhin steigend – wenngleich nicht mehr in dem Maße wie nach dem Ausbruch des Ukrainekrieg -, wohingegen der Häuserpreisindex seit Monaten fallend ist. Letzteres bietet eine Chance, durch kostengünstigen Erwerb von Immobilien (Stichwort Parkhotel) den Wohnungsbestand auszuweiten. Die erstgenannte Entwicklung hat allerdings bereits dazu geführt, dass das Projekt „Von – Goerschen Str“ in Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner neu überplant wird. Unabhängig von dem grundsätzlichen und bereits aufgezeigten Risiko weiterhin ansteigender Zinsen waren und sind auch die geplanten städtischen Rücklagenentnahmen von besonderer Bedeutung für den weiteren Geschäftsverlauf der SEW. Das Risiko ansteigender Zinsen hatte sich bereits im Oktober 2022 realisiert. Aufgrund des bisherigen geringen Zinsniveaus lag der Zinssatz der VR Bank für die Inanspruchnahme des Rahmenkredits in den letzten Jahren konstant bei 0,2%. Im Oktober 2022 wurde dieser Zinssatz erstmalig nach langer Stagnation auf 0,879% angehoben. Derzeit (Stand September 2023) liegt er (noch) bei 3,778%. Von einer weiteren Erhöhung ist auszugehen, zumal erst kürzlich im September die zehnte Leitzins – Anhebung in Folge vorgenommen wurde. Dabei gilt ab dem 20.09. für den EURO-Raum ein festgelegter Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft von 4,5 Prozent. Damit liegt der Leitzins so hoch wie zuletzt zu Beginn der 2000er Jahre. Als Grund gilt die nur sehr langsam zurückgehende Inflation in der EURO – Zone.

Auch die im Jahre 2022 vorgenommene Entnahme der Stadt i.H.v. 3,5 Mio. EUR (und evtl. weitere angekündigte Gewinnausschüttungen in den Folgejahren) belastet zusätzlich die Liquidität der Gesellschaft. Zwar wurde wiederum im Jahre 2022 eine weitere Kapitalerhöhung (Erhöhung des Kommanditanteils der Stadt) von 3 Mio. € vorgenommen. Einen direkten positiven Effekt auf die Liquiditätslage hatte dies indes nicht, da dieses Kapital wiederum zu Kapitalerhöhung bei der AKM verwandt wurde, um dort die Kosten der Erschließung des AERO – Parks 1 (Gebiet B – Plan 182) sicher zu stellen.

Zudem kam es ebenfalls nicht zur Rückzahlung eines zum 30.06.2023 eigentlich endfälligen Gesellschafterdarlehens (an die FAM GmbH) i.H.v. 514 TEUR. Im Rahmen der Umstrukturierung der FAM GmbH bzw. des Flugplatzes Merzbrück zu einem Forschungsflugplatz und hiermit verbundener Kosten war eine Prolongation des Darlehens notwendig. Das ursprüngliche Gesamtkreditengagement (bei 6 Kreditverträgen zu unterschiedlichen Zinssätzen zwischen 3,06%, 3,78%, 4,05%, 4,85% und 6,04%) der SEW bei der FAM beläuft sich auf ca. 1,64 Mio. € Erwähnenswert ist dies vor dem Hintergrund, weil die SEW diese Kredite wiederum über die Inanspruchnahme des Rahmenkredites bei der VR Bank selbst kreditfinanziert.

Hinsichtlich der Bestandsimmobilien hat sich die Geschäftsführung dazu entschlossen, stärker als in den Jahren zuvor – trotz gestiegener Baupreise – in Instandhaltung und Renovierung zu investieren. Hier sind insbesondere im Hinblick auf beispielsweise energetische Sanierungen mögliche öffentliche Förderkulissen im Blick zu halten.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Knisch, Marc	Geschäftsführung	
Pasderski, Dr. Edgar	Geschäftsführung	

Prokura		
Leroy, Ralph	Einzelprokurist	

Aufsichtsrat		
Benend, Guido Landwirt	Stadtverordnete(r) CDU	
Carduck, Markus Angestellter	Stadtverordnete(r) FDP	
Debray, Tobias Jurist	Stadtverordnete(r) CDU	
Fries, Max Referent	Stadtverordnete(r) SPD	
Jochmann, Michael Dipl.-Ing.	Stadtverordnete(r) B90/Die Grünen	
Lohmann, Josefine Rentnerin	Stadtverordnete(r) CDU	
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzender	
Schmitz, Karl-Jürgen Rechtsanwalt	1. stv. Vorsitzender	
Bürger, Heribert Dipl.-Ing.	Sachkundiger Bürger B90/Die Grünen	
Dr. Knauf, Renate Angestellte	Sachkundiger Bürger SPD	
Geusen, Helmut Rentner	Sachkundiger Bürger UWG	
Huppertz, Frank Betriebsschlosser	Sachkundiger Bürger SPD	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gem. § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.5 Energie- und Wasser- Versorgung GmbH

Basisdaten

Anschrift	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg
Gründungsjahr	1912
Internet	www.ewv.de
Telefon	02402/101-0
Telefax	02402/101-1515

Zweck der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist

1. die Energie- und Wasserversorgung im Kreis Aachen und benachbarter Gebiete,
2. die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke,
3. die Gründung, die Pachtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke,
4. die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -versorgungsunternehmen,
5. die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie
6. die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der Versorgung in Würselen mit Strom, Wasser und Gas.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeitgeber und Auftragnehmer in der Region. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Innogy SE, Essen	9.751,0	53,72
Stadt Stolberg	2.592,0	14,28
Stadt Eschweiler	2.394,2	13,19
StädteRegion Aachen	1.679,0	9,25
Kreis Heinsberg	687,9	3,79
Stadt Alsdorf	395,7	2,18
Stadt Würselen	357,6	1,97
Stadt Baesweiler	181,5	1,00
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	105,3	0,58
Gemeinde Roetgen Gemeinde Simmerath Stadt Monschau Gemeinde Inden Gemeinde Langerwehe Stadt Linnich Gemeinde Niederzier Gemeinde Aldenhoven	7,3	0,04

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
regionetz GmbH, Düren	132.453,3	49,20
Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	2.903,8	55,10
GREEN Solar Herzogenrath GmbH	1.727,1	45,00
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	1.513,4	24,90
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	1.179,9	45,00
Windpark Paffendorf GmbH & Co.KG	917,3	49,00
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH Stolberg	298,4	39,16
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	15,3	45,00
Wärmeversorgung GmbH, Würselen	1,5	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 1,97 % (abzügl. Kapitalertragsteuer / Solidaritätszuschlag) jeweils im nächsten Jahr zu. Für das Berichtsjahr 2022 waren dies 318.511,23 €. Daneben erhält die Stadt Würselen Konzessionsabgaben für das Gasnetz in Würselen. Im Berichtsjahr 2022 waren das 143.182,65 €.

Die Aufwendungen an die EWV beliefen sich im Jahr 2022 auf 1.929.389,54 T€. Darunter fallen unter anderem die Bewirtschaftungskosten der Gebäude in der Stadt Würselen mit Heizung und Energie in Höhe von 1.842.291,05 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	154.814	154.049	765	Eigenkapital	66.709	59.688	7.021
Umlaufvermögen	87.038	71.103	15.936	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	99.154	80.979	18.175
				Verbindlichkeiten	76.175	84.856	-8.681
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1.389	1.296	94	Passive Rechnungsabgrenzungen	1.204	926	279
Bilanzsumme	243.242	226.448	16.794	Bilanzsumme	243.242	226.448	16.794

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Energie- und Wasser- Versorgung GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	322.575	276.936	45.639
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	-6	6
3 Sonstige betriebliche Erträge	2.089	4.518	-2.430
4 Materialaufwand	-250.356	-219.940	-30.416
5 Personalaufwand	-28.175	-22.758	-5.417
6 Abschreibungen	-2.744	-3.037	293
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.744	-3.037	293
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-25.516	-25.829	313
8 Erträge aus Beteiligungen	15.382	15.332	50
9 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	41	17	25
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	151	150	0
12 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.040	-4.574	2.534
13 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6.650	-1.511	-5.139
14 Ergebnis nach Steuern	24.757	19.299	5.458
15 Sonstige Steuern	-236	-303	67
16 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	24.521	18.995	5.525

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	27,4 %	26,4 %	1,1 %
Eigenkapitalrentabilität	36,8 %	31,8 %	4,9 %
Anlagendeckungsgrad 2	43,1 %	38,7 %	4,3 %
Verschuldungsgrad	262,8 %	277,8 %	-15,0 %
Umsatzrentabilität	7,6 %	6,9 %	0,7 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 256 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 263) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft

Das Weltwirtschaftswachstum entwickelte sich vor dem Hintergrund der angespannten Lage im vergangenen Jahr nur langsam. Das Bruttoinlandsprodukt ist gemäß OECD mit 3,1 Prozent nur etwa halb so stark gewachsen wie im Jahr 2021. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine veränderten sich die zunächst positiven wirtschaftlichen Vorzeichen für die gesamte EU schlagartig. Zwar wird ein BIP-Wachstum für 2022 von 3,3 Prozent prognostiziert. Doch die Aussichten für 2023 sind mit einem erwarteten Plus von 0,3 Prozent deutlich schwächer und die Inflation mit 7,0 Prozent höher als in der Zwischenvorhersage der Europäischen Kommission vom Sommer 2022. Wegen der über das Jahr hinweg anhaltend hohen Inflation im gesamten Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Sommer 2022 eine Kehrtwende in ihrer Geldpolitik vollzogen: Nachdem sie im Juli erstmals seit 16 Jahren den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte anhob und im September den nächsten Zinsschritt um 0,75 Punkte folgen ließ, folgten Ende Oktober und Mitte Dezember weitere Anstiege um 0,75 und 0,5 Punkte. Kurzfristig dürfte die nunmehr vollzogene Zinswende, die bereits auf breiter Front zu einem Anstieg der Zinssätze bei Banken geführt hat, das Wirtschaftswachstum in Europa weiter dämpfen. Ein wichtiger Einflussfaktor für die Wirtschaft im Euroraum sind zudem die Russland-Sanktionen der internationalen Gemeinschaft. Als Folge der hohen Energieabhängigkeit Europas von Russland haben diese die Rohstoffpreise stark steigen lassen. Daraus folgte eine allgemeine Verunsicherung der Märkte, die auch die Konjunktur beeinträchtigte und gemeinsam mit den historisch hohen Inflationsraten in der EU und in den USA die konjunkturellen Aussichten merklich verschlechtert hat. Die Konjunkturprognosen für Deutschland 2022 zeichneten im Herbst 2021 für das Berichtsjahr ein zunächst optimistisches, aber auch vielschichtiges Gesamtbild. Aus Sicht des ifo Instituts sollte zwar das Bruttoinlandsprodukt deutlich um 5,1% steigen, dass damit einhergehende Wirtschaftswachstum aufgrund der Corona-Pandemie jedoch nicht alle Branchen gleichermaßen begünstigen.

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar hat die Wachstumshoffnungen zunichte gemacht. Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine sprach Bundeskanzler Olaf Scholz vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unmittelbar nach dem russischen Angriff von einer Zeitenwende. Die in diesem Zuge ebenfalls angekündigte Neuorientierung kennzeichnete seither die politischen Entscheidungen und die Gesetzgebung, insbesondere im Energiesektor.

Im März rief Bundeswirtschaftsminister Habeck die Frühwarnstufe und Ende Juni die Alarmstufe des Notfallplans Gas aus. Um die Preise für Strom und Gas zu stabilisieren und dann sinken zu lassen, beschloss der Bundestag im Oktober zusätzlich einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Mrd. Euro. Nachdem die Bundesregierung bereits im April die Gazprom Germania (heute: SEFE) zunächst unter Treuhänderschaft gestellt hatte, übernahm sie als weitere Maßnahme zur Sicherung der Energieversorgung Ende September den größten deutschen Gasimporteur Uniper. Damit endeten Überlegungen der Bundesregierung, eine Gasumlage zur Stützung exponierter Unternehmen einzuführen. Im November wurde dann auch SEFE verstaatlicht. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist laut der Bundesnetzagentur weiter gewährleistet, auch weil die Gasspeicher durch umfangreiche Käufe schneller als erwartet wieder vollständig gefüllt sind. Die Lage bleibt jedoch aufgrund der weiterhin angespannten Situation am Gasmarkt unter strenger Beobachtung.

Trotz aller stützenden Maßnahmen kühlte die deutsche Wirtschaft spätestens seit Sommer merklich ab. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck korrigierte entsprechend der wirtschaftlichen Lage die Erwartungen der Bundesregierung für das Jahr 2023 nach unten.

Über das ganze Berichtsjahr hinweg für Wirtschaft und Bürger spürbar war die rasant steigende Teuerung. Die Bundesregierung ging in ihrer Herbstprojektion von Mitte Oktober für den Jahresdurchschnitt 2022 von einer Inflationsrate von 8,0 Prozent und für 2023 von 7 Prozent aus. Der Sachverständigenrat kam in seiner Novemberprognose für 2022 auf denselben Wert und geht für 2023 von einer Teuerung von 7,4 Prozent aus. Tatsächlich haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9 Prozent gegenüber 2021 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lag die Jahresteuerrate damit deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. So hatte sie im Jahr 2021 noch bei +3,1 % gelegen. Als Ursachen für die historisch hohe Jahresteuerrate wurden die extremen Preisanstiege bei Energieprodukten und Nahrungsmitteln seit Beginn des Kriegs in der Ukraine genannt.

Energiepolitisches Umfeld

International

Die Fragen, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden müsse, prägte auch im Jahr 2022 weltweit die energiepolitische Debatte.

Bei der UN-Klimakonferenz COP 26 (United Nations-Framework Convention on Climate Change, 26th Conference of the Parties) wurde ein neues globales Abkommen geschlossen. Die Vereinbarung, die in Glasgow zum Abschluss der Klimakonferenz getroffen wurde, wird die Klimaschutzagenda der kommenden Dekade bestimmen.

In der Abschlusserklärung („Glasgow Climate Pact“) bekannten sich die Länder gemeinsam zu dem Ziel, die Erderwärmung bei 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu stoppen. Dazu sollen die bislang vorliegenden Klimaschutzpläne für dieses Jahrzehnt bis zum Ende des Jahres 2022 nachgeschärft werden – drei Jahre früher als zuvor vorgesehen. Zudem wurde in der Erklärung festgehalten, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase weltweit noch in diesem Jahrzehnt um 45 % sinken müsse, wenn das 1,5- Grad-Limit erreichbar bleiben soll.

Aufgrund fehlender Rechtsverbindlichkeit stellt die COP 26 aus unserer Sicht keinen echten Durchbruch dar. Vielmehr ist zwingend erforderlich, beim Klimaschutz stärker in den Umsetzungsmodus zu kommen.

Europa

Mit der Verabschiedung des Europäischen Klimagesetzes im Juni 2021 hatte Europa als erster Kontinent eine Verpflichtung zur Klimaneutralität bis 2050 verbindlich festgeschrieben. Dazu wurde mit dem Klimagesetz auch ein neues Zwischenziel festgelegt: Bis 2030 sollen die Netto-Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union um 55 % im Vergleich zu 1990 sinken; zuvor lag das gemeinsame Reduzierungs-Ziel bei einem Rückgang von 40 %.

Zur Realisierung des neuen Klimaziels legte die Europäische Kommission am 14. Juli 2021 ihr „Fit-for-55-Paket“ vor. Es überarbeitet die aktuelle Energie- und Klimagesetzgebung und enthält zahlreiche Vorschläge für Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasemissionen in allen Sektoren. Es wird sich damit auf alle Bereiche von Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft auswirken.

Das Paket knüpft an den so genannten „Green Deal“ der EU-Kommission aus dem Jahr 2020 an: „Fit-for-55“ bekräftigt die Wachstumsstrategie Europas, die Klimaschutz und Wohlstand miteinander verbinden soll. Die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie und die Resilienz der Wirtschaftsmodelle der einzelnen Mitgliedsländer werden mit dem Klima- und Umweltschutz verknüpft; Unternehmen sollen dadurch Planungssicherheit für Investitionen bekommen.

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten haben im vierten Quartal 2021 mit den Beratungen über das „Fit-for-55“-Paket begonnen. Die Verhandlungen werden im Jahr 2022 und möglicherweise darüber hinaus fortgesetzt.

Deutschland

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 24. März 2021 das Klimaschutzgesetz von 2019 (KSG 2019) für teilweise verfassungswidrig erklärt. Die Bundesregierung und das Parlament haben daraufhin wesentliche Änderungen am KSG 2019 beschlossen, die darauf zielen, Klimaneutralität in Deutschland schneller zu erreichen als zuvor geplant. Demnach soll Klimaneutralität bis 2045 erreicht werden, das Treibhausgas Minderungsziel für 2030 wurde auf 65 % angehoben. Zudem werden für die einzelnen Sektoren jeweils separate Ziele für 2030 festgelegt. Für den Zeitraum zwischen 2031 und 2040 wiederum wurden nichtsektorspezifische CO₂-Minderungsziele fixiert. Um Treibhausgasemissionen zu senken, wurden daneben Vorgaben für Investitions- und Beschaffungsvorhaben des Bundes gemacht.

Um die neuen ambitionierteren Klimaziele zu erreichen, hatte die Bundesregierung parallel zum KSG ein „Klimapaket Deutschland“ beschlossen; dieses Paket gibt die Rahmenbedingungen für die Maßnahmen vor. So soll beispielsweise der CO₂-Preis angehoben werden. Eine konkrete Zahl und ein Zeitpunkt hierfür waren allerdings nicht genannt; Erneuerbare Energien sollen beschleunigt ausgebaut werden; ebenso soll der Hochlauf von Wasserstoff forciert werden. Hierzu wurde auch ein „Sofortprogramm 2022“, ausgestattet mit 8 Milliarden Euro, auf den Weg gebracht; dies blieb allerdings ohne praktische Relevanz, denn über konkrete Ausgaben wird tatsächlich erst in der 20. Legislaturperiode entschieden. Bei der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 konnte keine Partei eine absolute Mehrheit erreichen. Zum Zweck einer Regierungsbildung nahmen SPD, Grünen und FDP Gespräche auf und stellten am 24. November 2021 einen Koalitionsvertrag vor. Nachdem die jeweiligen Parteigremien dieser Vereinbarung zugestimmt hatten, nahm das neue Bundeskabinett unter Bundeskanzler Olaf

Scholz am 8. Dezember 2021 seine Arbeit auf. Der Klimaschutz zählt zu den Schwerpunkten der Regierungsarbeit und im Koalitionsvertrag sind hierzu unter anderem folgende Punkte festgehalten:

Der Ausbau erneuerbarer Energie soll durch höhere Ausschreibungsvolumina, Power Purchase Agreements (PPA) – Verträge zwischen Stromerzeugern und -verbrauchern –, einem europaweiten Handel mit Herkunftsnachweisen für grünen Strom sowie dem konsequenten Abbau von Hürden bei der Errichtung von Erzeugungsanlagen forciert werden. Als übergeordnetes Ziel wird für 2030 ein Anteil der Erneuerbaren von 80 %, bezogen auf einen erwarteten Stromverbrauch zwischen 680 und 750 TWh, angestrebt. Der Kohleausstieg soll vorgezogen werden. Vereinbart ist konkret, dass der gesetzlich für 2026 vorgesehene Überprüfungsschritt des Enddatums für die Stilllegung von Braun- und Steinkohlekraftwerken nach 64 2030 um gut drei Jahre auf Ende 2022 vorverlegt wird. Klimaschutzziele der vorherigen Regierung – 1,5 Grad und Klimaneutralität bis 2045 – bleiben bestehen. Ein Klimaschutzsofortprogramm soll Maßnahmen auf den Weg bringen. Gaskraftwerke werden „bis zur Versorgungssicherheit durch Erneuerbare Energien“ als notwendig anerkannt.

Zentrales Steuerungsinstrument für den Klimaschutz bleibt der CO₂-Preis. Die Koalition will sich für einen CO₂-Mindestpreis im europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) sowie für die Schaffung eines zweiten europäischen Emissionshandels für Wärme und Mobilität einsetzen.

Im Koalitionsvertrag hervorgehoben wird die Bedeutung eines schnelleren Netzausbaus. Die Planung der Netzinfrastruktur soll vorausschauend erfolgen. Bundesnetzagentur (BNetzA) und Netzbetreiber sollen einen Plan für ein „Klimaneutralitätsnetz“ entwickeln. Weiter enthält der Koalitionsvertrag unter anderem folgende Vereinbarungen:

- Der Strompreis für Verbraucher soll sinken. Dazu soll ab 2023 die Finanzierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) nicht mehr über eine Umlage, sondern über den Bundeshaushalt erfolgen.
- Auch eine Reform der Netzentgelte soll vorangetrieben werden.
- Deutschland soll bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstoff-Technologien werden, dazu soll die nationale Wasserstoff-Strategie ein „ambitioniertes Update“ erhalten. Gefördert werden sollen sowohl Wasserstoff-Netzinfrastruktur als auch die Produktion von grünem Wasserstoff.
- Bis 2030 sollen mindestens 15 Millionen Elektro-Pkw zugelassen sein. Die Koalition bekannte sich zum Ziel der EU, dass ab 2035 nur noch CO₂-neutrale Fahrzeuge zugelassen werden dürfen.
- Bis 2030 soll der Anteil klimaneutraler Wärme 50 % betragen; hierzu sollen Anforderungen an den Wohnungsneubau verschärft werden. Ab 2025 sollen neu eingebaute Heizungen mit mindestens 65 % Erneuerbaren Energien betrieben werden müssen.
- Auch die Digitalisierung (Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, datenbasierter Lösungen etc.) wurden im Koalitionsvertrag als zentrales Zukunftsfeld identifiziert. Hierfür sollen ein zusätzliches Digitalbudget eingeführt und künftig alle Gesetze einem Digitalisierungsscheck unterzogen werden.
- Der Erneuerbare Energien-Anteil am Bruttostrombedarf soll auf 80 % gesteigert werden, bisher sind 65 % im EEG verankert.

StädteRegion Aachen

Insbesondere in den Städten Stolberg und Eschweiler der StädteRegion Aachen und damit im Zentrum des Versorgungsgebietes der EWV ereignete sich am 14. Juli 2021 aufgrund von Stark- und Dauerniederschlägen ein tausendjähriges Extremhochwasser. Dies führte zu erheblichen Schäden der gesamten Infrastruktur in der Region. Neben Straßenschäden, Gebäudeschäden und Schäden an den Anlagen der Energieverteilung waren zahlreiche Haushalte und damit EWV-Kunden von der massiven Zerstörung betroffen. Ebenso ist die Verwaltungszentrale der EWV, die Ketschenburg, schwerst beschädigt worden. Die Auswirkungen dieses Ereignisses werden die Kommunen, die Industriebetriebe, Geschäfte und Einzelhandel sowie die Kunden als auch die EWV noch weit bis ins nächste Geschäftsjahr und darüber hinaus betreffen.

Der Bundestag hat im September 2021 ein Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Aufbauhilfe 2021 (Aufbauhilfeerrichtungsgesetz 2021 – AufbHEG 2021) verabschiedet. Es wurde ein nationaler Fonds Aufbauhilfe 2021 als Sondervermögen des Bundes gegründet. Der Fonds dient der Leistung von Hilfen in den vom Hochwasser im Juli 2021 betroffenen Ländern (Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen) zur Beseitigung der hierdurch entstandenen Schäden sowie zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur. Die Bundesregierung hat eine Rechtsverordnung über die Verteilung und Verwendung der Mittel des Fonds und die Einzelheiten der Organisation und Durchführung erlassen. Die EWV wird zur Deckung der Schäden die Aufbauhilfe in Anspruch nehmen.

Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich in einer Phase grundlegender Veränderungen. Durch die Dekarbonisierung der Volkswirtschaften steht die Energiewirtschaft vor einer Schlüsseldekade des Wachstums. Denn mit Themen wie Erneuerbare Energien, E-Mobilität und Wasserstoff im Zuge der weltweiten Dekarbonisierung ist die Energiebranche zum wichtigen Problemlöser für die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert geworden.

Die Energieverteilnetze bilden das Rückgrat dieser Transformation, denn der Bedarf nach nachhaltiger Energie wächst mit der Dekarbonisierung ganzer Industrien und Lebensbereiche stetig. Jedes neue Windrad, jede neue Ladesäule muss ans Netz angeschlossen und effizient in das Gesamtsystem integriert werden. Privat-, Geschäfts- und Industriekunden sowie Kommunen fragen immer stärker Lösungen für ihre Dekarbonisierung nach. Mit ihren nachhaltigen Kundenlösungen leistet die Energiewirtschaft als Dekarbonisierungspartner wichtige Beiträge zum Klimaschutz.

Auch im Bereich Mobilität eröffnen sich Wachstumschancen für die Branche. Das Ende der Neuproduktion von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ist immer mehr absehbar. Deshalb setzt die Energiewirtschaft noch entschlossener auf den Ausbau von leistungsfähiger Ladeinfrastruktur.

Ein zusätzliches Wachstumspotenzial ergibt sich aus dem Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, denn gerade die kleinen und mittleren Unternehmen suchen nach Möglichkeiten, ihren CO₂-Fußabdruck zu verkleinern. Mit den bestehenden Gasverteilnetzen und der Expertise in der kundennahen Energieinfrastruktur bestehen die besten Voraussetzungen für industriellen Zugang zu Wasserstoff.

In diesem Kontext werden die Energiesysteme zunehmend von digitalen und vernetzten Anwendungen und Lösungen geprägt. Netze, Produkte und Kundenschnittstellen, aber auch interne Prozesse in den Energieunternehmen werden digitalisiert. Damit können die Energienetze sicher geführt und der Netzausbau optimiert werden. Die Digitalisierung ermöglicht in einem herausfordernden Regulierungsumfeld den daraus resultierenden Effizienzvorgaben gerecht zu werden. Gleichzeitig befindet sich das Netzgeschäft in einem herausfordernden regulatorischen Umfeld sowie in einem weiterhin intensiven Wettbewerb um Konzessionen für das Betreiben der regionalen Strom- und Gasverteilnetze.

Energiepreisentwicklung

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Geschäftsjahr 2021 insgesamt gestiegen. Während die Corona-Maßnahmen im Jahr 2020 für einen deutlichen Rückgang der Nachfrage insbesondere nach Erdgas und Strom geführt haben, bewegen sich die Verbrauchswerte wieder auf Vor-Corona-Niveau. Der Stromverbrauch ist infolge der konjunkturellen Erholung um 3,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Erdgasverbrauch liegt um 3,9 % ebenfalls über dem Vorjahresverbrauch. Hierzu haben neben der konjunkturellen Erholung und dem damit verbundenen Mehrverbrauch der Industrie auch die kühlen Temperaturen im Frühjahr beigetragen. Aufgrund einer witterungsbedingt geringeren Einspeisung Erneuerbarer Energien, insbesondere im ersten Halbjahr, wurde Gas zudem verstärkt zur Stromerzeugung eingesetzt.

Der CO₂-Zertifikatspreis lag 2021 im Jahresmittel bei rund 52 €/t CO₂ und damit mehr als doppelt so hoch wie im Jahr zuvor. Eine Kombination ganz unterschiedlicher Faktoren hatte 2021 die Energiepreise auf breiter Front steigen lassen. Hauptursache war ein knappes Erdgasangebot, das auf eine weltweit steigende Gasnachfrage traf. Hinzu kam, dass die Großhandelspreise für Gas und Strom aufgrund höherer Kohle- und CO₂-Preise nach oben kletterten.

Dabei ist der Anstieg von CO₂-Preisen eine politisch durchaus erwünschte Entwicklung:

Verbraucher sollen dadurch zum Umstieg auf klimafreundlichere Technologien motiviert werden – beispielsweise auf Elektrofahrzeuge. Um zusätzliche Anreize für Emissionsminderungen zu schaffen, hatte unter anderem Deutschland bereits 2019 mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) die Grundlage für eine Bepreisung von CO₂-Emissionen im Gebäude- und Verkehrsbereich geschaffen.

Strompreise

Die Großhandelspreise für Strom sind im Geschäftsjahr 2021 auf den höchsten Stand seit 12 Jahren gestiegen. Hier haben sich insbesondere die höheren Preise für CO₂-Emissionszertifikate infolge der verschärften Klimaschutzziele der Europäischen Union sowie für fossile Brennstoffe ausgewirkt. Dementsprechend ist der durchschnittliche Strompreis für kleinere bis mittlere Industriebetriebe (ohne Stromsteuer) im Durchschnitt um rund 20 % höher als im Vorjahr. Hingegen haben die zeitversetzt wirkenden

geringeren Strom-Großhandelspreise der Vorjahre bei leicht höheren Netznutzungsentgelten zu um circa 1 % höheren Strompreisen für Privatkunden auf durchschnittlich 32,16 ct/kWh geführt.

In der Praxis zeigten sich erhebliche Unterschiede in Bezug auf den Anstieg der Stromgroßhandelspreise: Die durchschnittlichen Strompreise variierten im September 2021 in Europa zwischen 50 und 196 €/MWh. In Oktober lag der Strompreis in Deutschland am so genannten Spotmarkt (dort wird Strom kurzfristig gehandelt) durchschnittlich bei rund 140 €/MWh und stieg im Verlauf des Novembers auf durchschnittlich über 160€/MWh an. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 lagen die Strompreise am Spotmarkt bei durchschnittlich 38 €/MWh.

Gaspreise

Auch die Großhandelspreise für Erdgas sind im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Sie erreichten Anfang Oktober Rekordwerte und blieben auf hohem Niveau. Im Kurzfristhandel notierte Erdgas im Oktober in Deutschland bei durchschnittlich 91,03 €/MWh und damit über 80 €/MWh höher als im Jahresmittel 2020. Im Verlauf des Novembers schwankte der Preis im Kurzfristhandel zwischen 65 und 90 €/MWh. Die Großhandelspreise sowohl für Strom als auch für Gas stiegen weiter an und erreichten im Dezember Höchststände.

Dies ist im Wesentlichen auf ein knappes Erdgasangebot bei steigender Erdgasnachfrage aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs nach den Corona-Eindämmungsmaßnahmen sowie der kühleren Witterung zurückzuführen. Während sich die Preise für Industriekunden infolge der gestiegenen Großhandelspreise gegenüber dem Vorjahr in etwa verdoppelt haben, sind die Preise für Privatkunden bei leicht höheren Netznutzungsentgelten durchschnittlich um rund 20 % höher als im Vorjahr.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Vision und Leitbild

In 2020/21 wurde ein neuer Strategieentwicklungsprozess bei der EWV implementiert. Im Rahmen verschiedener Strategieworkshops auf Geschäftsleitungsebene wurden sowohl ein neues Selbstverständnis des Unternehmens „Stark in der Region“ erarbeitet als auch die strategischen Zielrichtungen aktualisiert. In diesem Prozess waren auch interessierte Mitarbeiter eingebunden. Die neue Strategie basiert auf 3 Säulen:

- Kunde & Wachstum,
- Digitalisierung sowie
- Unternehmenskultur.

Als Unterbau der Säulen dient die Nachhaltigkeit. Die aktualisierte Strategie wurde der Belegschaft auf verschiedenen Wegen vorgestellt und erläutert.

Hochwasserkatastrophe

Im Juli 2021 war die EWV schwer von der Hochwasserkatastrophe in der Region betroffen. Der Hauptsitz in Stolberg wurde massiv beschädigt und ist bis mindestens Ende 2022 nicht nutzbar. Die IT der EWV hat große Schäden erlitten. Die Mitarbeiter arbeiten größtenteils im Homeoffice. Es bestehen Ausweichmöglichkeiten in die Räumlichkeiten der Regionetz in Weisweiler und Aldenhoven. In der Region hat sich die EWV als verlässlicher Partner während der Krise gezeigt. Die öffentliche Resonanz auf den Umgang mit den betroffenen Kunden war insgesamt sehr positiv. Infolge der Schäden durch Starkregen und Hochwasser im Juli 2021 wird die EWV Wiederaufbauhilfen im Rahmen der Förderrichtlinie Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen vom 10.09.2021 beantragen. Die hierfür erforderlichen Gutachten sind bei anerkannten unabhängigen Gutachtern und Sachverständigen beauftragt. Sobald die Gutachten erstellt sind, werden die Anträge zum Erhalt der Billigkeitsleistungen in 2022 eingereicht.

Corona

Die Pandemie hat auch 2021 das Arbeitsleben der EWV bestimmt. Eine Rückkehr aus dem Homeoffice war für September geplant. Die Hochwasserkatastrophe machte diese Planungen zunichte. Events und Veranstaltungen fielen aus. Dazu zählen Messen, Sponsoringevents und eigene Veranstaltungen.

Markenpositionierung

Die EWW hat 2021 eine komplett neue Markenpositionierung erarbeitet und eingeführt. Als deutliche Abgrenzung zum Wettbewerb und als Antwort auf die Kundenanforderungen und -wünsche lauten die neuen Markenausprägungen der EWW: naturschützend, regional, partnerschaftlich und kompetent. Die Marke wird in allen Unternehmensbereichen etabliert. Das Handeln der EWW wird sich künftig an diesen Werten orientieren.

EWV-Internetseite

Mitte November hat die EWW einen kompletten Relaunch ihrer Internetseite vollzogen. Das Ziel der Seite ist nun neben Kundenbindung auch Kundengewinnung. Somit ist unter anderem der Tarifrechner direkt auf der Startseite auffindbar. Die Nutzung über mobile Endgeräte wie Smartphones oder Tablets wurde optimiert.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWW werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponente je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWW und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss. Das Jahresergebnis beträgt in 2021 19,0 Mio. € gegenüber 18,4 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach geringer als dies in der Prognose des Vorjahres (19,4 Mio. €) geplant war. Hauptursache waren vor allem eine gesunkene Rohmarge aufgrund gestiegener Beschaffungspreise sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe.

Investitionen: Die EWW investierte in 2021 4,0 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €, geplant waren 5,5 Mio. €). Im Bereich Energiedienstleistungen wurden 1,8 Mio. € in Contracting-Anlagen investiert. Die gegenüber der Planung geringeren Investitionen beziehen sich fast ausschließlich auf das Contracting. Pandemiebedingt und dem Leitgedanken der EWW folgend, Kunden und Mitarbeiter zu schützen, waren persönliche Beratungen vor Ort wie im Vorjahr nur sehr eingeschränkt möglich.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2021 hat die EWW 741 GWh Strom (Vorjahr: 707 GWh, geplant 801 GWh) und 1.628 GWh Gas (Vorjahr 1.315 GWh, geplant 1.381 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2021 belaufen sich auf 276,9 Mio. € (Vorjahr: 251,8 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 151,4 Mio. € (Vorjahr: 136,0 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 77,9 Mio. € (Vorjahr: 70,1 Mio. €) sowie 3,3 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting.

Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 25,7 Mio. € (Vorjahr: 27,8 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 18,6 Mio. € (Vorjahr: 15,5 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Die Umsatzerlöse liegen aufgrund erhöhter Absatzmengen im Gas sowie insbesondere bedingt durch Preiseffekte sowohl im Strom- als auch Gasbereich um 14,6 Mio. € über der Prognose des Vorjahres (262,3 Mio. €).

Entwicklung im Stromsegment

In diesem Jahr konnte ein deutlicher Anstieg der Großhandelspreise für Strom verzeichnet werden. Während sich die Preise von Januar bis August kontinuierlich, aber noch mit moderaten Steigerungsraten verteuerten, kam es im September zu einem ersten exponentiellen Anstieg. Hier verdoppelte sich der Preis für das Jahresband 2022 von etwa 80 €/MWh Ende August auf 160 €/MWh am 5. Oktober 2021. In der Folgezeit konsolidierten sich die Preise auf hohem Niveau zwischen 100 und 130 €/MWh. Ab Mitte November setzte dann ein zweiter exponentieller Anstieg bis kurz vor Weihnachten ein. In der

Spitze wurden Preise von über 300 €/MWh erreicht, die jedoch nur wenige Tage Bestand hatten. Dennoch ging das Jahr 2021 mit Notierungen über 200 €/MWh zu Ende und damit mit vierfach höheren Preisen als 2020.

Neben den bereits erwähnten höheren Preisen für CO₂-Emissionszertifikate haben sich vor allem die Knappheiten bzw. die für den weiteren Verlauf des Winters erwarteten Knappheiten beim Gas ausgewirkt. Dadurch haben sich vor allem die kurzfristigen Produkte verteuert. Weiterhin haben politische Spannungen mit dem für Westeuropa wichtigen Gaslieferanten Russland (Ukraine, Nordstream 2) preistreibend gewirkt. Schließlich hat der sich fortsetzende Ausstieg aus der Stromerzeugung aus Kernenergie und Kohle ebenso nicht zur Entspannung beigetragen. Diese Entwicklungstendenzen wurden dann auch durch den Ausgang der Bundestagswahl sowie die daraus folgende Regierungsbeteiligung der Grünen befördert.

Analog der Beschaffungsstrategie der EWW wurden für das Jahr 2021 insgesamt 89 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt neun verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

In 2021 konnte auf eine Preiserhöhung für Privatkunden und kleinere Gewerbekunden im Stammgebiet der EWW, in unterschiedlichen Produktkategorien, verzichtet werden. Die gestiegenen Netzentgelte und Beschaffungskosten wurden durch die sinkende EEG-Umlage größtenteils kompensiert. Dies führte zu geringeren Kundenabwanderungen. Kundenbewegungen werden auch weiterhin durch den intensiven Wettbewerb in den unterschiedlichen Vertriebskanälen unvermeidlich sein. Das große Portfolio an Kundenbindungsmaßnahmen wie z.B. Förderprogramme und Mehrwertleistungen, der intensive Einsatz von Außendienstmitarbeitern und weiteren Vertriebs- und Kommunikationskanälen konnte in diesem Jahr corona- und hochwasserbedingt nur teilweise ausgeschöpft werden. Zudem wurde die Akquise über die externe Marke „enerSwitch“ eingestellt und eine Trennung von nicht werthaltigen Kunden vollzogen. Durch Lieferanteninsolvenzen sind einige tausend Kunden in unsere Grund- und Ersatzversorgung überführt worden.

Zudem konnten mit rund 30 verkauften PV-Anlagen einige Kunden auf regenerative Energien überführt werden und dies trotz der schwierigen Pandemie- und Hochwasserlage. Im Ergebnis konnte somit erreicht werden, dass die Kundenanzahl nahezu konstant geblieben ist.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Insgesamt stabilisiert sich das Gewerbe- und Geschäftskundensegment.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2021 bei 741 GWh und damit über der Abgabemenge des Vorjahres (707 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Anstieg von rd. 49 GWh (inkl. periodenfremder Effekte) im Key Account Segment. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 224 GWh auf private Haushalte, 60 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 458 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2020 für 2021 wurden 47 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Mengenrückgängen im Geschäftskundensegment sowie aus der externen Akquise (GWK) resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei zu rund 19 % über E.ON und zu 81 % über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Preisentwicklung am Großhandelsmarkt für Erdgas vollzog sich nahezu identisch zur bereits oben beschriebenen Entwicklung bei den Strompreisen. Der Gaspreis verteuerte sich im ersten exponentiellen Anstieg von 15 €/MWh auf 66 €/MWh für das Jahresprodukt 2022. Die zweite exponentielle Steigerung endete erst am 22. Dezember bei 140 €/MWh. Ursächlich für diese Entwicklungen sind aufgetretene Knappheiten des Energieträgers Erdgas. Zum einen waren die Gasimporte von Flüssigerdgas (LNG) auf einem geringen Niveau, da die ebenso sehr hohen weltweiten Gaspreise (v.a. in Asien) dazu führten, dass LNG eher dorthin geliefert wurde. Zum anderen wurde auch aus Russland weniger Erdgas geliefert als in den Vorjahren. Daher waren die Gasspeicher in Westeuropa zu Beginn des Winters nur zu etwa zwei Dritteln gefüllt und es machten sich mit kälteren mittelfristigen Wettervorhersagen Sorgen um die Versorgungssicherheit breit.

Analog der Beschaffungsstrategie der EWW wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2021/22 (01. Oktober bis 30. September des Folgejahres) insgesamt 32 Einzelverträge mit unterschiedlich großen Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 9 verschiedenen Lieferanten geschlossen.

Im Kundensegment Privatkunden und kleinere Gewerbekunden wurde in 2021 eine Preisanpassung der Grundversorgung und des Produktes regioErdgas Basis zum 1. Dezember 2021 durchgeführt. Die Kundenanzahl konnte durch geringere Kundenverluste konstant gehalten werden und sogar ein ganz leichter Anstieg verzeichnet werden. Erfreulicherweise konnte die Zahl der verkauften Wärmecontractinganlagen auf 109 Anlagen gebracht werden.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wurde wegen der Pandemie eher selektiv vorgenommen. Im angestammten Gebiet ist es das Ziel, eine Balance zwischen Kundenverlusten und Kundenzugewinnen bei den Gaskunden zu erreichen. Dies ist in 2021 gelungen.

Die Erdgasabsatzmenge 2021 liegt mit rund 1.628 GWh insgesamt 313 GWh über der des Vorjahres (1.315 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus temperaturbedingten Mehrverbräuchen. Gegenüber der Prognose aus 2020 für 2021 wurden 252 GWh mehr abgesetzt, die i. W. aus Temperatureffekten in den Segmenten Haushalts-, Gewerbe- und Geschäftskunden resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei zu rund 11 % über E.ON und zu 89 % über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 19,0 Mio. € (Vorjahr: 18,4 Mio. €). Im Verhältnis zur Planung i. H. v. 19,4 Mio. € wurde demnach ein um 0,4 Mio. € niedrigeres Ergebnis erzielt. Wesentlicher Grund hierfür sind sowohl eine gesunkene Rohmarge aufgrund gestiegener Beschaffungspreise als auch die Aufwendungen im Kontext der Flutkatastrophe. Gegenläufig wirkten sich vor allem das Beteiligungs- sowie das Steuerergebnis aus.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2021		2020		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	276.936	100,0%	251.815	100,0%	25.121	10,0%
Materialaufwand	-219.940	-79,4%	-190.785	-75,8%	-29.155	-15,3%
Rohergebnis	56.996	20,6%	61.030	24,2%	-4.034	-6,6%
Andere betriebliche Erträge	4.518	1,6%	2.209	0,9%	2.309	104,5%
Personalaufwand	-22.758	-8,2%	-23.419	-9,3%	661	2,8%
Andere betriebliche Aufwendungen	-29.175	-10,5%	-27.218	-10,8%	-1.957	-7,2%
Betriebsergebnis	9.581	3,5%	12.602	5,0%	-3.021	-24,0%
Beteiligungsergebnis	15.332	5,5%	13.755	5,5%	1.577	11,5%
Zinsergebnis	-4.407	-1,6%	-4.358	-1,7%	-49	-1,1%
Steuerergebnis	-1.511	-0,5%	-3.611	-1,4%	2.100	58,2%
Jahresüberschuss	18.995	6,9%	18.388	7,3%	607	3,3%

Die Umsatzerlöse nahmen um 10,0 % bzw. 25,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 276,9 Mio. € zu; im Verhältnis zur Planung i. H. v. 262,3 Mio. € ergab sich ein Anstieg i. H. v. 14,6 Mio. €.

Im Gasgeschäft zeigen sich deutliche, temperaturbedingte Mengeneffekte, welche dazu führen, dass die Gaserlöse von 70,1 Mio. € um 7,8 Mio. € auf 77,9 Mio. € zunahmen.

Die Stromerlöse sind gegenüber dem Vorjahr deutlich um 15,3 Mio. € auf 151,4 Mio. € gestiegen, insbesondere bedingt durch Preiseffekte sowie aufgrund einer gestiegenen GWh-Absatzmenge (+49 GWh) im Key Account Segment.

Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting sind ebenfalls aufgrund der Temperatureffekte, aber auch durch zusätzliche Anlagen/Kundengewinne, gegenüber dem Vorjahr von 2,4 Mio. € auf 3,3 Mio. € gestiegen.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund gestiegener Großhandelspreise sowie der erhöhten Absatzmenge um 29,2 Mio. € auf 219,9 Mio. €. Die Strom- und Gasbezugskosten lagen deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Strom- als auch im Gassegment gestiegen. Gegenläufig wirkte die Senkung der EEG-Umlage.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 57,0 Mio. € (Vorjahr: 61,0 Mio. €) bzw. 20,6 % der Umsatzerlöse, was eine Reduzierung i. H. v. 6,6 % bedeutet.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten unter anderem Erlöse aus dem Verkauf von PV-Anlagen (0,5 Mio. €, Vorjahr 0,2 Mio. €), Ansprüche auf Wiederaufbauhilfen (0,5 Mio. €, Vorjahr: 1,1 Mio. €) sowie Rückstellungsaufösungen i. H. v. 0,3 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €).

Der Personalaufwand beträgt 28,2 Mio. € und erhöhte sich um 23,8 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der tariflichen Erhöhung um 3,3 % ist der Anstieg insbesondere auf die Aufwendungen im Rahmen des aufgelegten Altersteilzeitprogramms zurückzuführen.

Die Abschreibungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € auf 2,7 Mio. €.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen sanken unter anderem durch im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € reduzierte Abschreibungen um 0,7 Mio. € bzw. 2,3 % auf 28,5 Mio. € (Vorjahr: 29,2 Mio. €).

Das Betriebsergebnis stieg im Wesentlichen aufgrund des höheren Rohergebnisses um 8,0 Mio. € auf 17,6 Mio. € an.

Das negative Zinsergebnis beträgt 1,8 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 1,5 Mio. € (Vorjahr: 3,7 Mio. €). Die Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit den Kreditverbindlichkeiten liegen im Geschäftsjahr bei 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €).

Das Beteiligungsergebnis liegt bei 15,4 Mio. € (Vorjahr: 15,3 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 13,6 Mio. € (Vorjahr 13,9 Mio. €).

Der Ertragsteueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2022 mit einem Betrag i. H. v. 6,6 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragsteuern/Ergebnis vor Ertragsteuern) beträgt im Geschäftsjahr 21,3 % (Vorjahr: 7,3 %). Die Ausgleichszahlung der Regionetz wird dabei zu 95% steuerfrei behandelt. Die geringe Steuerquote des Vorjahres resultierte vor allem aus einer steueraufwandmindernden Auflösung einer Steuerrückstellung im Zusammenhang mit der im Vorjahr durchgeführten und abgeschlossenen Betriebsprüfung.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr leicht erhöht bei 7,6 % (Vorjahr: 6,9 %). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 24,5 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 41,1 % (Vorjahr: 33,2 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 4,8 % (Vorjahr: 3,6 %).

Investitionen

Im Berichtsjahr 2022 erfolgten Investitionen i. H. v. 4,0 Mio. € in den Bereichen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Energiedienstleistungen sowie den immateriellen Vermögensgegenständen.

Von den Investitionen in Energiedienstleistungen beziehen sich rd. 1,8 Mio. € auf das Segment Privat- und Geschäftskunden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagencontractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte.

Des Weiteren erfolgten Kapitalrückführungen von Beteiligungen im Bereich des Finanzanlagevermögens i. H. v. 0,4 Mio. €.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	154,8	63,6%	154,0	68,0%	0,8	0,5%
- davon Sachanlagen	14,8	6,0%	13,6	6,0%	1,0	7,5%
- davon Finanzanlagen	138,1	56,8%	138,5	61,2%	-0,4	-0,3%
Umlaufvermögen	87,0	35,8%	71,1	31,4%	15,9	22,4%
- davon Forderungen aus LuL	28,5	11,7%	33,1	14,6%	-4,6	-14,0%
Rechnungsabgrenzungsp.	1,4	0,6%	1,3	0,6%	0,1	7,7%
	243,2	100,0%	226,4	100,0%	16,8	7,4%
Passiva						
Eigenkapital	66,7	27,4%	59,7	26,4%	7,0	11,8%
Rückstellungen	99,2	40,8%	81,0	35,8%	18,2	22,4%
- davon Pensionsrückstellungen	54,7	22,5%	55,1	24,4%	-0,4	-0,8%
Verbindlichkeiten	76,2	31,3%	84,9	37,5%	-8,7	-10,2%
- davon ggüber Kreditinstituten	46,2	19,0%	54,6	24,1%	-8,5	-15,5%
Rechnungsabgrenzungsp.	1,2	0,5%	0,9	0,4%	0,3	33,3%
	243,2	100,0%	226,4	100,0%	16,8	7,4%

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 16,8 Mio. € von 226,4 Mio. € auf 243,2 Mio. €. Grund hierfür ist im Wesentlichen ein Anstieg der Rückstellungen, insbesondere bedingt durch 14 den Anstieg ausstehender Rechnungen – insbesondere Energiebezugsrechnungen – von 9,6 Mio. € im Vorjahr auf 23,5 Mio. €.

Die Anlagenintensität liegt bei 63,6 % (Vorjahr: 68,0 %).

Das Eigenkapital zeigt sich erhöht um 11,8 % bei 27,4 % der Bilanzsumme.

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 54,7 Mio. € (Vorjahr: 55,1 Mio. €) betragen. Diese machen 22,5 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich aufgrund der regelmäßigen Tilgungen sowie der geringeren Kontoinanspruchnahme um 15,5 % auf 46,2 Mio. €.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft sowie durch die bestehende Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2022	2021	Veränderung
			in Mio. €
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	33,0	3,1	29,9
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	10,2	11,9	-1,7
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-21,3	-20,4	-0,9
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	21,9	-5,4	27,3
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	8,7	14,1	-5,4
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	30,6	8,7	21,9

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zeigt sich deutlich erhöht. Er ist um 29,9 Mio. € gestiegen und liegt im Geschäftsjahr bei 33,0 Mio. €.

Generell wird dieser zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifikundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die

Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei der EWV.

Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen. Im Berichtsjahr ist der Anstieg des Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit insbesondere auf gestiegene Abschlagszahlungen in der zweiten Jahreshälfte 2022 zurückzuführen.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt 10,2 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. € vermindert. Im Wesentlichen beinhaltet der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit die Vorweggewinnausschüttung der Regionetz i. H. v. 13,6 Mio. € und weitere Beteiligungserträge i. H. v. 1,8 Mio. €. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 0,6 Mio. € sowie für Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 3,9 Mio. €.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -21,3 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i. H. v. 17,5 Mio. € (Vorjahr: 16,5 Mio. €) sowie Darlehensstilgungen i. H. v. 3,2 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden 34,4 Mio. € (Vorjahr: 37,3 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit fristenkongruent finanziert.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt 30,6 Mio. € und setzt sich zusammen aus einem kurzfristigen Kontokorrentkredit i. H. v. 12,0 Mio. €, Guthaben auf dem Girokonto der Sparkasse Aachen i. H. v. 30,8 Mio. € sowie Cash Pool-Forderungen gegen die Regionetz und deren Beteiligungen i. H. v. 11,8 Mio. €. Er erhöhte sich demnach um 21,9 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 46,2 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 33,1 %. Die Geschäftsführung der EWV bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigte die EWV durchschnittlich 248 (Vorjahr: 254) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei der EWV zehn Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- ☐ Industriekaufrau/-mann
- ☐ Kauffrau/-mann für Büromanagement
- ☐ Kauffrau/-mann für Digitalisierungsmanagement

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika sowie Bachelor- und Masterarbeiten im kaufmännischen Bereich angeboten.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,2 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. Der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden), belief sich auf 382.

Personalentwicklung

Im Kontext der Covid-19-Pandemie wurde ein Leitfaden für das Führen auf Distanz für alle Führungskräfte der EWV zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden vermehrt virtuelle Bildungsformate eingesetzt, um die fachliche und überfachliche Weiterbildung der Mitarbeiter und Führungskräfte sicherzustellen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter (m/w/d). Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeiter (m/w/d) geht so gesund nach Hause, wie er (m/w/d) gekommen ist.“ Dies gilt umso mehr in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Darüber hinaus wurden von unserem BGM Team (betriebliches Gesundheitsmanagement) folgende Maßnahmen zur Gesunderhaltung unserer Mitarbeiter konzipiert und durchgeführt:

- Verschiedene Vorsorgescreenings, darunter Augen- und Rückenmessungen incl. Empfehlung zur Verbesserung bei Rückenleiden und Angebot eines Online-Fitnessprogramms.
- Digitale Vorträge zu den Themen Home-Office mit Familie und Motivation in Krisenzeiten

- Einbindung des Caritas Unternehmensservice als Employee Assistance Program

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für die EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert die EWV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

Die EWV berät mit ihrem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

Tätigkeitsabschlüsse

Die EWV erbringt energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG gegenüber der Regionetz GmbH und ist somit verpflichtet, einen Tätigkeitsabschluss aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei der EWV orientiert sich das Risikomanagementsystem an der E.ON Funktionsrichtlinie FP-14 Risikomanagement.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Marktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch EEG-Anlagen wirken ebenfalls absatzmindernd. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmende Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

Strategische Risiken

Strategische Risiken thematisieren insbesondere potenzielle Bedrohungen der strategischen Erfolgspotenziale eines Unternehmens (wie Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile). Strategische Entscheidungen können von Investitionen bis hin zur Beschaffungsstrategie von Medien und der Festlegung von Organisationsstrukturen reichen.

Aktuell ergeben sich Chancen aus einer strategischen Neuausrichtung. Die EWV hat eine Reihe von neuen Geschäftsfeldern identifiziert, die sich aus der grundlegenden Veränderung der Energiemärkte ergeben.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Hierunter fallen auch jene Risiken, die durch ungeeignete Methoden und Modelle entstehen können. Der Prozess zur Energiebeschaffung ist in diesem Kontext von herausragender Bedeutung. Zum Management eben dieses Risikos wird ein spezielles Risikohandbuch

verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2022 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2018 bis 2021 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte beschafft. Durch die aktuelle Energiekrise werden die Entwicklungen am Markt noch enger monitort. Für die Lieferjahre 2023 bis 2025 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Weitere Beispiele sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich abschließbar.

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die Refinanzierung über Kreditlinien wird über eine solide Bonität der EWV sichergestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch die laufende Überwachung der Beteiligungen.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Unter diese Kategorie fallen auch Risiken aus Compliance, Governance und HSE (Health, Safety, Environment).

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

Soziale und Ökologische Risiken

Die Kategorie Soziale und Ökologische Risiken umfasst jene Risiken, die für die Gesundheit von Personen, den Lebensraum oder die Arbeitsumgebung von besonderer Wichtigkeit sind. Ökologische Risiken entstehen meist durch externe Einflüsse. Im Bereich HR gibt es bspw. Risiken für die menschliche Gesundheit und für das Ökosystem oder auch Risiken der persönlichen Haftung von Unternehmen für umweltrelevante Aktivitäten eines Unternehmens.

Ziel ist es, die Emissionen völlig zu eliminieren oder so gering wie möglich zu halten. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch das laufende ESG-Reporting sowie laufende Schulungen der Mitarbeiter im regelmäßigen Turnus.

Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- ☐ Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
- ☐ Niedrig (>1 bis 10 %)
- ☐ Mittel (>10 bis 20 %)
- ☐ Hoch (>20 bis 50 %)
- ☐ Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- ☐ Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
- ☐ Gering (0 bis 10 %)
- ☐ Mittel (>10 bis 20 %)
- ☐ Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
- ☐ Kritisch (>50 %)
- ☐ Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWW nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Hier die fünf wertwichtigsten Risiken:

1. Beschaffungskostenanstieg aufgrund eines Lieferantenausfalls (Schadensklasse „Kritisch“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Liquiditätsprobleme eines Lieferanten könnten zu einem Ausfall von Beschaffungsmengen führen für die Medien Strom und Gas. Dieses Szenario bildet den Ausfall des Lieferanten mit höchster Liefermenge je Jahr dar.

2. Spotmarktrisiko (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Das Risiko entsteht aus Abweichungen zwischen langfristig eingedeckten Mengen und kurzfristigen temperatur- und/oder konjunkturbedingten Verbrauchsschwankungen. Der Schaden ergibt sich entsprechend aus der Divergenz der Einkaufs- und Verkaufspreise. Je nach Preislage kann dieses Risiko allerdings auch einen positiven Effekt aufweisen.

3. Zerstörung der Dienststelle (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Es wird eine vollständige Zerstörung der Dienststelle im Szenario unterstellt bei der die Versicherung nicht greift.

4. Margenminderung aufgrund geringerer spez. Verbrauchsmengen (Effizienzen/Substitution) (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Mögliche Ursachen sind bspw. durch das Einsparverhalten der Kunden, Substitution durch andere Energieträger, Wärmedämmung, effizientere Energietechnik etc. Das Risiko beinhaltet geringere spez. Verbrauchsmengen sowohl im Gas als auch im Strom

5. Kreditrisiken Retail B2B/B2B (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Das Risiko umfasst im Wesentlichen Forderungsausfälle im B2C Segment. Hauptrisikotreiber bilden neben Kaufkraftveränderungen auch Preissteigerungen, konjunkturelle Entwicklungen und Insolvenzen (§133 ff InsO)

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Chancen

Die derzeit instabile Situation auf den Energiemärkten mit beträchtlichen Händlerinsolvenzen und der damit verbundenen Übernahme der freigewordenen Kunden durch den Vertrieb der EWW kann insgesamt zu einer Stabilisierung der Kundenbasis sowohl bei Privat- als auch Gewerbekunden und damit

verbunden Ertragseffekten im mittleren sechsstelligen Bereich führen. Mit Blick auf die Bestandskunden ist davon auszugehen, dass sich insgesamt die Wechselbewegung zu anderen Versorgern abschwächen wird.

Kalte Nahwärmekonzepte für Neubaugebiete und nachhaltige Energiekonzepte für Bestands-Quartiere gewinnen politisch weiter an Bedeutung. Mehrere Entwicklungen zählen hierauf ein:

- Die stark gestiegenen Gas- und Strompreise führen bei vielen Hauseigentümern zu einem Umdenken. Die Nachfrage nach Photovoltaik und Wärmepumpen ist hierdurch enorm gestiegen.
- Die für 2023 angekündigte Verpflichtung von NRW-Kommunen, in die kommunale Wärmeplanung einzusteigen, führt 2022 zu einer gesteigerten kommunalen Nachfrage nach entsprechenden Konzepten bzw. Beratungsleistungen.
- Der angestrebte Klimaneutralitätspfad vieler Gemeinden in der StädteRegion sowie das angedeutete Verbot des Einbaus von rein fossilen Heizungen ab 2024 verstärkt das Bewusstsein bei Bürgern, kurz- bis mittelfristig in die eigenen vier Wände energetisch zu investieren.

In Neubaugebieten hat sich kalte Nahwärme als die zentrale Alternative zu dezentralen Wärmepumpenlösungen etabliert.

EWV profitiert durch Umsetzung der Energiekonzepte mit langfristiger Wärme- und Dritte. Dank der neuen Rahmenparameter besteht im Energiedienstleistungsbereich durchaus die Chance, in allen Kundensegmenten deutlich mehr Abschlüsse zu generieren.

Durch den Wegfall der Umsatzsteuer für PV-Anlagen ab 2023 wird die Attraktivität von Kaufmodellen im B2C-Segment gesteigert. Pachtmodelle werden für Endkunden hingegen aufgrund der weiter zu entrichtenden Umsatzsteuer wirtschaftlich uninteressant.

2023 wird – wie auch 2022 – werden grundsätzlich durch Materialengpässe wie auch Fachkräftemangel (Installationsengpässe) geprägt sein. Derjenige Akteur, der es schafft, sowohl Material als auch Installationskapazitäten in ausreichender Menge vorzuhalten, wird von der gestiegenen Nachfrage profitieren. So sind in der Photovoltaik allein im B2C Segment durchaus 300 Anlagen mehr als planerisch unterstellt möglich. Aufgrund der Mangellage sind zudem die Endkundenpreise und somit auch der Ertrag je Anlage angestiegen.

Bei der E-Mobilität positioniert sich EWV als Projektierer und setzt bei größeren Kunden oder Objekten komplexe Abrechnungsmodelle um. Nachfrage nach entsprechenden Lösungen ist bereits da und wird steigen. Die in diesem Bereich abgesetzten Mengen sind in 2022 gegenüber 2021 spürbar angestiegen. In Abhängigkeit der weiteren politischen Rahmenbedingungen erscheint eine Margenausweitung im niedrigen sechsstelligen Bereich in der Zukunft im Bereich des Möglichen.

Prognosebericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Angesichts der aktuell großen Herausforderungen hat die Weltwirtschaft an Dynamik verloren. Die anhaltend hohe Inflation hat sich über Länder und Produkte hinweg ausgebreitet; Engpässe in der Energieversorgung könnten die Preise weiter in die Höhe treiben. Zinserhöhungen, die notwendig sind, um die Inflation einzudämmen, erhöhen die finanzielle Anfälligkeit.

In ihrem Wirtschaftsausblick vom November 2022 geht die OECD davon aus, dass fast drei Viertel des globalen Wachstums im kommenden Jahr auf die großen asiatischen Schwellenländer entfallen wird, während der Aufschwung in den USA und in Europa an Tempo verliert. Für das Jahr 2023 wird ein Wachstum von nur 2,2 Prozent und für das Jahr 2024 von 2,7 Prozent prognostiziert. Eine straffere Geldpolitik und höhere Realzinsen, anhaltend hohe Energiepreise, ein schwaches Wachstum der realen Haushaltseinkommen und ein sinkendes Vertrauen dürften das Wachstum schwächen. Es wird erwartet, dass die Inflation in 2023 auf hohem Niveau verbleiben wird, bevor eine straffere Geldpolitik sowie eine Verlangsamung des Wachstums dazu beitragen werden, die Inflation letztendlich zu dämpfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr angesichts der Energiekrise und der Lieferkettenprobleme als erfreulich widerstandsfähig erwiesen. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr um 1,9 % zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft trotz Ukraine-Krieg, Lieferkettenengpässen und Energiepreiskrise gewachsen. Noch im Frühjahr 2022 hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage mit einem Wachstum des BIP in Deutschland von 3,6 Prozent im Jahr 2023 gerechnet. Im Jahresgutachten, das im Herbst publiziert wurde, wird ein Rückgang für das reale

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2023 um 0,2 Prozent erwartet. Auch die Bundesbank geht in ihrem Monatsbericht von Dezember unter den gegebenen Bedingungen von einem Schrumpfen der deutschen Wirtschaft von sogar 0,5 Prozent aus, das aber keinen schwerwiegenden Einbruch zur Folge habe, weil in der 2. Jahreshälfte mit einer Erholung zu rechnen sei. Für 2024 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent gerechnet.

Strategische Entwicklung der EWW

Die für EWW bedeutende Rolle des Geschäftsfeldes Erdgasversorgung wird sich in den kommenden Jahren abbauen. Demgegenüber steht eine Kompensation durch zunehmende Wärmepumpen- und Fernwärmeaktivitäten. Die EWW-seitige Beteiligung an der kommunalen Wärmeplanung stellt dabei einen wichtigen strategischen Stellhebel für die Wärmetransformation dar. Hier gilt es Involvement und Beratung zunächst zu sichern, bevor eine Beteiligung an der eigentlichen Umsetzung erfolgt. Abzuwarten bleibt, wie sich zunehmende grüne Wasserstoffbeimischungen auf dem Wärmemarkt entwickeln werden.

Das Strommarktdesign wird sich bis 2030 in Richtung Regenerative Erzeugung, Flexibilitätsdienstleistungen und Wasserstoff entwickeln. Auf der Verbraucherseite kommt es zu einem starken Anstieg der Wärmepumpentechnologien, aber auch die Elektromobilität wird einen weiteren Hochlauf nehmen. Diese Technologien werden künftig auch als Flexibilität und daher als steuerbare Einheiten (vehicle2grid/intelligentes Laden) eingebunden werden können. Hier gilt es den Wachstumspfad über attraktive Produktoptionen auf der Commodity- und Dienstleistungsseite zu begleiten und abzuschöpfen. Auf der Erzeugerseite gilt es weiterhin Geschäftsoptionen für Photovoltaik und Windkraft im regionalen Umfeld zu prüfen und umzusetzen. Dabei ist die enge Verzahnung mit den kommunalen Entscheidungsträgern essentiell.

Aus vertrieblicher Sicht wird es zunehmend wichtig, den Smart-Meter-Roll-Out proaktiv zu begleiten. Die sich hieraus ableitenden zusätzlichen Optionen für „Sub-Metering“, „Smart Home“ (u.a. auch IoT Wallbox, Heizung, Waschmaschine) und „Daten-Hubs“ (u.a. personalisierte Dienstleistungen) werden aufgrund des neuen Energiebewusstseins und des Preisniveaus zunehmend in den Fokus rücken. Mit steigender Smart-Meter Dichte müssen auch adäquate dynamische Commodity-Tarife nachgerüstet werden, die entsprechende Anreize zur Einsparung und Flexibilität liefern.

Die für 2023 avisierte Gas-, Wärme- und Strompreisbremse für alle Kundensegmente, verkleinert im Prinzip den wettbewerblichen Anteil im Verkaufspreis, allerdings auf einem hohen Niveau. Sollten allerdings drastische Preisabsenkungen auf den Großhandelsmärkten zu verzeichnen sein, muss schnell mit entsprechenden Preis- und Produktmaßnahmen sowie Kundenbindungsinstrumenten gegengesteuert werden.

Das derzeit hohe Level an Kundenanfragen und -anliegen stellt für den Vertrieb insbesondere auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels eine enorme Herausforderung dar. Daher spielt die verbesserte Ausgestaltung des digitalen Frontends (Kundenportal und Produktplattform) für den Customer-Service eine entscheidende Rolle, denn auch die Customer-Journey wird immer digitaler. Aber auch der Digitalisierungsfortschritt der nachgelagerten Prozesse wird vor dem Hintergrund der Kosteneffizienz und Schnelligkeit kombiniert mit einer exzellenten Datenstrategie forciert werden. Gleichzeitig gilt es, die Anforderungsprofile der Stellen anzupassen und neuartige Stellen zu konzipieren.

Um den immer komplexeren Anforderungen, aber auch den Marktchancen in der Energiewirtschaft zu begegnen, spielen Kooperationen mit Spezialisierungskompetenzen eine fortwährend wichtige Rolle. Diese gilt es zu bewerten und gewinnbringend mit der Organisation zu verzahnen. Eine professionelle Begleitung und ggf. Integration von Start-up-Unternehmen trägt zum Innovationsgrad und ggf. neuen Geschäftsimpulsen bei.

Die EWW will ihr Beteiligungsportfolio, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien, weiter ausbauen und optimieren. Im Rahmen einer internen Neuorganisation mit Start zum 01.01.2023 werden die EE-Projekte EWW-weit in der Abteilung Energiewende gebündelt. Dabei sind verschiedene Projekte in Vorbereitung.

Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz bildet das aktuelle zentrale Politikthema. Für ihn wird eigens ein Gesetz erstellt: das Klimaschutzgesetz. Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben. Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EUGesetzgebung in Form der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs.

Nach dem Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vom 26. Januar 2019 wird Deutschland zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2038 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen.

Die Zukunftsagentur „Rheinisches Revier“ wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die StädteRegion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 wurde mit dem Ziel erstellt, einen konkreten Leitfaden für den bestmöglichen Einsatz der in Aussicht gestellten Fördermittel für das Rheinische Revier zu schaffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Rheinische Revier in den nächsten zwei Jahrzehnten mit bis zu 15 Milliarden Euro zu unterstützen, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste in den Teilregionen zu kompensieren und eine erfolgreiche Transformation für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu ermöglichen.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen- und Bioökonomie, in der industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neue Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen.

Bis zum Jahr 2050 will die Region zudem vollständig CO₂-neutral wirtschaften. Die international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) und deren Umsetzungsstrategien können dabei eine wichtige Orientierung liefern.

EWV Schwerpunkte

Trotz der Umstände rund um das zu sanierende Verwaltungsgebäude in Stolberg hat es die EWV erfolgreich geschafft, alle Prozesse in hoher Qualität aufrechtzuerhalten. Die Arbeiten wurden zum größten Teil ins Home-Office verlegt. Dieser Zustand wird weitestgehend auch noch in 2023 anhalten. Parallel erfolgt die fortschreitende Sanierung des Verwaltungsgebäudes, so dass derzeit von einem vollständigen Bezug in der zweiten Jahreshälfte 2023 ausgegangen wird.

Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA) so genannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. Die EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsamen mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen. Ein zentrales Vorhaben titulierte unter der sogenannten Talachse der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Hierunter wird eine von Südwest nach Nordost verlaufende infrastrukturelle Achse verstanden, welche sich entlang des natürlichen Verlaufs des Vichtbachs entwickelt hat. Die Talachse prägt im Besonderen das Bild Stolbergs als Industriestandort. Ziel ist es, Stolbergs energieintensive Traditionsunternehmen entlang der Talachse mit Hilfe erneuerbarer Energiesysteme sowie innovativer Energiespeicher energieautark aufzustellen und mittels Kooperationen im Bereich Technologie- und Innovationstransfer bestehende Standortvorteile auszubauen. Zur Umsetzung des Vorhabens soll unter Beteiligung der Akteure über eine Studie der Antrag zu einem gemeinsamen Förderprojekt erarbeitet werden. Die EWV wird sich als Mitglied des Akteurkonsortiums an der Studie und den flankierenden Maßnahmen finanziell beteiligen.

In Kommunen bestehen hohe Energie-Einsparpotenziale, vor allem in öffentlichen Gebäuden. Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke tragen nennenswert dazu bei, diese Potenziale zu identifizieren und zu heben. Daher wurde als wichtige Sofortmaßnahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) die Förderung von Energieeffizienz-Netzwerken von Kommunen eingeführt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2023 507,4 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 708 GWh Strom und 1.258 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i. H. v. 232,1 Mio. € und Gaserlösen i. H. v. 221,0 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWV für 2023 wird gemäß Plan bei 25,3 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 17,1 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2023 beträgt ca. 9,8 Mio. €. Es besteht in der Vorausschau auf das kommende Jahr weiterhin große Ungewissheit bezüglich der Auswirkungen aus der anhaltenden Energiekrise.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWW ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWW Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWW hat sich im Geschäftsjahr 2022 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Schröder, Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Manfred	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzender	
Dr. Küppers, Stefan Vorstand Westenergie AG	1. stv. Vorsitzender	
Kohlen, Thomas Betriebsratsvorsitzender EWW	2. stv. Vorsitzender	
Bachmann, Erik Abteilungsleiter Kundenservice/Abrechnung/Debitoren	-	
Back, Dieter Gruppenleiter Lager & Material	-	
Becker, Udo Betriebsratsvorsitzender Regionetz	-	
Danelzik, Sarah Senior Vice President Order2Cash	-	ab 16.10.2022
Dipl.-Ing. Spelthahn, Wolfgang Landrat des Kreises Düren	-	
Emonds, Jochen Ratsmitglied Stadt Stolberg	-	
Finke, Guido stv. Betriebsratsvorsitzender	-	
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	-	
Hermanns, Karl-Heinz Städteregionstagsmitglied	-	
Kever, Astrid stv. Betriebsratsvorsitzende	-	ab 15.02.2022
Krauthausen, Dietmwar Ratsmitglied Stadt Eschweiler	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Prof. Dr. Schröder, Achim Vorstand	-	
Pusch, Stephan Landrat des Kreises Heinsberg	-	
Ruhnau-Schroeder, Klaudia ehm. Mitarbeiterin der EWW	-	
Sonders, Alfred Bürgermeister Stadt Alsdorf	-	

Aufsichtsrat		
Stangel, Michael Leiter Region Westliches Rheinland	-	ab 01.01.2022
Vogt, Brigitte Leiterin Marketing & Brand	-	
Wallraven, Jürgen Leiter EVU Vertrieb Düren	-	bis 15.10.2022

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Beirat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	
von Hoegen, Till	-	

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH. Für die Gesellschafterversammlung und den Beirat nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 21 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 23,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen,

die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die EWV GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1912 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.6 enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Basisdaten

Anschrift	enwor - energie & wasser vor ort GmbH Kaiserstr. 86 52134 Herzogenrath
Gründungsjahr	1909
Internet	www.enwor-vorort.de
Telefon	02407/509-0
Telefax	02407/509-7777

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist

- die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme,
- die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen,
- die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie
- die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der Versorgung in Würselen mit Strom, Wasser und Gas.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der enwor ist die Sicherstellung der Versorgung mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	11.724,3	52,52
Stadt Herzogenrath	5.860,3	26,25
Stadt Würselen	2.497,9	11,19
Stadt Übach-Palenberg	1.317,6	5,90
Stadt Alsdorf	550,3	2,46
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319,7	1,43
Stadt Baesweiler	52,6	0,24
2 ehem. Aktionäre StwAG	2,4	0,01

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG	18.788.913,4	1,27
Trianel Gaskraftw. Hamm GmbH & Co. KG	6.449.091,3	1,22
Trianel Windpark Borkum GmbH & Co. KG	308.522,5	1,54
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	106.827,9	4,35
Trianel GmbH	94.150,4	2,21
Trianel Onshore Windkraft GmbH & Co. KG	46.601,8	5,49
Trianel Windkraft Borkum II GmbH & Co. KG	41.940,7	4,75
Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH	25.620,5	50,00
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG	7.271,5	20,00
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG	4.814,7	10,00
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG	3.236,8	10,00
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG	3.117,8	10,00
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH	528,1	25,10
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG	496,0	10,00
IWA - Institut für Wasser- und Abwasseranalytik	80,7	30,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 11,891 % (abzgl. Kapitalertragsteuer / Solidaritätszuschlag / anteiliger Erstattung durch die Finanzbehörde) jeweils im nächsten Jahr zu. Im Jahr 2022 waren dies 470.959,13 € Gewinnanteil. Daneben erhielt die Stadt Würselen Konzessionsabgaben für die Strom- und Wassernetze in Würselen in Höhe von 1.925.722,17 €. Insgesamt ergaben sich in 2022 Erträge von der Enwor in Höhe von 3.249.436,28 €.

Die Aufwendungen an die Enwor beliefen sich im Jahr 2022 auf 1.184.985,63 €. Darunter fallen unter anderem die Aufwendung für Straßenbeleuchtung in Höhe von 670.279,31 € sowie Leistungen für die Bewirtschaftung von Gebäuden mit Energie, Wasser und für die Heizung in Höhe von 300.155,34 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	159.230	162.446	-3.216	Eigenkapital	60.666	59.210	1.456
Umlaufvermögen	44.799	39.121	5.678	Sonderposten	20.267	19.006	1.261
				Rückstellungen	104.900	102.768	2.133
				Verbindlichkeiten	19.904	21.376	-1.472
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1.710	808	902	Passive Rechnungsabgrenzungen	3	16	-13
Bilanzsumme	205.739	202.376	3.363	Bilanzsumme	205.739	202.376	3.363

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Ankaufs der Würselenener Straßenbeleuchtung hat die Stadt Würselen der ASEAG Energie GmbH am 16.09.2003 eine Bürgschaft gewährt. Der Stand der Bürgschaft beträgt zum 31.12.2022 219.175,77 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	140.544	130.969	9.574
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	7.436	3.531	3.905
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	2.109	2.667	-558
4 Sonstige betriebliche Erträge	1.201	1.122	79
5 Materialaufwand	-88.329	-77.410	-10.920
6 Personalaufwand	-27.219	-24.744	-2.475
7 Abschreibungen	-8.434	-8.333	-101
7.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-8.434	-8.333	-101
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.617	-9.949	331
9 Erträge aus Beteiligungen	3.468	2.156	1.312
10 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	142	158	-16
11 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.581	1.004	577
12 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-5.017	-3.356	-1.661
13 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.454	-6.776	2.321
14 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-7.488	-6.105	-1.382
15 Ergebnis nach Steuern	5.922	4.936	986
16 Sonstige Steuern	534	360	174
17 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.456	5.296	1.160

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	29,5 %	29,3 %	0,2 %
Eigenkapitalrentabilität	10,6 %	8,9 %	1,7 %
Anlagendeckungsgrad 2	38,1 %	36,4 %	1,7 %
Verschuldungsgrad	205,7 %	209,7 %	-3,9 %
Umsatzrentabilität	4,6 %	4,0 %	0,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 286 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 320) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Gesamt- und regionalwirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr

Das Wirtschaftswachstum des Bruttoinlandproduktes 2022 liegt nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2022 bei 1,9 %.

Die privaten Haushalte sind aufgrund der hohen Inflation mit einer sinkenden Kaufkraft ihrer Einkommen konfrontiert und reduzieren daher ihre Konsumausgaben. Dies strahlt beispielsweise auf den Einzelhandel und andere konsumnahe Dienstleister aus. Die energieintensive Industrie hat ihre Produktion fast flächendeckend kräftig zurückgefahren und unternimmt Anstrengungen, um dies weiter fortzusetzen. Temporäre, krisenbezogene Fiskalmaßnahmen des Staates führten dazu, dass keine Rezession eingetreten ist.

Einige Industriebranchen (Automobilwirtschaft) profitieren derzeit von nachlassenden Spannungen in den globalen Lieferketten. In vielen Branchen lösen sich die Lieferengpässe bei Vorprodukten nach und nach auf.

Die derzeit hohe und von den Zentralbanken bekämpfte Inflation ist kein Spezifikum Deutschlands, sondern belastet in vielen Ländern die Konsumkonjunktur. Die erhebliche Verteuerung von Energie und die Unsicherheiten über die zukünftige Energieversorgung beeinträchtigen umfangreich die unternehmerischen Aktivitäten Europas.

In vielen Ländern werden geldpolitische Straffungsmaßnahmen (Zinssteigerungen) eingesetzt, was sich auf die Dynamik der Wirtschaftsaktivitäten auswirkt.

Die Folgen des Ukraine Krieges belasten die Wirtschaftsaktivitäten im Euro Raum.

Die Deutsche Bundesbank erwartet, dass der Arbeitsmarkt sich als robust erweist und die nominalen Löhne kräftig steigen. In diesem Zusammenhang ist auf die Höhe der Gewerkschaftsforderung nach Lohnerhöhung zu verweisen, die im 1. Quartal 2023 verlautbart wurden. Bei entsprechenden Lohnerhöhungen steigen die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und deren Konsumausgabefreiräume dürften ebenfalls steigen.

Es kann aber auch zu einer Lohn-Preis-Spirale kommen.

In den letzten Monaten bewegte sich der Arbeitsmarkt in einer Seitwärtsbewegung. Die Beschäftigung steigt zum Jahreswechsel 2022/2023 kaum noch von dem bereits hohen Niveau an. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitskräfteknappheiten auf allen Ebenen scheint die Mindestloohnerhöhung vergleichsweise wenig dämpfende Wirkung auf die Arbeitsnachfrage gehabt zu haben.

Im Moment deuten viele Indikatoren darauf hin, dass der Arbeitsmarkt dem konjunkturellen Gegenwind trotzt. Die Beschäftigungspläne vieler Unternehmen haben sich in den letzten Monaten abgeschwächt, sind jedoch vorläufig noch weiter positiv. Die hohe Arbeitsmarktanspannung ist eine Folge der demographischen Verschiebungen in der Bevölkerung. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Fachkräftenachfrage durch erwerbsorientierte Zuwanderung kompensiert werden kann.

Die Wirtschaftsleistung Deutschlands wurde im Jahr 2022 von durchschnittlich 45,6 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Noch nie in der Geschichte Deutschlands lag die Zahl der Erwerbstätigen so hoch wie im Berichtsjahr. Die Beschäftigung profitierte von der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, einer steigenden Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung, insbesondere von weiblichen und älteren Erwerbspersonen. Diese positiven Effekte kompensierten den dämpfenden Effekt des demographischen Wandels. Ein Blick auf die Wirtschaftsbereiche zeigt, dass der Beschäftigungsaufbau fast ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen und nicht im Produktionsbereich stattfand.

Die gestiegenen Finanzierungskosten und die erheblichen Unsicherheiten in Bezug auf die Energieversorgung und die mit der Energieversorgung zusammenhängenden Kosten stellen eine Bürde auch für die regionale Wirtschaft da. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die gewerblichen Investitionen

in der Region merklich zurückgehen. Ob das Abklingen der Unsicherheiten gradueller oder grundsätzlicher Natur ist, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher prognostiziert werden. Die Erfordernisse der Transformation der regionalen Wirtschaft zu einer emissionsärmeren und energieeffizienteren Produktionsweise dürften die Investitionstätigkeit mittel- und langfristig positiv beeinflussen. Auf diese Weise könnte den hohen Energiekosten und den Knappheiten an den Energiemärkten begegnet werden.

Der Arbeitsmarkt in der Region hat den Auswirkungen des Ukraine Krieges, den stark steigenden Energie- und Rohstoffpreisen sowie den Materialengpässen getrotzt. Trotz aller konjunkturellen Eintrübung ist der hiesige Arbeitsmarkt stabil geblieben. Die größte Herausforderung bleibt der Fachkräftemangel. Allerdings befindet sich die Arbeitslosigkeit noch oberhalb des Wertes, der in den Jahren 2018 und 2019 festgestellt wurde und der sich durch ein historisch niedriges Niveau ausgezeichnet hat. Im Jahr 2022 wurde der drittniedrigste Wert der letzten 20 Jahre verzeichnet.

Im Jahr 2022 konnten 2 historische Höchstwerte verzeichnet werden: die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg auf rund 391.400 Menschen und die Zahl der offenen Arbeitsstellen lag auch so hoch wie noch nie zuvor, berichten die hiesige Agentur für Arbeit bzw. das Jobcenter.

Diese Organisationseinheiten blicken mit Zuversicht auf den Arbeitsmarkt 2023 und rechnen nicht mit einem Einbruch.

Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen lag bei rund 7 %. Sie liegt damit signifikant oberhalb der Arbeitslosenquote in Deutschland, die ca. 5,3 % beträgt (Vorjahr 5,7%). In etwa auf dem Niveau des Landes NRW bewegt sich auch die Arbeitslosenquote in der Städteregion Aachen. Die benachbarten Kreise Düren (6,6 %) und Heinsberg (5,1 %) weisen hingegen niedrigere Arbeitslosenquoten auf. Innerhalb des Agenturbezirks Aachen-Düren ist die niedrigste Arbeitslosenquote mit 3,9 % in Monschau festzustellen, wohingegen die höchsten Werte in Stolberg bzw. der Stadt Aachen mit 7,4 und 7,8 % festzustellen sind.

Mit dem Abbruch der russischen Gaslieferungen nach Deutschland ist zur Jahresmitte 2022 ein zentrales Abwärtsrisiko für das Wirtschaftswachstum in Deutschland eingetreten. In der Folge stiegen die Spotmarktpreise für Gas und auch für Strom zwischenzeitlich extrem stark an, bevor sie zum Jahres Wechsel 2022/2023 wieder deutlich absanken (nachdem sich zum Beispiel die Füllstände der Gasspeicher deutlich erhöht hatten). Die Unsicherheiten mit Blick auf die Energieversorgung und ihre Kosten belasteten die Stimmung der Unternehmen und privaten Haushalte in ganz erheblichen Umfang. Im 1. Quartal 2023 lässt sich feststellen, dass sich die Perspektiven für die Gasversorgung auch ohne russische Lieferungen weniger kritisch dargestellt haben, als noch im Sommer 2022 befürchtet werden musste. Dies ist auf die zusätzlichen Lieferungen von Erdgas bzw. LNG-Gas aus anderen Ländern sowie auf den aus unterschiedlichen Gründen reduzierten Gasverbrauch (Witterung, Sparsbemühungen) sowie die dadurch gut gefüllten Gasspeicher zurück zu führen. Eine Gasmangellage mit Rationierung der Gasversorgung ist deutlich unwahrscheinlicher geworden. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der stark gestiegenen Energiekosten auf die Privathaushalte und auf die Betriebe abzumildern, brachte die Bundesregierung umfangreiche Hilfsmaßnahmen auf den Weg, insbesondere die „Strom- und Gaspreisbremse“. Diese Maßnahmen waren für die Energieversorgungsunternehmen ein herausfordernder Prozess, der dadurch erschwert wurde, dass einige Maßnahmen nur wenige Stunden vor dem Inkrafttreten wieder storniert wurden.

Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor detaillierter dargestellt.

Zur Steuerung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage bedient sich die enwor sowohl finanzieller als auch sonstiger Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse,
- Rohertrag,
- Investitionen,
- Liquidität,
- Jahresüberschuss.

Sonstige Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser und Wärme,
- Entwicklung der Kundenzahlen.

Zusammenfassen kann vorab festgestellt werden, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor im Geschäftsjahr 2022 jederzeit geordnet war.

Ertragslage

Die in diesem Berichtsteil verwendeten Zahlen entstammen der Bilanz und der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (im Folgenden kurz GuV) bzw. Sparten-Bilanz und der Sparten-GuV für das Berichtsjahr. Planwerte sind den internen Planungsunterlagen entnommen. Die Absatz- und Erlösstatistiken für die einzelnen Sparten bilden die Grundlage für die Angabe der Ist-Mengen.

Insgesamt konnten die Umsatzerlöse der enwor mit 141,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr mit 131,0 Mio. € um 9,0 Mio. € gesteigert werden. Prognostiziert waren 136,8 Mio. €. Die Materialaufwendungen sind von 77,4 Mio. € im Vorjahr um 10,9 Mio. € auf jetzt 88,3 Mio. € gestiegen. Das Rohergebnis stieg von 60,9 Mio. € im Vorjahr um 2,1 Mio. € auf 63,0 Mio. € im Geschäftsjahr. Dadurch konnte der in der Planung für 2022 angesetzte Wert von 60,9 Mio. € überschritten werden.

Der Personalaufwand erreicht 27,2 Mio. €. Er ist gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von 24,7 Mio. € um 2,5 Mio. € gestiegen und übertrifft den Planwert in Höhe von 24,7 Mio. €. Dies ist vor allem auf die Dotierung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von -6,8 Mio. € auf nunmehr -4,3 Mio. € verbessert. Damit liegt das Finanzergebnis unterhalb der Planung von -3,2 Mio. €. Ursache sind Wertberichtigungen bei den Finanzanlagen i.H.v. insgesamt 5,0 Mio. €. Im Plan waren lediglich 1,6 Mio. € dafür vorgesehen.

Der Jahresüberschuss nach Steuern liegt im Geschäftsjahr 2022 mit 6,5 Mio. € um 1,2 Mio. € oberhalb des Planwertes, der im Dezember 2021 vorgestellt wurde. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Betrag in nahezu voller Höhe an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten.

Im Folgenden wird die Ertragslage für die einzelnen Geschäftsbereiche dargestellt. Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus den veröffentlichten Spartenabschlüssen.

Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

enwor ist der Stromnetzbetreiber in den Städten Herzogenrath und Würselen und versorgt dort rund 86.600 Einwohner über ein ca. 1.161 km langes Leistungsnetz. Die Jahresnetzlast liegt mit 273,8 Mio. kWh unter dem Vorjahresniveau (282,0 Mio. kWh) und erreicht damit auch nicht den prognostizierten Wert von 280,3 Mio. kWh. Die Durchleitungsmenge für Fremdlieferanten ist im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 134,2 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert mit 140,5 Mio. kWh gesunken und liegt nahezu bei der Prognose mit 134,5 Mio. kWh. Beide Effekte haben einen leichten Rückgang der Umsatzerlöse zur Folge.

Messstellen, die bereits mit modernen Messeinrichtungen ausgestattet sind und gemäß Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) nach Preisobergrenze (POG) abgerechnet werden, werden nicht mehr dem Stromnetz, sondern einer separaten Sparte Messstellenbetrieb zugeordnet. Somit finden die Abrechnungserlöse daraus auch keine Berücksichtigung mehr in der Sparte Stromnetzbetrieb.

Stromvertrieb

Die Stromausgabe an sämtliche Kunden der enwor ist von 198 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 193 Mio. kWh gesunken und liegt somit deutlich oberhalb der Prognose von 186,4 Mio. kWh. Dabei musste im Out-of-Area-Bereich ein Rückgang von 2,8 Mio. kWh verzeichnet werden, im Homeland-Bereich der enwor konnte ebenfalls ein Rückgang, wenn auch geringer als im Out-of-Area Bereich, von 0,1 Mio. kWh verzeichnet werden. Im Out-of-Area-Bereich wird dies durch die Entwicklung der Kundenzahlen widergespiegelt. Im Homeland-Bereich dagegen konnte die Kundenzahl gesteigert werden.

Durch gestiegene Einkaufspreise, vor allem in der kurzfristigen Energiebeschaffung, sank das Rohergebnis Stromvertrieb nach 4,0 Mio. € im Vorjahr auf 3,8 Mio. € im Berichtsjahr.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den Sonstigen Aktivitäten zählt die Stromerzeugung aus dem Trianel Kohlekraftwerk in Lünen, mit dem die enwor über den Stromabnahmevertrag verbunden ist, sowie die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben.

Aufgrund des weiterhin hohen Kohlepreisniveaus (nebst Premiumaufschläge) besteht eine kongruente, deutlich erhöhte Kapitalbindung bedingt durch die Kohlebevorratung. Da aufgrund der aktuell (Stand 10/2022) hohen Deckungsbeiträge der Betrieb des Kraftwerks höchste Priorität hat, ist eine noch weitere Reduzierung des physischen Kohlebestandes nicht ratsam. Die Versorgung des Steinkohlekraftwerkes in Lünen mit Kohle ist gegenwärtig höchst anspruchsvoll. Um den aktuellen Herausforderungen entgegenzuwirken, wurden bezüglich der Logistik für 2023 bereits Erweiterungen vorgenommen. Die Braunkohleverstromung in NRW wird bis 2030 vollständig beendet sein. Im Hinblick auf den Kohleausstiegsplan der Steinkohle bedeutet diese Ankündigung für TKL eine Verlängerung der rechnerischen Laufzeit bis zum 31.03.2034. Unter diesen unsicheren Bedingungen muss der Rückstellungsdotierungsbedarf jährlich neu ermittelt werden. Es ist weiterhin nicht auszuschließen, dass zusätzliche Dotierungen notwendig sind.

Der Geschäftsbereich Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen entwickelte sich auch in 2022 sehr positiv. So ist die enwor als Dienstleisterin im Rahmen des „Weiße-Flecken-Programms“ der Bundesregierung mit Verlegearbeiten für Glasfaserkabel im Auftrag von NetAachen bzw. der StädteRegion Aachen befasst. Die entsprechenden Verträge wurden in 2020 unterzeichnet. Wie im Vorjahr führten die Tätigkeiten in diesem Zusammenhang auch im Geschäftsjahr zu einem deutlichen Anstieg des Bestandes an unfertigen Leistungen, da die Abrechnung der Maßnahmen erst mit der jeweiligen Fertigstellung erfolgt. Dies wird voraussichtlich im Folgejahr der Fall sein.

Die Sparte konnte als zusätzliches Betätigungsfeld der enwor weiter ausgebaut werden. Die Umsatzerlöse stiegen von 1,0 Mio. € im Vorjahr auf 1,4 Mio. € im Geschäftsjahr.

Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath mit einer im Vergleich zum Vorjahr kaum veränderten Leitungslänge von 140 km. Die Zahl der Anschlüsse konnte im Geschäftsjahr 2022 um 80 Anschlüsse gesteigert werden, die Gasabgabe mit 218,0 Mio. kWh lag deutlich unter Vorjahreswert von 250,0 Mio. kWh. Prognostiziert waren allerdings nur 214,7 Mio. kWh, die somit noch übertroffen werden. Das Rohergebnis im Bereich Gas Netz ist gegenüber dem Vorjahr (4,7 Mio. €) auf 4,0 Mio. € gesunken und liegt damit dennoch deutlich über dem geplanten Wert von 3,5 Mio. €.

Gas Vertrieb

Der Gas Vertrieb ist stabil durch das Geschäftsjahr 2022 gekommen. Sowohl die Kundenanzahl im eigenen Netzgebiet als auch die im Out-Of-Area-Bereich wurde weiter ausgebaut. Die Gasabgabe an

Kunden sank witterungsbedingt und aufgrund von Einsparbemühungen der Kunden um 12,0 Mio. kWh von 211,5 Mio. kWh im Vorjahr auf 199,5 Mio. kWh. Damit liegt die Ist-Abgabe nur geringfügig unter dem prognostizierten Wert von 200,8 Mio. kWh.

Das Rohergebnis der Gasvertriebssparte übertrifft im Geschäftsjahr 2022 mit 4,3 Mio. € erkennbar den Vorjahreswert i.H.v. 3,1 Mio. € und ebenfalls das prognostizierte Rohergebnis (2,1 Mio. €).

Entwicklung im Wasserbereich

Die enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler und Stolberg sowie in Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt rund 243.600 Menschen sowie Industrie- und Gewerbekunden in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Die enwor betreibt hierzu ein fast 1.133 km langes Leitungsnetz mit rd. 65.493 Hausanschlüssen.

Die Wasserabgabe blieb mit 15,3 Mio. m³ im Geschäftsjahr 2022 nahezu konstant und entspricht annähernd der prognostizierten Menge von 15,8 Mio. m³.

Die Umsatzerlöse sind nach 36,1 Mio. € im Vorjahr auf 35,4 Mio. € im Geschäftsjahr 2022 gesunken. Das Rohergebnis liegt mit 22,3 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau von 22,7 Mio. € und ebenfalls unter dem geplanten Betrag von 22,7 Mio. €.

Entwicklung im Wärmebereich

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2022 an insgesamt 308 Kunden eine Gesamtwärmeabgabe von 21,1 Mio. kWh geliefert. Sie übertrifft damit leicht den prognostizierten Wert von 19,5 Mio. kWh.

Der Bereich Wärmecontracting verlief im Geschäftsjahr 2022 stabil, es wurden 157 Kunden versorgt.

Betriebsführungen

Im Geschäftsjahr 2022 wurden die Betriebsführungsleistungen für die WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH sowie für die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH auf Grundlage von Dienstleistungs- bzw. Betriebsführungsvertrages erbracht. Die Umsatzerlöse liegen in diesem Geschäftszweig mit 8,6 Mio. € geringfügig über dem Vorjahresniveau und übersteigen leicht den geplanten Wert von 8,4 Mio. €.

Finanzlage

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2022 in ihrem operativen Geschäftsbetrieb weiter in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leistungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert und dies weitgehend im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert. Insgesamt lagen die Investitionen ins Anlagevermögen mit 11,5 Mio. € (ohne Finanzanlagen) deutlich unter dem geplanten Volumen von 17,2 Mio. €.

Die enwor hat im Jahr 2022 die 100%-ige Tochtergesellschaft enwor Netz GmbH mit einem Stammkapital von 25 T€ gegründet. Ansonsten wurde nicht in Finanzanlagen investiert. Durch Eigenkapitalrückführungen, Wertberichtigungen von Beteiligungsansätzen, durch Tilgungen und Wertberichtigungen von Gesellschafterdarlehen lag der Gesamtansatz um ca. 6,2 Mio. € unter dem Vorjahresansatz.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12. ist von 15,5 Mio. € auf 21,9 Mio. € gestiegen.

Die Zahlungsfähigkeit der enwor war im Geschäftsjahr 2022 zu jedem Zeitpunkt in voller Höhe gegeben.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen der enwor hat sich in der Summe von 162,5 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 159,2 Mio. € erneut leicht verringert. Dies ist in erster Linie durch die im vorherigen Absatz dargestellten Maßnahmen bei den Finanzanlagen begründet.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme ist von 80,27 % im Vorjahr auf 77,39 % gesunken und zeigt somit unverändert die für Versorgungsunternehmen typische Anlagenintensität auf.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital im engeren Sinne um 1,5 Mio. € auf 60,7 Mio. € gestiegen. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 3,6 Mio. € auf nunmehr 81,60 Mio. €. Dem gegenüber wurden die Kreditverbindlichkeiten von 11,0 Mio. € auf 8,8 Mio. € zurückgeführt.

Eigenkapital und langfristige Fremdkapital in Summe haben einen Anteil von 86,10 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne und decken damit das Anlagevermögen der enwor in vollem Umfang ab. Dies belegt die Einhaltung des betriebswirtschaftlichen Grundsatzes der fristenkongruenten Finanzierung.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Durch den strategisch vorausschauenden Energieeinkauf in Verbindung mit einer sozialorientierten Tarifbildung war die enwor zwischenzeitlich im Jahr 2022 Preisführer im Strom- und Gasvertrieb. Beim Strom- und Gasvertrieb beschafft die enwor die geplanten Mengen für ihre Kunden sukzessiv über drei Jahre (ungleichmäßig) verteilt an den Großhandelsmärkten. Hierzu werden Prognosen des Absatzes und der Struktur für die verschiedenen Lieferjahre erstellt. Ein Risiko besteht darin, dass Prognosen (Mengenentwicklungen) falsch sind und die Differenzmengen zu gegebenenfalls höheren Preisen am Spotmarkt eingekauft werden müssen, bzw. etwaige zuviel beschaffte Mengen ggf. günstiger verkauft werden müssen, als sie eingekauft wurden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass im letzten Jahr einige größere Versorger ihren Kunden gekündigt bzw. die Belieferung eingestellt haben. Hier war die Gefahr gegeben, dass diese Geschäftspolitik viele Kunden zur enwor als Fremd- oder Ersatzversorger zurückführt. Zudem wird sich das Kundenverhalten geändert haben, da viele Menschen der Empfehlung der Bundesregierung gefolgt sind und ihren Verbrauch beim Gas reduziert haben. Seit einigen Jahren hat kein größerer Kunde Insolvenz angemeldet. Es ist jedoch abzuwarten, wie sich der starke Anstieg der Preise im nächsten Jahr auswirken wird. In der Branche wird mit Zahlungsausfällen von bis zu 20 % gerechnet.

Im Jahr 2022 war die Beschaffung für das Geschäftsjahr 2023 extrem herausfordernd. Die Energiepreise am Großhandelsmarkt zeigten in 2022 für den Einkauf 2023 nie dagewesene Höhen und Schwankungen. Bis Ende 2021 waren Beschaffungspreise sehr konstant auf einem niedrigen Niveau. Mit dem Beginn des Ukraine Konfliktes und der Sprengung der Ostseepipeline Nord Stream 2 stiegen die Gaspreise rasant an und erreichten am 26.08.2022 ihren Höhepunkt.

Die Gründe für den Preisanstieg waren die Unsicherheit vor Versorgungsengpässen und die Einspeicherung für den Winter: die Gasspeicher sollten rasant gefüllt werden, um einen Gasengpass im Winter zu vermeiden. Dabei entstand eine Nachfrage, bei der jeder Einkaufspreis akzeptiert wurde, was zu diesem extremen Anstieg geführt hat.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Bedingungen ist die Energiebeschaffung als A-Risiko klassifiziert.

Dennoch erwartet die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2023 und die Folgejahre ein solides Rohergebnis in der Größenordnung von ca. 60 Mio. €.

Teile der Geschäftsaktivitäten der enwor sind die Errichtung sowie der Unterhalt von energie- und wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie von Glasfasernetzen z.B. für NetAachen.

Durch intensives Projektmanagement wird einer Budgetüberziehung bei der Errichtung von technischen Anlagen entgegengewirkt. Im Moment stellen durch den Ukrainekrieg bzw. durch Material- und Personalengpässe bedingte Baukostensteigerungen ein Risiko, u.U. mit Auswirkungen auf die Margen der enwor dar.

Der Ausbau von Glasfasernetzen im Rahmen des „Weie-Flecken“-Programms für NetAachen wird nach dem sogenannten „Marktlückenmodell“ gefördert. Bei Baukostensteigerungen und damit ausbleibenden Erlöserhöhungen kann es zu Renditebeeinträchtigungen kommen.

Bei dem konkreten Risiko aus der mangelhaften Herstellung von PE-Schweißungen (Gashausschlüsse) wie bereits in den Vorjahren berichtet, sind alle betroffenen Gashausschlüsse zum Stichtag August 2022 saniert und das Risiko dementsprechend eliminiert worden.

Ein Risiko besteht für das Blockheizkraftwerk (BHKW) in Kohlscheid vor dem Hintergrund einer Gas-mangellage. Falls enwor die Heizkessel des BHKW von Erdgas- und Heizölbetrieb umschaltet und die Module weiterhin mit Erdgas befeuert werden (dürfen), bleiben die Betriebskosten nahezu unverändert. Falls jedoch ein Erdgas-Verstromungsverbot erlassen wird und hiervon auch KWK-Anlagen betroffen sind, steigen die Gesamtkosten für die enwor und beeinträchtigen das Jahresergebnis massiv, da am Strommarkt ungeplant Ersatz beschafft werden muss. Auf Basis jüngst beobachteter Preise am Strommarkt ergäbe sich daraus eine sehr deutliche Energiebelastung von mehreren Mio. €. Zum aktuellen Zeitpunkt ist von keinem Erdgas- Verstromungsverbot oder einer Gasmangellage auszugehen, sodass von einem C-Risiko ausgegangen wird.

Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur (BNetzA) drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis. Der Bundesgerichtshof (BG) bestätigte z.B. eine von der Bundesnetzagentur beschlossene Kürzung der Eigenkapitalrenditen für die Betreiber von Strom- und Gasnetzen. Durch die Energiewende entsteht ein erhöhter Investitionsbedarf der Netzbetreiber. Investitionen können im Allgemeinen und im Besonderen nur dann erfolgen, wenn die Eigenkapitalzinssätze als auskömmlich und risikoadäquat angesehen werden oder ausreichende Spielräume für Fremdfinanzierungen ohne Erhöhung des Eigenkapitals bestehen.

Ein Risiko besteht in der fehlenden Klarheit der Energiepolitik. Im Vertrauen auf die Aussagen der Regierung wurden von der enwor Beteiligungen in Kraftwerke (Kohle/Gas) getätigt. Wird in diesen Kraftwerken bereits nach z.B. 15 statt der erwarteten 40 – 45 Jahren die Betriebsgenehmigung entzogen, droht das Risiko eines erheblichen finanziellen Rückschlags. Zeitpunkt und Umfang können derzeit weiterhin nicht abgeschätzt werden.

Das Düsseldorf Landgericht hat nach einem Antrag der Verbraucherzentrale NRW am 31.08.2022 entschieden, dass die außergewöhnliche Situation auf dem Energiemarkt Preisgarantien nicht außer Kraft setzt. Preiserhöhungen während der Garantiezeit seien unzulässig.

Dies zeigt immer mehr, dass bei Vertragsgestaltungen Risiken bleiben, wenn neue Verordnungen durch die Politik erlassen werden. Die enwor war von diesem Vertragsmodell nicht betroffen, sie setzt es nicht ein.

Die enwor muss mit Forderungsausfällen rechnen. Dem Risiko wird eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet, da diese eine hohe Wahrscheinlichkeit, als auch ein hohes Schadensausmaß haben. Bedingt durch Kurzarbeitergeld, plötzliche Arbeitslosigkeit im Bereich des Privatkundengeschäfts oder durch Einnahmeausfälle wegen Produktions- und Lieferstopps bei Firmenkunden erhält das Risiko eine noch höhere Bedeutung. Waren in den vergangenen Jahren die Covid-19-Pandemie und die Hochwasserkatastrophe die wesentlichen Ursachen für ein erhöhtes Risikopotential, so werden für das aktuelle Jahr die enorm gestiegenen Energiekosten als Hauptursache für Forderungsausfälle erwartet. Das Risiko ist als A-Risiko identifiziert.

Die größte Finanzlast der enwor stellen die Altersversorgungen und die Verzinsung dieser Ansprüche dar. Die enwor hat Verpflichtungen gegenüber jetzigen und früheren Mitarbeitenden aus Pensions- und andere Leistungszusagen. Zinssatz, Renteneintritt, Lebenserwartung, Gehaltssteigerungen und andere Parameter, die die Höhe der Rückstellung beeinflussen, führen zu einem geänderten Gegenwartswert der Pensionsrückstellung mit Ergebnisauswirkung und somit auf die Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus. Fast alle Parameter für dieses Risiko können von enwor nicht oder nur minimal beeinflusst werden. Die Trendwende bei einer Zinsentwicklung setzt sich fort. Vom Aktuar erstellte Prognoseberechnungen weisen für die Jahre 2023 ff. sinkende Zinsaufwände im Zusammenhang mit Pensionsrückstellungen aus.

Die Liquidität der Gesellschaft wird für die kommenden Jahre als auskömmlich und somit als C-Risiko eingeschätzt. Zinstragende Verbindlichkeiten sind langfristig vereinbart. Die zum Teil verwendeten Finanzderivate (Zinsswaps) zur Fixierung künftiger Zahlungsströme aus variabel verzinslichen (Euribor) Darlehen sind inzwischen weitgehend ausgelaufen. Das daraus resultierende Bewertungsrisiko wurde bilanziert und ist abgedeckt.

Der aktuelle Entgelttarifvertrag kann zum 31.01.2024 gekündigt werden. Unter Berücksichtigung der Tarifabschlüsse der letzten 15 Monate ist ein überdurchschnittlich hoher Tarifabschluss zu Beginn des Jahres 2024 zu erwarten. In der Wirtschaftsplanung 2023 – 2027 wurden entsprechende Vorkehrungen getroffen.

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Februar 2023 das vierte Mal in Folge verbessert. Der ifo-Geschäftsklimaindex legte einen weiteren Indexpunkt zu. Wie in den vorangegangenen Monaten haben sich die Erwartungen für die kommenden sechs Monate verbessert, während sich die Unternehmen bezüglich ihrer aktuellen Geschäftslage etwas pessimistischer zeigten. Ein wirtschaftliches Risiko bleibt eine Gas- und Energieknappheit in Deutschland und Europa. Weiterhin sind die Inflation und die massiv schrumpfende Kaufkraft für viele Menschen mit mittleren und geringen Einkommen ein großes Risiko. Wenn Menschen 15 oder 20 Prozent ihres Einkommens für Energie und Lebensmittel ausgeben müssen, dann haben sie weniger Geld, sich andere Dinge des täglichen Lebens leisten zu können. Das erfordert ein besonderes Augenmerk auf die qualitative und quantitative Entwicklung von Forderungen und Zahlungsverhalten der Kunden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Umsatzerlöse mittelfristig entwickeln werden bzw. wie schnell die Volks- bzw. Regionalwirtschaft die Rezession wegen der anhaltenden Covid19-Pandemie überwinden. Für die kommenden Jahre haben wir unsere Erwartungen an das Ergebnis nach Steuern auf eine Bandbreite der Überschüsse zwischen 5 und 6 Mio. € per annum angepasst. Die Geschäftsführung wird dem Aufsichtsrat im Sommer 2023 eine aktualisierte Prognoserechnung für 2023 auf der Basis valider Halbjahreswerte vorlegen.

Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahr 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & wasser vor ort GmbH erstellt. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitenden in engen zeitlichen Abständen bzw. bedarfsorientiert be- und ausgewertet. Die Geschäftsführung überprüft die Risikoeinschätzung im Sinne eines Frühwarnsystems und leitet im gegebenen Fall Gegensteuerungsmaßnahmen ein. Der Risikobericht wird dem Jahresabschlussprüfer im Rahmen seiner Abschlussprüfung vorgelegt und dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben.

Insgesamt sieht die Geschäftsführung das Unternehmen gut aufgestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Dr. Nahrath, Stephan	Geschäftsführung	
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzender	
Höfer, Frank Arbeitnehmersvertreter	1. stv. Vorsitzender	
Dr. Fadavian, Benjamin Bürgermeister Herzogenrath	-	
Dr. Fasel, Bernd Selbständig	-	
Dr. Moschel, Florian Rechtsanwalt/Steuerberater	-	

Aufsichtsrat		
Goebbels, Wolfgang Personalratsvorsitzender	-	
Gronowski, Dieter Bautechniker	-	
Helg, Georg K. Betriebsratsvorsitzender	-	
Krämer, Friedhelm Beamter a.D.	-	
Lahaye-Reiß, Birgit Lehrerin	-	
Mathels, Kunibert Pensionär	-	
Möhring, Maximilian Sozialpädagogische Familienhilfe	-	
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	
Prast, Alexandra med.-techn. Laboratoriumsassistentin	-	
Rauch, Michael stellv. Vorsitzender	-	
Schmitz, Karl-Jürgen Rechtsanwalt	-	
Sobczyk, Marie-Therese Fachkraft Betreuung	-	
Walther, Oliver Bürgermeister Übach-Palenberg	-	
von Morandell, Ingrid Betriebswirtin	-	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der enwor – energie & wasser vor ort GmbH. Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 19 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 21,1 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die enwor GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1909 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.7 GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Basisdaten

Anschrift	GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH Mauerfeldchen 72 52146 Würselen
Gründungsjahr	1951
Internet	www.gwg-aachen.de
E-Mail	info@gwg-aachen.de
Telefon	02405/489130
Telefax	02405/4891310

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck). Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Würselen.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Bestände wirtschaftlich im Hinblick auf Wohnqualität und technische Ausstattung auf das heutige Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der kreisangehörigen Kommunen. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Hierzu hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	781,8	78,17
Stadt Stolberg	49,1	4,91
Provinzial	48,8	4,87
Stadt Eschweiler	43,5	4,35
Stadt Alsdorf	17,9	1,79
Stadt Würselen	16,5	1,64
Stadt Herzogenrath	16,5	1,65
Sparkasse (S-IBG)	15,3	1,52
ASEAG AG	6,1	0,61
Gemeinde Simmerath	4,9	0,49

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

An der Gewinnausschüttung bzw. einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die Stadt Würselen entsprechend ihrem Anteil von 1,645 % am Stammkapital beteiligt. In 2022 entsprach dies 1.645,00 €.

Insgesamt wurden in 2022 134.545,90 € an Erträgen von der GWG eingenommen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Abfallgebühren in Höhe von 31.036,06 € sowie 44.927,54 € für Kanalbenutzungsgebühren Schmutzwasser und Niederschlagswasser.

Die Stadt Würselen hat 20.352,80 € an Aufwendungen an die GWG gezahlt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen und betreffen die Bewirtschaftung sowie die Unterhaltung der Gebäude und städtischen Häuser.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	38.807	35.362	3.445	Eigenkapital	22.594	20.206	2.388
Umlaufvermögen	7.421	4.409	3.012	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	233	179	54
				Verbindlichkeiten	23.403	19.390	4.013
Aktive Rechnungsabgrenzungen	3	5	-2	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	46.231	39.776	6.455	Bilanzsumme	46.231	39.776	6.455

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Gemeinnützige Wohnungsbau-gesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	7.474	5.089	2.385
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	633	162	471
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	74	63	12
4 Sonstige betriebliche Erträge	2.230	109	2.121
5 Materialaufwand	-4.576	-1.910	-2.666
5.a Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.576	-1.910	-2.666
6 Personalaufwand	-1.086	-1.020	-65
7 Abschreibungen	-1.361	-1.119	-243
7.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.361	-1.119	-243
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-335	-255	-80
9 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	96	98	-2
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-461	-435	-25
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-53	-69	16
13 Ergebnis nach Steuern	2.637	713	1.923
14 Sonstige Steuern	-148	-148	-0
15 Erträge aus Verlustübernahme	47	0	47
16 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.536	565	1.971
17 Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0	0	-0
18 Einstellungen in die Bauerneuerungsrücklagen	-2.435	-465	-1.970
19 Bilanzgewinn	101	100	1

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	48,9 %	50,8 %	-1,9 %
Eigenkapitalrentabilität	11,2 %	2,8 %	8,4 %
Anlagendeckungsgrad 2	58,2 %	57,1 %	1,1 %
Verschuldungsgrad	104,6 %	96,8 %	7,8 %
Umsatzrentabilität	33,9 %	11,1 %	22,8 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 36) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Die Situation am hiesigen Wohnungsmarkt konsolidiert auf hohem Niveau. Die Baupreise dürften auf ihrem hohen Niveau verharren. Das hohe Zinsniveau stellt einen Belastungsfaktor für Immobilieninvestitionen dar. Die GWG legt weiterhin Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen mit ca. 25 % aus eigenen Mitteln.

Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich nicht mehr in seiner dynamischen Phase, die von der allgemeinen Sympathie für Betongold getragen wird. Unser operativer Fokus liegt gleichermaßen auf der Schaffung von neuem Wohnraum wie auch auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit seniorengerechten energieeffizienten Bauvorhaben sind wir in einem Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit Neubauten diversifizieren und verjüngen wir unser Portfolio.

Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir ausschließlich die hausintern entwickelten Projekte verfolgen.

Bestandentwicklung:

Wir verfügen über

	31.12.2022	31.12.2021
<i>Häuser</i>	130	126
<i>Wohnungen</i>	808	788
<i>davon frei finanziert/preisgebunden</i>	587/221	587/201
<i>Garagen/ Stellplätze</i>	265/ 155	261/ 137
<i>Wohnfläche</i>	48.685 m ²	47.360 m ²
<i>Anzahl sonstiger Einheiten</i>	11	11
<i>Fläche sonstiger Einheiten</i>	3.134 m ²	3.134 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Wirtschaftliche Lage

Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und Attraktivierung von Objekten weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2022 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen 611 T€ ausgegeben. Das entspricht fast exakt dem Vorjahr (609 T€).

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2022 sind gegenüber dem Vorjahr um 2.385 T€ gestiegen. Dies hängt sowohl mit den üblichen den Sanierungen folgenden Mietsteigerungen als auch mit der erstmaligen Vermietung unserer Neubauten in Alsdorf, Broicher Straße und Herzogenrath, Südstraße zusammen. Vor allem sind die Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit deutlich gestiegen (1.669 T€). Zudem ist der Verkaufserlös eines Grundstückes enthalten (543 T€).

Neben den aufwandswirksamen Instandhaltungskosten wurden aktivierungsfähige Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. 215 T€) durchgeführt, womit insgesamt 826 T€ zum Werterhalt unserer Gebäude geleistet wurden. Die diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr betragen 16,97 €.

Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich sogar ein Wert von 19,99 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2022 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 65 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von ca. 6,4%.

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.536 T€.

Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. 241 T€ über dem zuletzt geplanten Wert. Dafür hauptsächlich verantwortlich sind erlösseitig aktivierte Eigenleistungen (T€ +14), Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge (T€ +70) sowie ein weniger an Aufwand (T€ 102).

Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

	2022	2021	2020
<i>Bilanzsumme in T€</i>	46.230	39.776	38.494
<i>Anlagevermögen in T€</i>	38.807	35.362	32.663
<i>Anlagevermögen % zu Bilanzsumme</i>	83,9	88,9	84,9
<i>Eigenkapitalquote in %</i>	48,9	50,8	46,1
<i>Langfristige Fremdkapitalquote in %</i>	43,5	44,6	48,7

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2022 ein Jahresergebnis von T€ 2.536 erwirtschaftet (gegenüber T€ 565 in 2021).

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Für die Gesellschaft sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2022	2021	2020	2019
<i>Umsatzerlöse in T€</i>	7.474	5.089	4.900	4.878
<i>Eigenkapital in T€</i>	22.595	20.206	17.741	15.349
<i>Eigenkapitalquote</i>	48,9%	50,8%	46,1%	41,1%
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	11,2%	2,8%	3,0%	3,7%
<i>Fluktuationsquote</i>	11,8%	8,1%	8,1%	9,5%
<i>Leerstandsquote (länger als 3 Monate)</i>	0,6%	0,3%	0,1%	0,3%
<i>Erlösschmälerungen Sollmieten</i>	1,6%	1,1%	1,1%	0,9%

Auch in 2022 zeigt sich ein weiterer Anstieg der Umsatzerlöse im Betrachtungszeitraum.

Chancen- und Risikobericht:

Risikobericht:

Branchenspezifische Risiken:

Da infolge der Covid-19-Pandemie sowie der geopolitischen Spannungen sprunghaft gestiegenen Energiepreise gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen entstehen, beeinflusst dies die Zahlungswilligkeit und gesunkene Zahlungsfähigkeit unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten möglicherweise negativ. Daraus können sich für die GWG Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln.

Die EU hat die nähere Zukunft im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unter der Überschrift „Dekade des Handelns“ gestellt.

Vonovia, Deutschlands größtes Immobilienunternehmen, hat das Neubauprogramm 2023 auf Eis gelegt und aktuell bekanntgegeben, Wertberichtigungen im Umfang von 2 Mrd. € vorzunehmen. Die Gebäude mit schlechten Energieeffizienzwerten werden massive Verluste bei den Verkehrswerten erfahren, ihre Marktgängigkeit sinkt.

Das Thema Nachhaltigkeit unserer Wohnungsbestände bzw. deren Herstellung wird die GWG vor enorme organisatorische technische und vor allem finanzielle Herausforderungen stellen. Die transitorischen Risiken werden massive Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Die Vorgaben der EU (Green Deal) sowie Gebäudeenergiegesetze und -verordnungen tangieren das Geschäftsmodell massiv.

Ertragsorientierte Risiken:

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungsangebote weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Im Neubaubereich bleibt die GWG überdurchschnittlich gut für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil

älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. Allein bis 2030 wird die Zahl der Rentner um 10% steigen.

In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: graue Wohnungsnot). Die Einkommensverhältnisse in der Region sind ein Belastungsfaktor.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist.

Die Liquiditätslage ist aktuell zufriedenstellend; es sind aber wegen nicht vertragstreuer Mietzahlung Belastungen zu erwarten. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig ein und ist im Rahmen des rechtlich Zulässigen konsequent.

Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden.

Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung.

Die Gesellschaft verfügt ohnehin über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände zunehmend der Beobachtung und individualisierter Gegensteuerungsmaßnahmen bedarf.

Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt.

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sahen wir 2022 massive Steigerungen, sowie Engpässe.

Angesichts der rückläufigen Auftragspolster bei den Bauunternehmen und der Stornierung zahlreicher Bauaufträge sollte die Bereitschaft der Handwerker steigen, ihre bisherigen Margen zu reduzieren.

Angesichts der rückläufigen Auftragspolster bei den Bauunternehmen und der Stornierung zahlreicher Bauaufträge sollte die Bereitschaft der Handwerker steigen, ihre bisherigen Margen zu reduzieren.

Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Instandhaltungsbudgets der Zukunft anders aussehen werden, als die der Gegenwart.

Chancenbericht:

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht.

Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß. Der Anteil barrierefreier Wohnungen ist überdurchschnittlich. Projektentwicklungen setzen - da Nachverdichtungschancen bereits ausgereizt

sind - Grundstücke voraus. Aufgrund unserer Einbindung in die Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir unverändert gute Chancen auf perspektivstarke Grundstücke, die wir nachfragen können oder die uns angeboten werden.

Gesamtaussage:

Risiken der künftigen Entwicklung können sich sowohl auf der Einnahmenseite (Mietzahlungen) als auch im Sanierungsbereich unserer Bestände ergeben. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken insgesamt noch gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG geht mit Maß und Mitte mit den vorgenannten Chancen und Risiken um. Sie untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (mit regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie insbesondere der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer investitionsbedingt steigenden Fremdkapitalquote würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungen der Kunden werden seit jeher beobachtet.

Es ist zu erkennen, dass angesichts der EU-Taxonomie-Verordnung die Bereitschaft des Kapitalmarkts, nicht-energieeffiziente Gebäude zu finanzieren, deutlich abnimmt. Wenn ein Kredit gewährt wird, dürfte mittelfristig die Energieeffizienz des zu finanzierenden Objektes unmittelbar oder mittelbar in die Konditionen eingehen.

Es wird die Aufgabe der zukünftigen Geschäftsjahre sein, dass Risikomanagement im Allgemeinen zu überarbeiten und neu aufzubauen in Bezug auf die transitorischen Risiken / Nachhaltigkeitsrisiken.

Die GWG hat die Reformen der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie und die Entwicklungen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten sorgfältigst zu beobachten. Hier sind bedeutende Hürden für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft zu sehen. Beispielhaft sei auf die Weiterungen verwiesen, die sich ab Januar 2024 abzeichnen, wenn Themen nicht mehr ersetzt werden können und 65 % der Raumwärme aus erneuerbaren Energien stammen müssen. Diese Anforderung ist mit bloßem Einsatz einer Wärmepumpe nicht zu erreichen, vielmehr sind umfassende und tiefgreifende Maßnahmen, die die Substanz des Gebäudes verändern, durchzuführen.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten:

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

In Bezug auf die beiden Darlehen, die mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt sind, besteht kein Risiko, da es sich um eine Bewertungseinheit handelt.

Prognosebericht:

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen bzw. Versorgungsaufträge schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
- b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote konstant bei ca. 9-10 % liegt)
- c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- d) öffentlich geförderter Wohnungsbau
- e) Nachhaltigkeit / Energieeffizienz.

Voraussetzung für eine positive Unternehmensentwicklung ist, dass wir die Wohnungsbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird und dass das Portfolio seine ESG-Parameter verbessert.

Insgesamt sind diesbezüglich grundlegende Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG verhalten positiv. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist noch auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus, denn wir erwarten, dass aufgrund der Fertigstellung von Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2023 erwarten wir bei unserem strategischen Zielwert von 400 T€.

Wir werden Planjahr 2023 in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Unser Ziel ist es, in einem mittelfristigen Zeitraum von ca. 5 Jahren 100 neue Wohnungen zu projektieren bzw. zu realisieren.

Die von der EU vorgegebene Dekade des Handels wird die Geschäftspolitik der GWG massiv beeinflussen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzender	
Berlipp, Heiner Dipl. Ing. Architekt	1. stv. Vorsitzender	
Bock, Björn Finanzberater	-	
Borning, Ronald Zollbeamter a.D.	-	
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	-	
Kahlen, Ralf Erster Beigeordneter der Stadt Alsdorf	-	
Körlings, Franz Rentner	-	
Langohr, Norbert kommissarischer Bau- und Umweltdezernent der StädteRegion Aachen	-	bis 31.07.2022
Laufs, Norbert Vorstandsvorsitzender Sparkasse Aachen	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Lo Cicero-Marenberg, Susanne Bau- und Umweltdezernentin der StädteRegion Aachen	-	ab 01.08.2022

Aufsichtsrat		
Lübben, Lars Geschäftsführer einer gemeinnützigen Bildungseinrichtung	-	
von Hoegen, Till	-	

Gesellschafterversammlung		
von Hoegen, Till	Erster und technischer Beigeordneter	

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH. Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1951 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.8 Wirtschaftsförderungsgesellschaft StadtRegion Aachen mbH

Basisdaten

Anschrift	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StadtRegion Aachen mbH Mauerfeldchen 72 52146 Würselen
E-Mail	info@wfg-aachen.de
Telefon	02405/489130
Telefax	02405/4891310

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist es, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte im Kreis Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten.

Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere

- mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren,
- sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, zu beteiligen, solche zu gründen oder zu erwerben,
- Zweigniederlassungen errichten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen

Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	1.183,1	51,36
Sparkasse Aachen	306,8	13,32
Stadt Eschweiler	189,4	8,23
Stadt Alsdorf	151,8	6,59
Stadt Würselen	151,3	5,59
Stadt Stolberg	12,9	9,27
Gemeinde Roetgen	12,9	0,22
Gemeinde Simmerath	12,9	0,22
Stadt Monschau	12,9	0,22
Stadt Herzogenrath	12,9	4,76
Stadt Baesweiler	5,2	0,22

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr bestanden keine Finanz- und Leistungsbeziehungen mehr zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Stadt Würselen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	142	151	-9	Eigenkapital	2.789	2.751	38
Umlaufvermögen	3.114	3.615	-500	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	21	20	1
				Verbindlichkeiten	420	926	-506
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	27	70	-43
Bilanzsumme	3.257	3.766	-509	Bilanzsumme	3.257	3.766	-509

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Seit 2017 besteht keine Bürgschaft mehr zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Stadt Würselen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	131	816	-685
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	-637	637
3 Sonstige betriebliche Erträge	5	7	-2
4 Materialaufwand	-27	-26	-1
5 Personalaufwand	-60	-55	-5
6 Abschreibungen	-9	-9	0
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9	-9	0
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-65	-66	1
9 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	5	0
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-11	-51	40
12 Ergebnis nach Steuern	-32	-16	-16
14 Erträge aus Verlustübernahme	70	70	0
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	38	54	-16

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	85,6 %	73,1 %	12,6 %
Eigenkapitalrentabilität	1,4 %	1,9 %	-0,6 %
Anlagendeckungsgrad 2	1.961,7 %	1.821,0 %	140,8 %
Verschuldungsgrad	15,8 %	34,4 %	-18,6 %
Umsatzrentabilität	29,0 %	6,6 %	22,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 6) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um den Buchwert einer der Gewerbeimmobilie, die die WFG vermietet. Das Anlagevermögen ist mit einem Restbuchwert von rund 142 T€ zu beziffern. Der Restbuchwert liegt aufgrund planmäßiger Abschreibungen rund 9 T€ niedriger als Im Vorjahr.

Die Forderungen betragen insgesamt 2.100 T€ (Vorjahr: 2.369 T€) und setzen sich hauptsächlich aus geleistete Kationen (804 T€), Forderungen gegenüber Gesellschafter (445 T€) und Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen (828 T€) zusammen.

Die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen sind gegenüber dem Vorjahr um 25 % (von 1.111 T€ auf 828 T€) gesunken. Die Minderung der Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen ist auf erbrachte planmäßige Tilgungsleistungen sowie die vorzeitige Ablösung von einem Leasing-Vertrag zurückzuführen.

Der Kassenbestand hat sich von rund 1.245 T€ um 231 T€ auf 1.041 T€ verringert. Die nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft.

Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	31.12.2022 T€
<i>Jahresüberschuss</i>	38
<i>Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens</i>	9
<i>Abnahme der Rückstellungen</i>	1
<i>Abnahme der Vorräte</i>	0
<i>Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	-11
<i>Abnahme der Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen</i>	283
<i>Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP</i>	-2
<i>Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	-359
<i>Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	-15
<i>Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP</i>	-175
<i>Laufende Geschäftstätigkeit</i>	-231
<i>Anlagenabgänge zu Buchwerten</i>	0
<i>Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen</i>	0
<i>Investitionstätigkeit</i>	0
<i>Liquide Mittel am Anfang der Periode</i>	1.245
<i>Zahlungswirksame Veränderung</i>	-231
<i>Liquide Mittel am Ende der Periode</i>	1.014

Das Eigenkapital hat sich gewinnbedingt gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Verbindlichkeiten sind von 926 T€ um 506 T€ auf 420 T€ durch planmäßige und durch sonstige Tilgungen gesunken.

Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 3.766 T€ um 509 T€ auf 3.257 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	142	151
Gesamtvermögen	3.257	3.766
Anlagenintensität	4 %	4 %

Eigenkapitalanteil Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	2.789	2.751
Gesamtkapital	3.257	3.766
Eigenkapitalanteil	86 %	73 %

Verschuldungsgrad i Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	441	945
Eigenkapital	2.789	2.751
Verschuldungsgrad	16 %	34 %

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 685 T€ auf 131 T€ gesunken. Dies ist hauptsächlich zurückzuführen auf den im vergangenen Jahr erzielten Verkaufserlös' eines Mietobjektes. Auf den Zusammenhang mit den Bestandsveränderungen in Höhe von 637 T€ wird hingewiesen. Unter Berücksichtigung dieser Bestandsveränderung ergibt sich ein Rückgang der Gesamtleistung in Höhe von 33 T€. Dieser wiederum ist im Wesentlichen auf den Wegfall der Mieterträge für das im Vorjahr veräußerte und den Wegfall der Erträge aus Leasing aufgrund der vorzeitigen Ablösungen eines Leasing-Vertrages zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, der Personalaufwand, der Materialaufwand sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich in Summe um 3 T€ verändert. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis vor Ertragsteuern und Gesellschafterzuschüssen in Höhe von -32 T€ (Vorjahr: -16 T€).

Unter Berücksichtigung der im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Gesellschafterzuschüsse (70 T€ sogenannte Sockelförderung) erzielt die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss in Höhe von 38 T€ (Vorjahr: 54 T€).

Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	01.01. bis 31.12.2022		01.01. bis 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse	131	100,00	816	456,49	-685
+/- Bestandsveränderungen	0	0,00	-637	-356,4	637
= Gesamtleistung	131	100,00	179	100,00	-48
+ sonstige betriebliche Erträge	5	3,67	7	3,93	2
- Materialaufwand	27	20,93	26	14,61	1
- Personalaufwand	60	46,12	55	31,00	5
- Abschreibungen	9	6,81	9	5,16	0
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	65	49,53	66	36,82	-1
= Betriebsergebnis	-26	-19,72	29	16,34	-55
+/- Beteiligungs-/ Finanzergebnis	-6	-4,52	-46	-25,57	-40
= Ergebnis vor Steuern	-32	-24,24	-16	-9,23	-15
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0,00	0	0,00	0
+ Gesellschafterzuschüsse	70	53,47	70	39,17	0
= Jahresergebnis	38	29,23	54	29,95	-15

Prognosebericht

Die WFG verfügt 2023 über insgesamt 3 Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

- a) Leasingzinsüberschuss
- b) Sockelförderung
- c) Vermietungsergebnis.

Der Leasingzinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt. Im Jahr 2023 ist nur noch ein Leasing-Objekt im Portfolio der WFG vorhanden.

Die Sockelförderung als Einnahmequelle wurde ab dem Jahr 2019 im Zusammenhang mit dem reduzierten Betätigungsumfang und der geänderten Kostenstruktur (keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr) abgesenkt, wovon die Haushalte der Gesellschafter spürbar profitieren.

Im Gewerbeimmobilienvermietungs Bereich erwartet die Geschäftsführung unter der Annahme eines vertragskonformen Verhaltens der Mietpartei weder spartenbezogene Überschüsse noch Fehlbeträge, sondern in etwa ausgeglichene Ergebnisse. Insgesamt wird für das Jahr 2023 ein positives Jahresergebnis erwartet. Dieses wird hauptsächlich auf den zur Jahresmitte angedachten Verkauf der im Anlagevermögen verbliebenen vermieteten Gewerbeimmobilie zurückzuführen sein. Eine Gremienbeschlussfassung muss noch erfolgen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich auch in 2023 darauf, Geschäftsvolumen abzubauen. Im letzten verbliebenen Leasingengagement kann noch ein Restrisiko gesehen werden, da es nicht auszuschließen ist, dass auch bis dato zuverlässige Kunden in wirtschaftliche Not geraten. In diesen Fällen ist das Risiko eines wirtschaftlichen Schadens gering, da Aussonderungsrechte bestehen und die Restschulden der Immobilie im Vermarktungsfall unterhalb der Verkehrswerte liegen sollten. Des Weiteren besteht eine Kommunalbürgschaft der Stadt Eschweiler zugunsten der WFG.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt nicht über risikotragende Finanzinstrumente wie Swaps. Derartige Risiken sind in den vergangenen Jahren planmäßig und schadensfrei abgebaut worden. Im Übrigen ist die WFG weitestgehend fristen- und größenkongruent refinanziert.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.9 regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH

Basisdaten

Anschrift	regio iT - gesellschaft für informationstechnologie mbH Lombardenstraße 24 52070 Aachen
Gründungsjahr	2003
Internet	www.regioit.de
Telefon	0241/41359-0
Telefax	0241/413540 -1698

Zweck der Beteiligung

Zweck des Unternehmens ist die automatische Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft iT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der automatischen Informationsverarbeitung in den Verwaltungen der Stadt und der städtischen Unternehmen.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der regioiT ist die Sicherstellung der automatischen Informationsverarbeitung sowie die Qualifizierung von kommunalen Mitarbeitern und Einwohnern. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen	564,6	37,64
Zweckverband INFOKOM Gütersloh	193,2	12,88
StädteRegion Aachen	151,3	10,08
Stadt Aachen	151,3	10,08
Civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	27,0	18,00
Stadt Würselen	12,9	0,86
Stadt Stolberg	12,9	0,86
Stadt Eschweiler	12,9	0,86
Stadt Alsdorf	12,9	0,86
Stadt Baesweiler	12,9	0,86
Gemeinde Roetgen	12,9	0,86
Gemeinde Simmerath	12,9	0,86
Stadt Monschau	12,9	0,86
Stadt Herzogenrath	12,9	0,86
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	12,9	0,86
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgien (DG)	12,9	0,86
Stadt Düren	12,9	0,86
regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	1,5	1,00

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH	20,8	80,00
vote iT GmbH	18,8	75,00
Better Mobility GmbH	12,4	49,50
PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	4,0	0,20

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 0,859 % (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) in Höhe von 42.313,33 € zu.

Die Stadt Würselen hat im Jahr 2022 Aufwendungen in Höhe von 1.863.791,72 € an die regio iT GmbH geleistet. Dabei handelt es sich ausschließlich um Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen, wie bspw. 1.140.244,68 € für die Benutzung der EDV-Anlage und Programmpflege sowie 148.261,54 € für die Realisierung des Medienentwicklungskonzepts.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	29.442	26.264	3.178	Eigenkapital	21.916	16.329	5.586
Umlaufvermögen	18.841	23.724	-4.883	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	17.822	14.708	3.114
				Verbindlichkeiten	13.126	23.439	-10.313
Aktive Rechnungsabgrenzungen	5.268	4.763	505	Passive Rechnungsabgrenzungen	688	275	413
Bilanzsumme	53.551	54.751	-1.200	Bilanzsumme	53.551	54.751	-1.200

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der regio iT – gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	153.614	149.304	4.310
2 Andere aktivierte Eigenleistungen	467	236	231
3 Sonstige betriebliche Erträge	2.433	1.064	1.369
4 Materialaufwand	-67.476	-69.066	1.590
5 Personalaufwand	-53.394	-49.472	-3.922
6 Abschreibungen	-9.002	-8.200	-803
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.002	-8.200	-803
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.736	-12.329	594
8 Erträge aus Beteiligungen	115	110	5
9 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	13	-2
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-200	-333	132
11 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-4.290	-3.870	-419
12 Ergebnis nach Steuern	10.541	7.456	3.085
13 Sonstige Steuern	-35	-36	1
14 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10.506	7.420	3.086

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	40,9 %	29,8 %	11,1 %
Eigenkapitalrentabilität	47,9 %	45,4 %	2,5 %
Anlagendeckungsgrad 2	74,4 %	62,2 %	12,3 %
Verschuldungsgrad	141,2 %	233,6 %	-92,4 %
Umsatzrentabilität	6,8 %	5,0 %	1,9 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 580 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 548) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um etwa 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Berichtsjahr geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, extremen Energiepreiserhöhungen sowie verschärften Material- und Lieferengpässen.

Deutlich positiver haben sich die Teilmärkte der Digitalbranche entwickelt. Die Umsätze im Informationstechnik-Gesamtmarkt stiegen 2022 von 188,6 (2021) auf 196,1 Mrd. Euro (+4,0 %). Die für die regio iT wichtigen Teilmärkte für IT-Hardware (+5,4%), Software (+9,4 %) sowie IT-Services (+5,5%) waren erneut die Wachstumstreiber im IT-Gesamtmarkt. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 49.000 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Geschäftsverlauf

Die regio iT ist im Geschäftsjahr 2022 bei Umsatz und Jahresergebnis erneut stärker gewachsen als der IT-Gesamtmarkt. Wachstumstreiber ist weiterhin der Digitalisierungsbedarf im kommunalen Bereich, der nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie transparent gemacht wurde. Deutliche Umsatzzuwächse konnten dementsprechend im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb realisiert werden, in diesem Segment konnte der Umsatz von 93,4 Mio. € auf 105,1 Mio. € gesteigert werden.

Im Beratungsgeschäft konnte erneut ein hohes Umsatzniveau erwirtschaftet werden, auch wenn der Umsatz im Berichtsjahr mit 15,1 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau liegt (15,3 Mio €).

Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden eine Vielzahl von Projekten beauftragt. Im Berichtsjahr konnten Zuwächse beim IT-Service für Schulen, durch die Übernahme des technischen IT- Betriebs der Stadt Ratingen, aber auch im Bereich der klassischen Kommunalverfahren erzielt werden. Auch Mengenzuwächse haben zu Umsatzzuwächsen geführt, da nach wie vor VDI-Arbeitsplätze, Remote-Zugänge und Videokonferenzsysteme stark nachgefragt werden. Weiterhin spielten SAP-Projekte sowie die Konsolidierung von Infrastrukturservices in unseren Rechenzentren eine wichtige Rolle.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten, diese sind von 49,5 Mio. € auf 53,4 Mio. € im Berichtsjahr gestiegen.

Mit 11,7 Mio. € liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter dem Vorjahreswert (12,3 Mio. €).

Aufgrund der hervorragenden Geschäfts- und Umsatzentwicklung wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres (11,3 Mio. €) auf 14,8 Mio. € erneut und deutlich gesteigert. Der Jahresüberschuss beträgt 10,5 Mio. € (Vorjahr 7,4 Mio. €).

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente.

Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 89,0 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr 81,5 Mio. €). Das geplante Rohergebnis (85,1 Mio. €) wurde deutlich übertroffen (+3,9 Mio. €).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 105,1 Mio. € ebenfalls über Planniveau (98,3 Mio. €).

Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (17,5 Mio. €) konnten sehr deutlich mit 21,8 Mio. € übertroffen werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 13,9 Mio. € (9,9 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 15,0 Mio. € (9,8 % der Gesamtumsätze) gegenüber.

Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 14,8 Mio. € um 6,0 Mio. € sehr deutlich über dem Planwert (8,8 Mio. €). Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 9,6 % (Plan 6,2 %, Vorjahr 7,6 %).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Service-management) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits fanden auch im Berichtsjahr 2022 statt.

Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagementsystem für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2023 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind.

Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2020 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2023 zu führen.

Ertragslage

Deutliche Umsatzzuwächse konnten im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb realisiert werden, in diesem Segment konnte der Umsatz von 93,4 Mio. € auf 105,1 Mio. € gesteigert werden. Im Beratungsgeschäft konnte erneut ein hohes Umsatzniveau erwirtschaftet werden, auch wenn der Umsatz im Berichtsjahr mit 15,0 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau liegt (15,3 Mio. €). Mit 153,6 Mio. € liegen die Gesamtumsätze 4,3 Mio. € über dem Vorjahreswert (149,3 Mio. €). Die sonstigen Erträge liegen mit 2,4 Mio. € ebenfalls sehr deutlich über dem Vorjahresniveau (1,0 Mio. €). In der Folge konnte das Rohergebnis von 81,5 Mio. € auf 89,0 Mio. € gesteigert werden.

Mit 53,4 Mio. € liegen die Personalkosten im Berichtsjahr 3,9 Mio. € über dem Vorjahreswert (49,5 Mio. €).

Zum 31. Dezember 2022 waren bei der regio iT 669 Mitarbeitende (Vorjahr: 622), davon 49 Auszubildende (Vorjahr: 42) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen, dem Zweckverband INFOKOM Gütersloh sowie dem Zweckverband civitec insgesamt 27 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr 29) zugewiesen. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in % vom Umsatz) liegt bei 34,8% (Plan 38,1 %, Vorjahr 33,1 %).

Die Abschreibungen liegen aufgrund des gestiegenen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 9,0 Mio. € über dem Vorjahreswert (8,2 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 11,7 Mio. € über dem Vorjahresniveau (12,3 Mio. €).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme 53,5 Mio. € (Vorjahr 54,8 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 12,5 Mio. € (Vorjahr 8,1 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2022 betrug der Anlagendeckungsgrad 1 74,4 %, und die Eigenkapitalquote 40,9 % (Eigenkapitalquote Vorjahr 29,8 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 9,5 Mio. € (Vorjahr 13,3 Mio. €).

Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung (§ 108 GO NRW) wird folgendes festgestellt: Die regio iT ist im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, bestehend aus der Erbringung von IT-Dienstleistungen für alle hierfür geeigneten kommunalen Aufgaben, nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

Zusammenfassung

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahres 2022 kann unter schwierigen Rahmenbedingungen erneut als hervorragend bewertet werden. Das Wachstum im Berichtsjahr lag über der Entwicklung des ITK-Marktes (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik) und ausschlaggebend für das sehr gute Gesamtergebnis sind die überproportional gestiegenen Umsatzerlöse. Der Finanzierungsbedarf im Berichtsjahr war über ein variables Gesellschafterdarlehen sowie über langfristige Bankdarlehen ausreichend gedeckt. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen.

Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 126,4 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 6,3 % wird trotz der weltweiten Krisen auch für das Jahr 2023 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio

iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2022/2023 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2023 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €):

	2022 Ist	2023 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	153,6	156,2	2,6	1,7%
<u>davon</u>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	105,1	108,6	3,5	3,3%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	15,0	14,8	-0,2	-1,3%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	21,8	20,2	-1,6	-7,3%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,8%	9,5%	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹	89,0	93,3	4,3	4,8%
Personalkosten	53,4	59,0	5,6	10,5%
Personalkostenquote ²	34,8%	37,8%	-	-
Ergebnis vor Steuern	14,8	10,9	-3,9	-26,4%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	9,6%	7,0%	-	-

¹ Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV) ./. Materialaufwand

² Personalkostenquote=Personalkosten(inkl. Fremdl. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 108,6 Mio. € eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 14,8 Mio. € weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2022) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 20,2 Mio. € nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Risiken entgegen, da die gesamtwirtschaftliche Lage negativen Einfluss auf finanzielle Spielräume der Kommunen haben könnte. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt auch das Risiko, dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können, auch aufgrund von Störungen der Lieferketten.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung, im Wesentlichen durch geplante Neueinstellungen und angenommenen Tarifierhöhungen, auf 59,0 Mio. €.

In der Folge erwartet die regio iT für 2023 eine Steigerung des Rohergebnisses von 80,9 Mio. € auf 93,3 Mio. €, bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 14,8 Mio. € auf 10,9 Mio. €.

Die regio iT beabsichtigt, den Beitrag der unternehmerischen Aktivitäten zum Gemeinwohl mittels nicht-finanzieller Leistungsindikatoren transparenter zu machen, um perspektivisch alle Geschäftsprozesse stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Hierzu wurde im Vorjahr eine erste Bestandsaufnahme erarbeitet, um Handlungsbereiche und Kennzahlen zu identifizieren. Im Jahr 2022 wurde darauf aufgesetzt und die freiwillige Berichterstattung fortgeführt.

Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2023 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der ITMarkt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrucks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen auf Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z. B. wenn Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundesoder EU-Mitteln geförderten Projekten.

Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des Berichtswesens. Durch die Gesellschaftstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt.

Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit und die Verfügbarkeit. Dies gilt auch für die regio iT selbst. Die Anzahl der Cyberangriffe und des Datendiebstahls durch kriminelle Handlungen, Sabotage und Spionage hat auch im Berichtsjahr weltweit weiter zugenommen. Cyberangriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen und negative Einwirkungen auf die IT-Infrastruktur der regio iT führen. Im Extremfall können Attacken auf die IT-Systeme zum vollständigen Erliegen von Arbeitsabläufen und Prozessen der regio iT führen. Risiken bestehen auch bei Ausfall der IT-Systeme aufgrund technischer Probleme oder durch sonstige negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Servicemanagement-Prozesse. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren, trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist daher ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 sowie ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die getroffenen (Sicherheits-)Maßnahmen keinen ausreichenden Schutz bieten. Können Beeinträchtigungen der IT-Infrastruktur nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. In der Folge können durch Ausfälle der IT-Systeme Umsatzeinbußen, Reputationsschäden sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen

Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit.

Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen.

Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet

auch den Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden eingeht. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kunden Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen/Verfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen.

Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeiter nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen.

Bei der regio iT bestehen in geringem Umfang Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung bzw. der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate.

Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des civitec Zweckverbands mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele erreicht werden.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist derzeit geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, extremen Energiepreiserhöhungen sowie verschärften Material- und Lieferengpässen. Sollte sich in der Folge die gesamtwirtschaftliche Lage und insbesondere die Entwicklung der Digitalbranche entgegen den Prognosen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Risikoberichts deutlich negativer entwickeln, kann dies die genannten Risiken verschärfen. Die regio iT geht dennoch davon aus, diesen auf Basis des bestehenden Risikomanagements begegnen zu können.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Rehfeld, Dieter Vorsitzender der Geschäftsführung der regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbh	Vorsitzender der Geschäftsführung	
Dr. Wolf, Stefan	Geschäftsführung	
Ludwigs, Dieter	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Servos, Michael Ratsmitglied Stadt Aachen	Vorsitzender	
Adenauer, Sven-Georg Landrat Kreis Gütersloh	1. stv. Vorsitzender	
Hubert, Lothar Stellv. Betriebsratsvorsitzender	2. stv. Vorsitzender	
Dr. Becker, Christian Geschäftsführer	-	
Dr. Kremer, Markus Beigeordneter Stadt Aachen	-	
Dr. Ziemons, Michael Dezernent StädteRegion Aachen	-	
Emonds, Jochen Ratsmitglied Stadt Stolberg	-	
Harre, Roland Betriebsratsvorsitzender	-	
Jacoby, Klaus-Dieter Ratsmitglied Stadt Aachen	-	
Joest, Frank Stellv. Betriebsratsvorsitzender	-	
Kurzbach, Tim Oberbürgermeister Stadt Solingen	-	
Pilgram, Hermann-Josef Ratsmitglied Stadt Aachen	-	
Schuster, Sebastian Landrat Rhein-Sieg-Kreis	-	
Steffen, Hjalmar Betriebsratsvorsitzender	-	
Wullen, Jörg Betriebsratsvorsitzender	-	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht aus drei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist auch hier in den nächsten 5 Jahren nicht mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die erste Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 8 männliche Führungskräfte auf. Mithin beträgt die Frauenquote 11,11 %.

Die zweite Führungsebene (Center & Stäbe mit Leitungsfunktion) unter der Geschäftsführung besteht zum Bilanzstichtag aus 42 männlichen und 5 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote beträgt folglich 10,6 % Selbstverständlich wird sich die Geschäftsführung dafür einsetzen, Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

3.4.1.10 d-NRW AöR

Basisdaten

Anschrift	d-NRW AöR Rheinische Str. 1 44137 Dortmund
Internet	www.d-nrw.de
E-Mail	info@d-nrw.de
Telefon	0231/22243810
Telefax	0231/22243811

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Unterstützung der Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziele der Beteiligung sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes. Auf Grundlage des öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen erbringt die Anstalt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und öffentlichen Stellen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Träger der d-NRW AöR zum 31.12.2022 sind:

- a) Land NRW –vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium-
- b) 335 Städte und Gemeinden (VJ: 253)
- c) 31 Kreise inkl. Der StädteRegion Aachen sowie (VJ: 28)
- d) Die Landschaftsverbände LVR und LWL

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanzierungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2022 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	140	76	64	Eigenkapital	2.897	2.810	87
Umlaufvermögen	25.943	20.520	5.422	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	5.607	3.340	2.268
				Verbindlichkeiten	17.559	14.452	3.107
Aktive Rechnungsabgrenzungen	10	5	5	Passive Rechnungsabgrenzungen	30	0	30
Bilanzsumme	26.092	20.601	5.491	Bilanzsumme	26.092	20.601	5.491

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der d-NRW AöR.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	101.209	51.002	50.208
3 Sonstige betriebliche Erträge	433	344	89
4 Materialaufwand	-96.866	-47.342	-49.524
5 Personalaufwand	-4.040	-3.313	-727
6 Abschreibungen	-46	-40	-6
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-676	-637	-39
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-14	-31	17
9 Ergebnis nach Steuern	0	-17	17
10 Sonstige Steuern	0	17	-17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	11,1 %	13,6 %	-2,5 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	2.073,5 %	3.704,4 %	-1.630,9 %
Verschuldungsgrad	799,7 %	633,2 %	166,5 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 69 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 62) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Geschäftsverlauf

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Berichtsjahr trotz Inflation, Ukraine-Krieg, Energiepreiskrise und fortdauernder Lieferschwierigkeiten um ca. 2,0 % (Vorjahr: 2,9 %) gewachsen. Wie schon in den Vorjahren ist der IT-Sektor vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Für den Bereich Information und Kommunikation konnte ein deutlicher Zuwachs von 3,6 % verzeichnet werden. Aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung gewinnt die Informationstechnologie-Branche weiter an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

Absatz-Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein,

Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2022 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2022 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2022 im Durchschnitt 69 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Auf die im Berichtsjahr erfolgte Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR, die insbesondere eine Verordnungsermächtigung (§ 6 Abs. 2) beinhaltet, und die exklusive Zuweisung von Digitalisierungsaufgaben auf die Anstalt per Rechtsverordnung (d-NRW VO) wurde bereits unter I. hingewiesen.

Im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 15.05.2022 haben sich nachfolgende Umressortierungen ergeben, die für die d-NRW AöR bedeutsam sind. Die allgemeine Aufsicht über die Anstalt ist vom vormaligen Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) NRW auf das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) NRW übergegangen, das zugleich auch das Land Nordrhein-Westfalen als Träger der Anstalt vertritt.

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung, Wartung, Pflege, Gestaltung und Redaktion von nrwGOV-Themenseiten die Zuschlagserteilung mit einer Obergrenze von bis zu 3 Mio. EUR und einer Laufzeit von 4 Jahren.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den ITDienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online-Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 85 Beitritte von Städten, Gemeinden und Kreisen zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d-NRW AöR bis zum Jahresende 2022 auf insgesamt 368 Kommunen haben anwachsen lassen.

Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 101.209 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 51.002) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Im Vergleich zum 31.12.2021 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 5.422 erhöht. Grund dafür sind bei einer Erhöhung der bereits geleisteten Anzahlungen (+TEUR 4) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 8.411) bei zugleich verringerten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-TEUR 2.194) sowie eine Verringerung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (-TEUR 802).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 87) und das Fremdkapital ist um +TEUR 5.404 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 1.116) und die „Sonstige Verbindlichkeiten“ (+TEUR 2.102) gewachsen. Demgegenüber sind die „Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 112) im Vergleich zum 31.12.2021 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.268). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.557) und die Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit (+TEUR 28), bei verringerten „Sonstige Rückstellungen“ (-TEUR 279) und verringerten Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 42).

Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2022 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+TEUR 5.491), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 8.411), auf 11,1 % (31.12.2021: 13,6 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 18.758 (31.12.2021: TEUR 10.347).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,6 % (Vorjahr: 101,9 %).

Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2022 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Onlinezugangsgesetz (OZG), Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Kommunalvertreter. NRW, Serviceportal.NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal Behörden und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 49.524 auf TEUR 96.866 gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 676 (Vorjahr: TEUR 637) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen

Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 24 (Vorjahr: TEUR 21), Raummiete TEUR 195 (Vorjahr: TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 57 (Vorjahr: TEUR 62), Rechts- und Beratungskosten TEUR 105 (Vorjahr: TEUR 52), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 11), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 22) sowie Buchführungskosten TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 25).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 31) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwahrentgelte.

Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „RV 2019-2023 (Lose 1-7)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.238 (von ursprünglich TEUR 40.000), „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem nochverbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 922 (von ursprünglich TEUR 10.000), „RV 2021-2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 121.000 (von ursprünglich TEUR 200.000).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AöR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AöR auch in den zahlreichen Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate (4 % in 2022) erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind). Positiv hervorzuheben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitenden Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Für den Gesamtkontext befindet sich ein Personalentwicklungskonzept in der Aufstellung. Die d-NRW AöR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von 36,4 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

Risikomanagement

Ein dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem gibt es bislang nicht. Aktuell wird vor dem Hintergrund des stetigen Wachstums der d-NRW AöR ein Risikomanagementsystem etabliert.

Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im

Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch ergeben sich weitere Potentiale für die Anstalt. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, sind auf der Grundlage der bereits o. g. d-NRW VO zu erwarten, mit der der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung übertragen worden sind. Dadurch kann sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen.

Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen (z. B. Ausgestaltung des OZG-Folgegesetzes). Unwägbarkeiten ergeben sich zudem noch im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022, weil die Ausrichtung der weiteren Digitalisierung der Verwaltung in NRW bislang noch nicht abschließend geklärt ist.

Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist zu erwarten, dass sich Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden, d. h. sich wieder in Richtung der Vorjahreswerte bewegen werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Dr. Lienenkamp, Roger	Vorsitzender der Geschäftsführung	
Both, Markus	Allgemein(e) Vertreter(in)	

Verwaltungsrat		
Ahajliu, Karim Referent Landkreistag NRW	Stellvertreter	
Dr. Baumann, Bernhard Bürgermeister Gemeinde Neunkirchen	Stellvertreter	
Dr. Brakmann, Markus Ministerialrat	Stellvertreter	
Dr. Flüs, Jörg Regierungsbeschäftigter	Stellvertreter	
Friedrich, Dagmar Ltd. Ministerialrätin	Stellvertreter	
Grah, Eckhard Ministerialrat	Stellvertreter	
Grehling, Annekathrin Stadtdirektorin & Kämmerin Stadt Aachen	Stellvertreter	
Happe, Andreas Ministerialdirigent	Stellvertreter	
Janke, Mike-Sebastian Kreisdirektor Kreis Unna	Stellvertreter	

Verwaltungsrat		
Keßen, Stefan Ltd. Städt. Direktor Stadt Hagen	Stellvertreter	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	Stellvertreter	
Köster, Petra Ministerialrätin	Stellvertreter	
Brügge, Dirk Kreisdirektor Rhein-Kreis Neuss	-	
Dr. Kuhn, Marco Erster Beigeordneter Landkreistag NRW	-	
Dr. Oberheim, Heinz Ministerialrat	-	
Dreyer, Simone Regierungsbeschäftigte	-	
Hamacher, Lee Ministerialdirigentin	-	
Jestaedt, Katharina Ministerialdirigentin	-	
Jägers, Diane Ministerialdirigentin	-	
Kopietz, Sebastian Stadtdirektor Stadt Bochum	-	
Prof. Dr. Meyer-Falcke, Andreas CIO - Beauftragter der Landesregierung für IT	-	
Wohland, Andreas Beigeordneter Städte- und Gemeindebund NRW	-	
Zillikens, Harald Bürgermeister Stadt Jüchen	-	

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 36,4 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % unterschritten.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsratsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 36,4 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2021 bis 2025 erstellt.

3.4.1.11 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Basisdaten

Anschrift	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH Friedrichstraße 149 10117 Berlin
Internet	www.pd-g.de
E-Mail	info@pd-g.de
Telefon	030/257679-0
Telefax	030/257679-199

Zweck der Beteiligung

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH berät die öffentliche Hand und ausländische Staaten in allen Phasen des Beschaffungsprozesses. Hierbei bietet die Gesellschaft ihre Arbeit als Beratungsunternehmen für die öffentliche Hand künftig als Inhouse-fähige Gesellschaft an. Besonderer Schwerpunkt ist dabei ein flächendeckendes Varianten-neutrales Beratungsangebot zu allen Beschaffungsvarianten auch gerade für Kommunen über den kompletten Projektzyklus von öffentlichen Investitionsvorhaben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Zu den 146 Gesellschaftern zählen u.a. neben dem Bund derzeit 12 Bundesländer, 108 kommunale Gesellschafter inklusive der kommunalen Spitzenverbände, in zwei Beteiligungsvereinen organisierte Universitätskliniken, Hochschulen und kommunale Großkrankenhäuser, 12 Körperschaften und Forschungseinrichtungen, 4 öffentliche Unternehmen, 2 Zweckverbände, 1 Genossenschaft, 2 Kooperationen, 2 Vereine und die Republik Zypern.

Die Stadt Würselen ist mit einem Anteil von 0,05 % und einem Anteil am Stammkapital von 1.000,00 € an der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanzierungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2022 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	4.068	2.646	1.422	Eigenkapital	37.330	31.802	5.528
Umlaufvermögen	52.426	42.955	9.471	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	11.955	7.763	4.191
				Verbindlichkeiten	7.731	6.476	1.256
Aktive Rechnungsabgrenzungen	522	440	82	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	57.016	46.041	10.975	Bilanzsumme	57.016	46.041	10.975

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	115.563	93.702	21.861
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.071	338	734
3 Sonstige betriebliche Erträge	138	50	87
4 Materialaufwand	-22.291	-20.871	-1.420
4.a Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.291	-20.871	-1.420
5 Personalaufwand	-59.080	-42.458	-16.622
6 Abschreibungen	-1.662	-1.216	-446
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-20.033	-11.272	-8.761
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-59	-74	14
9 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-4.293	-5.496	1.203
10 Ergebnis nach Steuern	9.354	12.704	-3.350
11 Sonstige Steuern	-1	-0	-0
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9.353	12.704	-3.350

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	65,5 %	69,1 %	-3,6 %
Eigenkapitalrentabilität	25,1 %	39,9 %	-14,9 %
Anlagendeckungsgrad 2	917,7 %	1.202,1 %	-284,4 %
Verschuldungsgrad	52,7 %	44,8 %	8,0 %
Umsatzrentabilität	8,1 %	13,6 %	-5,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 717 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 519) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2022 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2022 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau,

Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Dem dienen auch das bereits in 2020 eröffneten Hamburger Büro sowie die in 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg. 2022 wurden zudem Mietverträge für Büros in München und Stuttgart geschlossen, die in 2023 bezogen werden.

Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Expertise-orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt.

Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird gezielt auf Regionalisierung der Beratungsangebote und Zukunftsthemen wie Nachhaltiges Bauen und Betreiben, die Digitalisierung des Bauwesens (BIM: Building - Information - Modeling) oder auch die Exploration von innovativen/beschleunigten Verfahrenswegen des Bauens sowie auf die Verwaltungsmodernisierung der Kommunen gesetzt. Weitere wichtige Aktionsbereiche sind der Wohnungsbau und die Ausdifferenzierung der Beratungstätigkeiten für den bestehenden Marktbereich Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz. So kann dazu beigetragen werden, dass der massive Investitionsstau der öffentlichen Hand zu verringern und es werden gleichzeitig Impulse für eine fortgesetzt nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gegeben.

Die Geschäftsführer Stéphane Beemelmans und Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2022 für folgende Bereiche Verantwortung:

Stéphane Beemelmans	Claus Wechselmann
Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung inkl. Vergabestelle	Strategische Verwaltungsmodernisierung inkl. Science Group
Finanzen, Einkauf & Facilities (Einkauf & Facilities ab dem 1. Februar 2022), Recht, Gesellschaftsbetreuung, interne Revision, interner Datenschutzbeauftragter (DSB, ab 1.7.2022)	Personal, Marketing & Kommunikation (inkl. Lektorat und Qualitätssicherung), Digitalisierung & IT, Einkauf & Facilities (bis zum 31.01.2022), interne Revision

Im Geschäftsjahr 2022 gehörten der Geschäftsleitung an: Aus dem Bereich „Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung" Herr Karl-Heinz Heller, Herr Dr. Uwe Schmidt und ab dem 1. November 2022 Frau Birte Frischemeier, aus dem Bereich „Strategische Verwaltungsmodernisierung" Frau Yvonne Balzer, Herr Dr. Sebastian Muschter, Herr Dr. Norbert Ahrend und Herr Dr. Peter-Roman Persch, sowie ab dem 1. November 2022 aus dem Bereich der Corporate Functions Frau Anja Tannhäuser.

Die zivilrechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sind in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt. Der Gesellschafterkreis wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren dynamisch entwickeln.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von rd. 9.353 T€ abgeschlossen und liegt damit um 1.316 T€ über Plan. Wie in der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2022 prognostiziert, reduzierte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr.

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiter auszuweiten und zu festigen.

Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch die Gesamtaufwendungen angestiegen. Ein wesentlicher Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des nachhaltigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Des Weiteren erhöhten sich

die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Insbesondere stiegen die Gesamt-Mietaufwendungen der Gesellschaft. Die Anpassung der Büroflächen nach der Corona-Pandemie an das Personalwachstum der vergangenen Jahre führte zu Erweiterungen der Büroflächen in Berlin, in den Betriebsstätten Düsseldorf und Frankfurt und am Standort Hamburg. Ein Kostenanstieg ist wie erwartet gegenüber dem Vorjahr nach der Pandemie auch bei den Reise- und Fortbildungskosten zu verzeichnen.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2022 über direkte Geldmittel in Höhe von 29,7 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten keine Anlagen in Termin- oder Tagesgeldern. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 6,4 Mio. € angestiegen. Maßgeblich verantwortlich für die Steigerung ist das sehr gute Jahresergebnis. Verringert wurde dieser Effekt durch die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 4.000 T€.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich um 15,7% (+1.786 T€) erhöht. Angestiegen sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.950 T€ auf 2.729 T€. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Rückstellungen um 4.191 T€. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen zum einen aus der angestiegenen Rückstellung für Tantieme (+1.735 T€) und zum anderen bei den Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (+2.050 T€).

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2022) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 37,3 Mio. € bei rund 65,5% der Bilanzsumme. Die Bilanzsumme hat sich um 11,0 Mio. € (+23,8%) gegenüber dem Vorjahreswert auf 57,0 Mio. € erhöht. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 9,2-fachen des Anlagevermögens.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis weitestgehend erfüllt. Auf Grund der geringeren Umsätze mit bezogenen Fremdleistungen liegt die Gesamtleistung unter der Prognose. Entsprechend den Umsätzen haben sich auch die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen entwickelt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen in der Berichtsperiode gegenüber der Vorjahresprognose auf Grund von hohen Kosten für Leistungen durch externe Dienstleister. Weitestgehend haben sich die betrieblichen Abläufe im Vergleich zu den Corona geprägten Vorjahren normalisiert. Die Reiseintensität hat wieder zugenommen und auch Weiterbildungsmaßnahmen haben verstärkt stattgefunden. Des Weiteren wurde in der Beschlussfassung zur Gewinnverwendung des Jahresüberschusses für das Jahr 2021 die Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 4.000 T€ beschlossen. Zudem hat die PD mit Genehmigung des Aufsichtsrates die Einrichtung einer Stiftungsprofessur an der Technischen Universität Dresden für ressourceneffizienten Hochbau gefördert, um den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu intensivieren.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern betrug im Geschäftsjahr 2022 rund 13.706 T€ und liegt damit um 2.130 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Ergebnis vor Zinsen und Steuern um 4.567 T€ gemindert.

Der Cash-Flow betrug insgesamt 6.354 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 29.655 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 13.283 T€ und aus der Investitionstätigkeit -3.103 T€. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr weist -3.826 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2021 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß in Höhe von 4.000 T€.

Die PD hat während des Geschäftsjahres 2022 durchschnittlich 717 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 519 im Geschäftsjahr 2021.

Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeiterförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, z.B.

- Das Rollen- und Kompetenzmodell wurde im letzten Jahr weiter überarbeitet. Nach der Erarbeitung und Pilotierung im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung im letzten Jahr wurden ebenfalls

die Bereiche Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung und die Corporate Functions in das Rollen- und Kompetenzmodell überwiegend integriert.

- An das 2021 umfassend evaluierte und qualitätsgesicherte Basis-Curriculum schloss sich Anfang 2022 die Pilotierung des Aufbau-Curriculums an, das das curriculare Aus- und Weiterbildungsangebot der PD ergänzt hat. Mithilfe beider Curricula wird ein bereichsübergreifender, einheitlicher Wissens- und Kompetenzstandard sichergestellt. Durch die Integration diverser informeller Formate wird das formalisierte curriculare Angebot ergänzt und erweitert.

- Aufbauend auf dem entwickelten Führungsleitbild und den Pilottrainings 2021 durch Egon Zehnder wurde das Konzept für ein PD-spezifisches und entwicklungsorientiertes Führungskräfteprogramm in diesem Jahr überarbeitet. Das modulare Führungskräfteprogramm unterstützt und stärkt unsere Führungskräfte in ihrer Rolle und fördert ein einheitliches Führungsverständnis.

- Die Zielvereinbarungs-/Halbjahres- und Jahresgespräche wurden 2022 weiterentwickelt und finden mit allen Mitarbeitenden statt.

- Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.

- Die PD fördert weiterhin die Gleichstellungskultur. Um auch den internen Austausch zum Thema Diversität sowie das Bewusstsein für Vielfalt innerhalb der PD weiterzuverfolgen, wurde ein weiteres Netzwerk „women@PD“ gegründet, welches Frauen ermöglichen soll, aktiv ihre Karriere zu planen und Potenziale auszuschöpfen.

- Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde weiterentwickelt. Es umfasst die Themen Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizin, betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und die betriebliche Gesundheitsförderung. Die PD hat Arbeitssicherheitsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Bestellung von Betriebsärzt:innen, Sicherheitsfachkräften und Sicherheitsbeauftragten oder ein ausreichendes Erste-Hilfe-Konzept für Arbeitnehmer:innen auch im Jahr 2022 umgesetzt. Des Weiteren sind arbeitsmedizinische Angebote, wie zum Beispiel die Gripeschutzimpfung und Augenuntersuchung, sowie das BEM den Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt worden.

- Am 20. und 21. Oktober 2022 fand für alle Kolleginnen und Kollegen der PD-StaffDay 2022 in Berlin in Präsenz statt. Es wurde ein abwechslungsreiches Programm aus Informations-, Interaktions- und Vernetzungsbestandteilen unter dem Motto „Wir. Nachhaltig. Zusammen“ veranstaltet. Bestandteil des Programms waren die quartalsweise Aufsichtsrats-Nachberichterstattung durch die Geschäftsführung, Impulse der Mitglieder der Geschäftsleitung sowie der Leitungen der internen Corporate Functions sowie zahlreiche Interaktions- und Vernetzungsmöglichkeiten. Gleichfalls konnten die Mitarbeitenden eigene Initiativen vorstellen.

- Im Juni wurden an allen PD-Standorten Get-together-Angebote gemacht, die von den Kolleginnen und Kollegen aufgrund der Corona-Situation freiwillig genutzt werden konnten. Jahreszeit-bedingt wurden die Treffen mit Bewirtung in Freiluft-Restaurants angeboten. Sie dienten der sozialen Verbundenheit und dem Kennenlernen auch und vor allem für die Kolleginnen und Kollegen, die während der digitalen Onboarding-Zeit der Corona-Pandemie in die PD eingetreten sind.

- Regelmäßig monatlich werden vom Team Marketing und Kommunikation Einführungs-Workshops zur Markenpositionierung der PD sowie den Aspekten der Identität (Markenleitbild) und der Visualisierung (Corporate Design) durchgeführt. Sie werden von der überwiegenden Zahl der neu zur PD gekommenen Mitarbeitenden besucht.

- Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.

- Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.

- Auch 2022 hat die PD wieder einen namhaften Betrag an acht gemeinnützige Organisationen gespendet. Mit der jährlichen Firmenspende unterstützt die PD insbesondere das Engagement für Kinder und Bedürftige sowie den Schutz der Umwelt. Die Beschäftigten der PD konnten Vorschläge für mögliche

Spendenempfänger einreichen, über die bis Mitte Dezember unternehmensweit abgestimmt wurde. Auf unserer Website (<https://www.pd-g.de/csr>) stellen wir die acht mit der PD-Firmenspende bedachten Organisationen vor.

- Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt – wenn immer möglich – alternative Besprechungsmedien.

Prognose- und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kommunalberatung und das Gesundheitswesen weiterhin einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bilden. Im Bereich Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik im Mittelpunkt, die häufig durch komplexe Partnerschaftsmodelle abgebildet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur in Übereinstimmung mit den gängigen Verfahren und Vorschriften der Haushaltsaufstellung und -führung abgewickelt werden muss. Neue Wachstumschancen werden im Ausbau der Geschäftstätigkeiten der Vergabestelle sowie in den Aufgabenfeldern Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz (NUK) und Wohnen und Quartier (W&Q) gesehen, die in 2022 als eigenständige Marktbereiche etabliert werden.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30. November 2022 beschlossen wurde, und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2024-2027 sehen für das Gesamtunternehmen ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2023-2027 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 20% erwartet.

Für das Jahr 2023 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Eigenleistung steigt in der Planung gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 20%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Aufgrund der Anpassung der Kosten im Verhältnis zum stetigen Wachstum des Geschäftsvolumens der PD in einem Umfeld ohne Corona-Beschränkungen wird das operative Ergebnis im Jahr 2023 deutlich niedriger angenommen als im Jahr 2022. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die notwendigen Standortvergrößerungen, die Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Standortinvestitionen begründet.

Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risiken im Beratungsgeschäft sind:

- Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur oder Pandemien und inzwischen auch Kriegsereignisse oder Cyberangriffe auf die IT-Infrastruktur der Gesellschaft.

- Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, Im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar.

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt üblicherweise in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt die Gesellschaft wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zelterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Da die IT-Infrastruktur der Gesellschaft für die Geschäftstätigkeit als kritisch angesehen werden muss, sind eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, um Ausfallrisiken zu vermeiden bzw. zu minimieren. Dazu gehört u.a. auch, dass interne Mitarbeiter gegenüber den zentralen IT-Systemen wie externe Mitarbeiter behandelt werden; durch die damit verbundenen Schutzmechanismen werden die Auswirkungen etwaigen fehlerhaften Verhaltens der eigenen Mitarbeiter minimiert. Um die Verletzlichkeit der Systeme zu überprüfen und geeignete Schutzmaßnahmen abzuleiten, führt die Gesellschaft regelmäßig Penetrationstest durch.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Auch wurde eine interne Revision im Unternehmen aufgebaut. Die Risikogewichtung und deren Eintrittswahrscheinlichkeit werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten und Prognosen vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Beemelmans, Stéphane Jurist	Geschäftsführung	
Wechselmann, Claus Kommunikationswissenschaftler	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Gatzer, Werner Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	Vorsitzender	
Bohle, Anne Katrin Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und für Heimat	1. stv. Vorsitzender	

Aufsichtsrat		
Damm, Elmar Abteilungsleiter IV im Hessischen Ministerium der Finanzen	-	
Deix, Wolfgang Senior Manager bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Dr. Bösing, Rolf Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	-	ab 16.03.2022
Dr. Klesse, Astrid Unterabteilungsleiterin I A im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	-	
Dr. Mangelsdorff, Lukas Abteilungsleiter IV im Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen	-	
Flasbarth, Jochen Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	-	bis 02.03.2022
Göppert, Verena Deutscher Städtetag, Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers	-	
Karger, Pia Abteilungsleiterin im Bundesministerium des Innern und für Heimat	-	ab 16.03.2022
Michel, Corinna Senior Consultant bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Munoz, Tatiana Senior Consultant bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Prof. Dr. Scholz, Jens Vorstandsvorsitzender Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	-	
Rehfeld, Dieter Vorsitzender der Geschäftsführung der regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbh	-	
Saebisch, Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	-	ab 16.12.2022
Waßmuth, Melissa Managerin bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Wilkens, Jan Senior Manager bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Zimmermann, Uwe Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes	-	

Beirat		
Fietz, Paul Johannes Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	Vorsitzender	
Klug, Gabriele C. Rechtsanwältin, Stadtkämmerin a.D.	1. stv. Vorsitzender	

Beirat		
Dr. Däbritz, Jessica Abteilungsleiterin KM (Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz) im Bundesministerium des Innern und für Heimat	-	
Dr. Fischedick, Walter Abteilungsleiter im Hessischen Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung	-	
Dr. Flügge, Matthias Chief Digital Officer der Deutschen Rentenversicherung Bund	-	
Dr. Goepfert, Andreas Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Braunschweig gGmbH	-	
Dr. Ruge, Kay Beigeordneter des Deutschen Landkreistages	-	
Dr. Schoeps, Stephan Stellvertreter des Inspektors des Sanitätsdienstes der Bundeswehr	-	
Dörk, Karina Landrätin des Landkreises Uckermark	-	
Klingen, Reinhard Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	-	
Mildenberger, Tanja Abteilungsleiterin im Bundesministerium der Finanzen	-	
Prof. Dr. Messner, Dirk Präsident des Umweltbundesamts	-	
Riedel, Harald Kämmerer der Stadt Nürnberg	-	
Schmidt, Hermann Josef Bürgermeister der Gemeinde Tholey	-	
Willems, Gabriele Geschäftsführerin des Bau- und Liegenschaftsbetriebs Nordrhein-Westfalen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 38,9 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die PD hat keinen offiziellen Gleichstellungsplan. Da es sich bei der PD um keine Behörde handelt, ist sie gesetzlich hierzu nicht verpflichtet. Im Gesellschaftsvertrag wird nicht auf Landesgleichstellungsgesetze hingewiesen.

Als Unternehmen hat sich die PD jedoch darüber hinaus diverse Ziele in Bezug auf Gleichstellung gesteckt (Parität, Nachhaltigkeitsziele, etc.). Die Gleichstellung der Geschlechter ist der PD ein großes Anliegen. So hat z.B. der Anteil der Frauen in Führungspositionen bei der PD stetig zugenommen.

3.4.1.12 Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung

Basisdaten

Anschrift	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung Mariadorfer Straße 5 52249 Eschweiler
Internet	www.regioentsorgung.de
E-Mail	info@regioentsorgung.de
Telefon	02403/5550600
Telefax	02403/5550689

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist, die den Verbandsmitgliedern als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie des Landesabfallgesetzes NRW zugewiesenen Aufgaben in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband RegioEntsorgung hat zur Wahrnehmung seiner ihm von den Kommunen übertragenen Aufgaben gemäß § 114a GO NRW das Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts „RegioEntsorgung, Anstalt des öffentlichen Rechts“ gegründet und die von den Kommunen übertragenen Aufgaben insgesamt und mit befreiender Wirkung auf das Kommunalunternehmen übertragen. Das Kommunalunternehmen übernimmt insoweit die Pflichten des Zweckverbandes als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, ist allein verantwortlicher Aufgabenträger, soweit ihm Aufgaben vom Zweckverband übertragen wurden und verfolgt das Ziel der Vereinheitlichung der Entsorgungsstrukturen. Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Stolberg	12,9	6,25
Gemeinde Roetgen	12,9	6,25
Gemeinde Simmerath	12,9	6,25
Stadt Monschau	12,9	6,25
Stadt Herzogenrath	12,9	6,25
Stadt Eschweiler	6,3	6,25
Stadt Alsdorf	6,3	6,25
Stadt Baesweiler	6,3	6,25
Gemeinde Inden	6,3	6,25
Gemeinde Langerwehe	6,3	6,25
Stadt Linnich	6,3	6,25
Gemeinde Niederzier	6,3	6,25
Stadt Geilenkirchen	6,3	6,25
Gemeinde Nideggen	6,3	6,25
Gemeinde Vettweiß	6,3	6,25
Stadt Würselen	1,5	6,25

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
RegioEntsorgung AöR	25,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Finanzierung der übertragenen Aufgaben erhält die RegioEntsorgung AöR vom Entsorgungszweckverband eine Zuweisung, die jährlich im Rahmen der Wirtschaftsplanung festzulegen ist.

Die Höhe der Zuweisung bemisst sich nach den kalkulatorischen Kosten gem. Wirtschaftsplan, die für die Aufgabenerfüllung auf dem jeweiligen Stadtgebiet des Verbandsmitgliedes anfallen. Die Umlage für die Stadt Würselen betrug im Geschäftsjahr 2022 3.171.018,00 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	25	25	0	Eigenkapital	100	100	0
Umlaufvermögen	5.057	2.970	2.086	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	7	7	0
				Verbindlichkeiten	4.974	2.888	2.086
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	5.082	2.995	2.086	Bilanzsumme	5.082	2.995	2.086

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und dem Zweckverband RegioEntsorgung.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	24.535	25.369	-835
2 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	-0
3 Materialaufwand	-24.513	-25.346	833
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-21	-22	1
5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-1	1
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	2,0 %	3,3 %	-1,4 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	400,0 %	400,0 %	0,0 %
Verschuldungsgrad	4.981,5 %	2.895,2 %	2.086,3 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Wirtschaftsjahr 2022 war geprägt von der Energiekrise und der beginnenden Inflation aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ab Februar 2022. Dennoch hat sich die deutsche Wirtschaft als widerstandsfähig erwiesen und das Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,9 %. Dies ist bedingt durch Nachholeffekte nach der Corona-Pandemie.

Bei der RegioEntsorgung AöR sind nach der Corona-Pandemie die Abfallmengen deutlich gesunken. Gleichzeitig sind die Rohstoffpreise gestiegen, wodurch die RegioEntsorgung AöR vor allem im Zeitraum Januar bis Juli deutlich höhere Papiererlöse erzielte als geplant. Erst ab August erfolgte wieder ein Preiseinbruch.

Die deutsche Abfallwirtschaft gilt international als technologisch hoch entwickelt. Kaum ein anderes Land verzeichnet eine so hohe Recyclingquote wie Deutschland. Rund 70 Prozent der Hauptabfallströme werden mit unterschiedlichsten technischen Verfahren recycelt. Die gesetzliche Grundlage der

Abfallentsorgung in Deutschland ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Als Rahmen der Regelungen dient das Ziel des Umweltschutzes. So ist die Kreislaufwirtschaft auf Abfallvermeidung, Recycling und Abfallbeseitigung ausgerichtet.

Zum 01.01.2024 soll die vierte Änderungsverordnung zur KRITIS-Verordnung in Kraft treten. Danach soll IT, die bei der Sammlung und Beförderung von Siedlungsabfällen genutzt wird, ab einem bestimmten Schwellenwert besonders geschützt werden. Dies gilt ebenso für verschiedene Anlagenkategorien wie thermische oder biologische Behandlung. Hier sind noch die Schwellenwerte abzustimmen.

Es wird beobachtet, inwieweit die RegioEntsorgung AöR von dieser Verordnung betroffen ist. Da die RegioEntsorgung AöR jedoch von der EDV-Abteilung der AWA Entsorgung GmbH betreut wird, wird die Verordnung vermutlich dadurch auf die RegioEntsorgung AöR mit angewendet werden.

Des Weiteren wird noch über eine mögliche Verengung des Anwendungsbereichs der Verordnung auf bestimmte Siedlungsabfallstoffströme wie Restabfall, Bioabfall u. Verpackungen, ggf. Glas und PPK diskutiert.

Am 05.01.2023 ist die Corporate Sustainable Reporting Directive (CSRD) in Kraft getreten, nach der die bislang nur für börsennotierte Unternehmen verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung im Lagebericht auf einen deutlich größeren Anwenderkreis ausgeweitet worden ist. Die EU-Richtlinie ist zwar noch nicht in nationales Recht umgesetzt, es ist zum aktuellen Zeitpunkt jedoch zu erwarten, dass die Berichtspflicht künftig (ab 2025) auch Körperschaften treffen wird, die wie große Kapitalgesellschaften Rechnung legen. Daher hat die RegioEntsorgung AöR im 1. Quartal 2023 begonnen, sich auf die künftige Nachhaltigkeitsberichtspflicht vorzubereiten. So können die Vorgaben entsprechend auch beim Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung umgesetzt werden.

Die Abfallwirtschaft ist in Deutschland per Gesetz den öffentlich-rechtlichen Entsorgungskörperschaften (öRE), in der Regel den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, übertragen. Vor diesem Hintergrund fungiert der Entsorgungszweckverband zusammen mit der RegioEntsorgung AöR als öRE und fasst damit die öffentlich-rechtlichen abfallwirtschaftlichen Aufgaben der Verbandsmitglieder zusammen.

Die langjährigen Diskussionen darüber, ob es kostengünstiger wäre, die Abfallentsorgung kommunalen oder privatwirtschaftlichen Unternehmen zu überlassen, haben sich bisher für die RegioEntsorgung nicht ausgewirkt. Ganz im Gegenteil hat sich das kommunale Konzept der Mitbestimmung durch Eigentumsanteil bei den Kommunen des Kreises Düren und der Städteregion Aachen als erfolgreich herumgesprochen. Dies zeigen der Beitritt der Gemeinde Nörvenich zum 01.01.2023 sowie weitere Gespräche mit Kommunen, auch wenn diese bisher noch nicht unmittelbar zu Beitrittsentscheidungen geführt haben.

Geschäftsverlauf

Aufgrund von Kommunikationslücken und Kritik der örtlichen Politik, z. B. auf die Umsetzung des Maßnahmenpaketes der RegioEntsorgung AöR, wurde beschlossen, die Gremienarbeit anzupassen und diese enger mit der örtlichen Politik zu verzahnen sowie die Kommunikation zu intensivieren. Dazu trafen sich Anfang März die Vorsitzenden der drei Abfallwirtschaftsbeiräte mit dem Verbandsvorsteher und dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung sowie den Vorständen der RegioEntsorgung AöR. Die Grundstruktur von drei regionalen Abfallwirtschaftsbeiräten wurde beibehalten. Die Arbeit der RegioEntsorgung AöR soll mittels Publikationen wie Newsletter oder ähnlichem gezielt für die kommunalen Räte und Ratsvertreter nach außen deutlich werden. Konferenzen aus Vertretern einzelner Gremien z. B. zum Gedankenaustausch sollen regelmäßig, mindestens einmal im Jahr stattfinden. Wo es sinnvoll erscheint, sollen Vertreter der RegioEntsorgung AöR an Rats-/Ausschusssitzungen von Kommunen teilnehmen.

Durch den bevorstehenden Beitritt der Gemeinde Nörvenich waren die Zweckverbandssatzung und die Geschäftsordnung des Entsorgungszweckverbandes RegioEntsorgung entsprechend anzupassen. Die Änderungen sind in der Sitzung der Verbandsversammlung vom 05.09.2022 beschlossen worden. Eine weitere Satzungsänderung erfolgte im Dezember aufgrund der zusätzlichen Teilübertragung des Rechts zur Gebührenerhebung für die zusätzliche Einsammlung und den Transport von Sperrmüll in der Gemeinde Nörvenich.

Da der Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung die ihm übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben seiner Mitgliedskommunen mit befreiender Wirkung auf die RegioEntsorgung AöR übertragen hat, ist der Geschäftsverlauf ganz überwiegend von den von der AöR erbrachten Entsorgungsleistungen, die den Verbandsmitgliedern über den Zweckverband in Form einer Umlage weiterbelastet werden, und in geringem Umfang von der eigenen Verwaltungstätigkeit geprägt. Wesentliche Besonderheiten sind insoweit im Wirtschaftsjahr 2022 nicht zu verzeichnen gewesen.

Prognosebericht

Die geplanten Umlagen der Kommunen an den Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung für das Wirtschaftsjahr 2023 betragen 25.065 T€. Diese bilden die Planerlöse, in denen auch die Überdeckung aus dem Wirtschaftsjahr 2021 in Höhe von 2.671 € verrechnet wurde.

Entsprechend den Rahmenbedingungen bilden auf der Aufwandsseite die Zuweisungen an die AöR mit 25.042 T€ den größten Posten. Die weiteren geplanten Aufwendungen in Höhe von 25.750 € betreffen Kosten für Gremien und Bewirtung sowie Prüfungskosten und entsprechen dem Verwaltungskostenanteil der Umlage.

Aufgrund der weiter anhaltenden Inflation und der Auswirkungen des Ukraine-Konflikts (siehe Ausführungen im Risikobericht) ist die aktuelle Einschätzung des Vorstandsvorstands, dass die Aufwendungen des Wirtschaftsjahres 2023 weiterhin etwas höher ausfallen als in Vorjahren. Gleichzeitig soll die Verteilung des überdurchschnittlich hohen Jahresergebnisses 2022 der RegioEntsorgung AöR auf zwei Jahre verteilt werden, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden.

Chancen- und Risikobericht

Die Erweiterung des Tätigkeitsgebiets und die Vergrößerung des Verbandsgebiets liegen weiter im Fokus des Entsorgungszweckverbandes. Wiederkehrende Anfragen von Kommunen zeigen, dass weiterhin ein Interesse an dem Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung und der RegioEntsorgung AöR besteht. Zum 01.01.2023 ist mit der Gemeinde Nörvenich ein neues Verbandsmitglied beigetreten.

Die Zielsetzung des Risikomanagements ist es, bestehende und mögliche Risiken für alle Bereiche eines Unternehmens zu identifizieren, sie kontextspezifisch zu bewerten sowie daraus abgeleitet strategische Maßnahmen zur Reduzierung, Vermeidung oder Kompensation von Risiken festzulegen. Darüber hinaus ist ein wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements, die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen durch Kontrollmechanismen sicherzustellen.

Der Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung stellt keinen eigenen Risikobericht auf. Durch die vorliegenden Strukturen und Rahmenbedingungen wird der ZRE wesentlich durch die Risiken der RegioEntsorgung AöR beeinflusst.

Aktuell gibt es drei bedeutsame Risiken bei der RegioEntsorgung AöR:

Ein Strategierisiko besteht darin, dass Rechtsnormen erlassen oder Gerichtsurteile auf EU-, Bundes- oder Landesebene gefällt werden, die Auswirkungen auf Kernprozesse des Unternehmens haben. Die Einflussmöglichkeit des Unternehmens auf das Normsetzungs- bzw. Gerichtsverfahren ist stark eingeschränkt bzw. gar nicht vorhanden. Eine Liberalisierung der Abfallbeseitigung wird immer wieder diskutiert und stellt ein schwerwiegendes Risiko dar. Die Rechtslage muss daher fortlaufend beobachtet werden. So hat es im Berichtsjahr u. a. Änderungen beim ElektroG durch Bundesratsbeschluss vom 08.12.2022 gegeben. In NRW gilt danach eine geteilte Zuständigkeit für Informations- und Beratungspflichten. Eine Konkretisierung auf regionaler und lokaler Ebene ist erforderlich. In bestimmten Bereichen unterstützt der VKU die öRE bei der Erfüllung ihrer Informations- und Beratungspflichten, z. B. durch Zurverfügungstellung sog. „Fehlbefüllungsbroschüren“.

Hervorzuheben sind hier auch mögliche Änderungen von Steuergesetzen. Im Zuge der Umsetzung von § 2b UStG wären bei der RegioEntsorgung AöR, nach Aussage der verbindlichen Auskunft, lediglich die Einnahmen für die Nutzung der Altkleidercontainer sowie die Abrechnungen der Wertstoffhöfe (außer reine Flächenmiete) steuerpflichtig.

Ein weiteres strategisches Risiko besteht, wenn die Kommunalpolitik in Bezug auf die Entsorgung andere Ziele verfolgt als das Unternehmen. Als Ursache kommt in einem solchen Fall die Änderung der

politischen Situation in einer oder mehreren am Unternehmen beteiligten Kommunen in Betracht. Das Risiko des Ausscherens einer oder mehrerer Kommunen ist latent vorhanden, aber Haftungs- und Übernahmerisiko für Personal sowie das Risiko der Erfüllung des langjährigen Mietvertrages trägt die ausscherrende Kommune anteilig mit. Über den Vorstand und die Mitglieder der Gremien der RegioEntsorgung AöR besteht eine enge Verflechtung mit der Kommunalpolitik.

Es herrscht Personalunion zwischen Verwaltungsrat und Verbandsversammlung. Außerdem gibt es formellen Kontakt mit dem Verwaltungsrat über den Ausschuss für Strukturfragen.

Auch die Änderung der regionalen Rechtslage stellt ein Risiko dar. Es werden auf Ebene des ZEW Abfallwirtschaftskonzepte und Satzungen erlassen, die Auswirkungen auf die Erfassungslogistik haben können. Weiterhin werden Gerichtsurteile gefällt, die konkret das Unternehmen betreffen. Die Einflussmöglichkeit des Unternehmens auf Normsetzungs- bzw. Gerichtsverfahren ist nur bedingt vorhanden. Auch hier muss die politische Entscheidungs- und Rechtslage beobachtet werden.

Durch die Ukraine-Krise sowie durch die 2022 deutlich gestiegene Inflationsrate gab es deutliche Preissteigerungen bei den Kraftstoffen und Ersatzteilbeschaffungen. Solange die Situation anhält, ist auch künftig mit höheren Kosten zu rechnen. Die genaue Entwicklung ist unklar.

Höhere Aufwendungen der RegioEntsorgung AöR haben auch höhere Zuweisungen, also höhere Materialaufwendungen des ZRE zur Folge. Dies wiederum führt zu höheren Umlagen der Verbandsmitglieder.

Gesamtaussage

Der Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung zeigt sich weiterhin gefestigt am Markt. Die Umlagen und die damit verbundenen Zuweisungen sind 2022 geringfügig gesunken. Dies liegt hauptsächlich an leicht rückläufigen Entsorgungskosten, welche auch im Wirtschaftsplan 2022 der AöR mit einem entsprechend geringeren Wert angesetzt waren. Das Ergebnis bleibt auch in Folgejahren ausgeglichen.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung		
Schunk-Zenker, Marion Bürgermeisterin Stadt Linnich	Stellvertreter	
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzender	
Dr. Fadavian, Benjamin Bürgermeister Herzogenrath	-	
Dr. Krämer, Carmen Bürgermeisterin Stadt Monschau	-	ab 01.07.2022
Froesch, Pierre Bürgermeister Stadt Baesweiler	-	
Goffart, Bernd Bürgermeister Gemeinde Simmerath	-	
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	-	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	-	
Kunth, Joachim Bürgermeister Gemeinde Vettweiß	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Mertens, Silvia Bürgermeisterin Stadt Monschau	-	bis 31.01.2022
Münstermann, Peter Bürgermeister Gemeinde Langerwehe	-	

Verbandsversammlung		
Pfennings, Stefan Bürgermeister Gemeinde Inden	-	
Rombey, Frank Bürgermeister Gemeinde Niederzier	-	
Schmunkamp, Marco Bürgermeister Stadt Nideggen	-	
Sonders, Alfred Bürgermeister Stadt Alsdorf	-	
Weiler, Jochen Bürgermeister Stadt Heimbach	-	

Verbandsvorsteher		
Kunth, Joachim Bürgermeister Gemeinde Vettweiß	Stellvertreter	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	-	

Gem. § 11 der Verbandssatzung können Ausschüsse und Beiräte gebildet werden, wobei mindestens ein Ausschuss für Strukturfragen und ein regionaler Abfallwirtschaftsbeirat zu bilden ist.

Im Jahr 2006 wurden der technische Strukturausschuss sowie die Abfallwirtschaftsbeiräte für die Nordkreise Aachen und Düren etabliert. Als Folge der Erweiterung des Verbandsgebietes wurden die Abfallwirtschaftsbeiräte im Jahr 2008 neu strukturiert und in die drei regionalen Abfallwirtschaftsbeiräte Nordwest, Nordost und Südwest.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 23,5 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts,

wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

3.4.1.13 Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen

Basisdaten

Anschrift	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen Übacher Weg 36 52477 Alsdorf
Internet	www.vhs-nordkreis-aachen.de
E-Mail	info@vhs-nordkreis-aachen.de
Telefon	02402/906315
Telefax	02404/906320

Zweck der Beteiligung

Die Volkshochschule Nordkreis Aachen ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß §§ 1, 2 Abs. 2, 3 und 10 des WbG NRW. Sie dient der Weiterbildung von Erwachsenen und Jugendlichen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase. Weitere Aufgaben der Volkshochschule Nordkreis Aachen sind auch Maßnahmen und Projekte, die der Qualifizierung und zur Unterstützung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt dienen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist das Schaffen eines umfangreichen Bildungsangebots, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeiten zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen sowie Eltern- und Familienbildung ein. Zu diesem Zweck führt die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen wie Vorträge, Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m. durch. Die Lehrveranstaltungen sollen in den Mitgliedsstädten gleichwertig angeboten werden. In allen Städten werden Lehrveranstaltungen durchgeführt, wenn die Mindestteilnehmerzahl dort gesichert ist.

Die in der Verbandssatzung genannten Aufgaben dienen der öffentlichen Bildung und erfüllen insofern einen öffentlichen Zweck.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Umlage der Städte

	2022 T€	2021 T€
Alsdorf	30	30
Baesweiler	17	17
Herzogenrath	29	29
Würselen	24	24
Gesamt	100	100

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit der Finanzierungsbedarf des Zweckverbandes nicht aus Entgelten, Projektmitteln und Zuschüssen gedeckt wird, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage. Die Umlage bemisst sich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder.

An den Zweckverband VHS Nordkreis Aachen wurde im Jahr 2021 eine Umlage in Höhe von 24.317,80 € und in 2022 24.155,11 € gezahlt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	21	10	12	Eigenkapital	1.394	1.534	-140
Umlaufvermögen	1.609	1.706	-97	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	59	30	29
				Verbindlichkeiten	115	104	11
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1	1	-1	Passive Rechnungsabgrenzungen	63	50	13
Bilanzsumme	1.631	1.718	-87	Bilanzsumme	1.631	1.718	-87

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der VHS Nordkreis Aachen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	937	887	50
2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	730	368	362
3 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4	145	-141
4 Sonstige ordentliche Erträge	0	1	-0
5 Ordentliche Erträge	1.671	1.400	271
6 Personalaufwendungen	-1.070	-1.051	-19
7 Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	-17	-7	-10
8 Bilanzielle Abschreibungen	-5	-3	-2
9 Sonstige ordentliche Aufwendungen	-718	-486	-232
10 Ordentliche Aufwendungen	-1.811	-1.548	-263
11 Ordentliches Ergebnis	-140	-148	8
12 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-140	-148	8
13 Jahresergebnis	-140	-148	8

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	85,5 %	89,3 %	-3,8 %
Eigenkapitalrentabilität	-10,0 %	-9,7 %	-0,4 %
Anlagendeckungsgrad 2	6.544,9 %	15.714,4 %	-9.169,5 %
Verschuldungsgrad	12,5 %	8,8 %	3,7 %
Umsatzrentabilität	-8,4 %	-10,6 %	2,2 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 19) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Ausschnitt aus dem Lagebericht 2022:

Sonstige wichtige Ereignisse des Haushaltsjahres/Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Obwohl die VHS Nordkreis Aachen im ersten Semester noch strenge Pandemieauflagen in ihrem Kurs-geschehen umsetzte und die Bürger*innen durch hohe Energiepreise und Inflation belastet waren, stabilisierten sich die Anmeldezahlen. Damit erreichte die VHS zwar noch nicht ganz das Niveau von 2019,

ist aber auf einem guten Weg dahin. Im Vergleich zum Vorjahr begrüßte die VHS 9.263 Teilnehmende (6.493) in 821 Veranstaltungen (486) und realisierte 20.456 Unterrichtsstunden (12.752).

Die positive Entwicklung ist auch auf die neue VHS-Öffentlichkeitskampagne zurückzuführen. Die VHS war mit einem neuen Infostand auf den Wochenmärkten und Veranstaltungen im Nordkreis Aachen präsent und ist dort mit den Nordkreisbewohner*innen in den Dialog gegangen. Groß und Klein hatten großes Vergnügen mit dem neuen Glücksrad und den nachhaltigen Gewinnen. Seit Oktober 2022 ist die VHS mit ihrem Instagram- und Facebookkanal online und hat sich mit ihren Mitgliedskommunen vernetzt.

Um die Attraktivität der VHS als Bildungsort zu erhöhen, wurde in ihre VHS-Geschäftsstellen investiert. Ein Meilenstein war die Eröffnung der neuen VHS-Geschäftsstelle in Würselen – bürgernah mitten in der Innenstadt, die am 11.11.2022 mit vielen Vertreter*innen der Politik, Verwaltung, Kooperationspartner*innen, Mitarbeitenden, Dozent*innen und Bürger*innen gebührend gefeiert wurde. Zeitgleich fanden weitere Umbauarbeiten in der Alsdorfer Geschäftsstelle statt, um den Bedarf an größeren Unterrichtsräumen für Integrationskurse zu realisieren. Einer der Gesundheitsräume wurde mit der Verlegung eines gelenkschonenden und schalldämmenden Bodens für die Entspannungskurse aufgewertet. In der Herzogenrather Geschäftsstelle wurde mit der grundlegenden Renovierung und Modernisierung begonnen.

Mit den neuen Fördermöglichkeiten des Weiterbildungsgesetzes NRW hat die VHS Nordkreis Aachen mit den Volkshochschulen Aachen, Stolberg und Südkreis Aachen das Netzwerk „Alleeda“ (Ocher Mundart für Auf geht's) gegründet. Ziel ist es gemeinsame Angebote zu entwickeln und zu vermarkten, Beratungskompetenzen und die Marke Volkshochschule weiter auszubauen. So realisierte Alleeda erfolgreich gemeinsam eine Online-Vortragsreihe im Fachbereich Kunst und Kultur, einen digitalen Bildungsurlaub, Exkursionen und die Gesundheitskarte. Bei der Gesundheitskarte konnten sich die Kund*innen flexibel drei Gesundheitskurse in den Sommerferien im Nordkreis Aachen und in Aachen zusammenstellen. Die Resonanz auf alle Formate war so gut, dass sie ausgebaut werden.

Neben all der positiven Entwicklung mussten leider durch Kriege, Verfolgung, Klimawandel etc. viele Menschen 2022 ihre Heimat aufgeben und flüchteten – auch nach Deutschland. Für ihre Unterbringung mussten die Kommunen auch wieder auf Hallen und Gebäude zurückgreifen, die der VHS nicht mehr zur Verfügung standen. Um den Geflüchteten unsere Sprache zur gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe zu vermitteln, kam die VHS an die Grenze ihrer Kapazitäten in Bezug auf Beratungsleistungen, Dozent*innen, Administration und Räumlichkeiten. Hier hat die VHS ihr Angebot an Integrationskursen seit 2015 vervierfacht.

Ausblick

Die Nachfrage nach Integrationskursen ist ungebrochen und hat durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine stark zugenommen. Hier übernimmt die VHS mit Ihren Leistungen der Sprach- und Integrationsangebote für die Kommunen eine wichtige Funktion. Die vom BAMF-geförderten Kurse ermöglichen in Teilen finanzielle Defizite zu kompensieren. Ab 2023 wird sich ein Wettbewerber für den komplexen, aber auch lukrativen Markt der Integrationskurse in Alsdorf ansiedeln. Hier wird sich zeigen, wenn die Nachfrage an Integrationskursen zurückgeht, wie es sich finanziell auf die VHS Nordkreis Aachen auswirkt und wie lange die Städteumlage auf dem niedrigen Niveau gehalten werden kann.

Fazit

Die VHS Nordkreis Aachen hat die multiplen Krisen der letzten Jahre gut gemeistert. Sie hat ihr Programmangebot weiterentwickelt, neue Formate etabliert, Fördermittel akquiriert, wirtschaftlich gearbeitet, Kosten reduziert, neue Möglichkeiten des Weiterbildungsgesetzes umgesetzt, ihre Geschäftsstellen modernisiert, ihre Öffentlichkeitsarbeit intensiviert und Netzwerke ausgebaut. Sie hat gezeigt, dass sie sich auf neue Herausforderungen und Unwägbarkeiten einstellen kann. Dies ist auch auf das hohe Engagement der VHS-Mitarbeiter*innen zurückzuführen, die diesen Kurs mittragen und sich einbringen.

Die Gesamtergebnisrechnung zeigt eine geringere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage als prognostiziert. Die VHS Nordkreis Aachen hat sich eine gute finanzielle Rücklage erarbeitet, so dass sie weitere Krisen meistern kann. Dennoch ist es wünschenswert, dass die VHS in ruhigere Fahrwasser kommt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung		
Baumann, Kai Heribert Anwendungsentwickler	-	
Blaney, Jana VHS Leitung	-	
Boehm, Ingo Druckermeister	-	
Ciftci, Reyhan Krankenschwester	-	
Dr. Fleckenstein, Manfred Akademischer Direktor i.R.	-	
Dr. Leipertz, Harald Lehrer	-	
Dumke, Andreas Math. Techn. Assistent	-	
Froesch, Pierre Bürgermeister Stadt Baesweiler	-	
Gülpen, Renate Hausfrau	-	
Held, Manfred Rentner	-	
Hendriks, Thomas Kommunalbeamter	-	
Ivancic, Janine Buchhändlerin	-	
Krämer, Konrad Verwaltungsbeamter	-	
Mimberg, Marietheres Unternehmensberaterin	-	
Philippengracht, Hubert Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Stadt Herzogenrath	-	
Puhl, Matthias Studiendirektor in Pension	-	
Reinartz, Daniel Regierungsbeschäftigter Land NRW	-	
Schmidt, Manfred Referatsleiter Jugend, Schuler und Sport	-	
Schmittmann, Jörg Realschullehrer a.D.	-	
Schoog, Jörg Kommunalbeamter	-	
Schwedt, Timo Kaufmann für Versicherungen und Finanzen	-	
Strotkötter, René Erster Beigeordneter Stadt Würselen	-	
Tirtey, Balthasar Polizeibeamter	-	
Verhoolen, Gerd Regierungsbeschäftigter Land NRW	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplanes ist laut Aussage der VHS Nordkreis Aachen in Planung.

3.4.1.14 KoPart eG

Basisdaten

Anschrift	KoPart eG Kaiserswerther Str. 199-201 40474 Düsseldorf
Internet	www.kopart.de
E-Mail	info@kopart.de
Telefon	0211/59895755
Telefax	0211/4307722

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft sind Dienstleistungen jeglicher Art zur Unterstützung ihrer Mitglieder, insbesondere die Durchführung rechtskonformer Ausschreibungen sowie die Vermittlung des Wareneinkaufs für ihre Mitglieder und alle damit im Zusammenhang stehender Tätigkeiten, Dienstleistungen zur Unterstützung der nachhaltigen Erfüllung der öffentlichen Zwecke der Mitglieder sowie alles, was mit den oben beschriebenen Gegenständen in Zusammenhang steht.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung sind die Interessen bei kommunalen Anliegen jeder Art.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Hierzu hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<u>Genossenschaftsmitglieder</u>	<u>Zahl</u>
Mitglieder am Anfang des Geschäftsjahres	165
Während des Geschäftsjahres eingetretene Mitglieder	24
Ausgeschiedene Mitglieder	<u>-1</u>
Mitglieder am Ende des Geschäftsjahres	188

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanz- bzw. Leistungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2022 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	285	0	285
Umlaufvermögen	1.146	0	1.146	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	33	0	33
				Verbindlichkeiten	829	0	829
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	1.146	0	1.146	Bilanzsumme	1.146	0	1.146

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der KoPart eG.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	2.325	0	2.325
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	124	0	124
3 Sonstige betriebliche Erträge	6	0	6
4 Materialaufwand	-2.340	0	-2.340
5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-25	0	-25
6 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-28	0	-28
7 Ergebnis nach Steuern	62	0	62
8 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	62	0	62
9 Einstellung in Ergebnismrücklagen	-62	0	-62
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	24,8 %	0,0 %	24,8 %
Eigenkapitalrentabilität	21,7 %	0,0 %	21,7 %
Anlagendeckungsgrad 2	28.468.000,0 %	0,0 %	28.468.000,0 %
Verschuldungsgrad	302,7 %	0,0 %	302,7 %
Umsatzrentabilität	2,7 %	0,0 %	2,7 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Geschäftsverlauf und Lage der KoPart eG

Die KoPart eG erzielte im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 61.712,85 €.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten 24 neue Mitglieder gewonnen werden. Im Geschäftsjahr ist ein Mitglied aus der KoPart eG ausgeschieden.

Entwicklung der KoPart eG

Die Zahl der Mitglieder ist auf 188 gestiegen. Im aktuellen Jahr sind bereits 8 neue Mitglieder zu verzeichnen. Ziel ist es weiterhin, die Mitgliederzahl stetig zu erhöhen.

Neben dem weiteren Ausbau des elektronischen Katalogverfahrens für die Beschaffung des kommunalen Bedarfs sind insbesondere die Einzelleistungen, die über den Geschäftsbesorgungsvertrag über das Mitglied Kommunal Agentur NRW erbracht werden, ein maßgeblicher Beweggrund für viele Kommunen der KoPart eG beizutreten.

So nutzen im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr 15 Mitglieder mehr die Möglichkeiten des Katalogeinkaufs. Die Umsatzsteigerung der Bestellungen durch die Mitglieder betrug etwa 4 Mio. € bei einer Zunahme der Bestellungen von etwa 1600 gegenüber dem Vorjahr.

Bei den Einzelleistungen, die von der Kommunal Agentur NRW über die KoPart eG abgewickelt werden, konnte eine Steigerung von 70 zusätzlichen Projekten auf nunmehr 280 aktive Projekte im Geschäftsjahr verzeichnet werden.

Aber auch die Leistungen der zvs+ zur Übernahme der Funktionen einer zentralen Vergabestelle erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Zwei zusätzliche Mitglieder nutzten im abgelaufenen Geschäftsjahr dieses Angebot und wickelten hierüber 20 zusätzliche Vergabeverfahren ab. Auch aktuell besteht an diesem Angebot starkes Interesse.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Wie auf der letzten Generalversammlung vorgestellt und beschlossen, soll an den Katalogeinkauf im aktuellen Jahr ein Marktplatz angeschlossen werden. Hierfür wurden zwischenzeitlich die technischen

Voraussetzungen geschaffen sowie Verträge mit Mercateo / Unite als Markplatzbetreiber abgeschlossen. Der Markplatz wird nun zunächst von ausgewählten Kommunen getestet und soll nach der Erprobungsphase dann allen Nutzern des Katalogeinkaufs bei Bedarf zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Aufsichtsrat		
Sommer, Christof	Vorsitzender	
Noll, Sabine	1. stv. Vorsitzender	
Frömmer, Martin	-	
Görtz, Thomas	-	
Jacobi, Claus	-	
Schultz, Christoph	-	

Vorstand		
Dr. Fallack, Jan	-	ab 28.03.2022
Gilbert, Philipp	-	bis 28.03.2022
Koll-Sarfeld, Claudia	-	bis 23.11.2022
Siedenberg, André	-	
Wallbaum, Viola	-	ab 23.11.2022
Dr. Queitsch, Peter	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender	
Dr. Togler, Ralf	Vorstandsvorsitzender	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 6 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die KoPart eG beschäftigte im Jahr 2022 keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Würselen zum 31. Dezember 2022

3.4.2.1 Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	2001

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Bauland Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Bauland Würselen GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	18	34	-16
Umlaufvermögen	481	297	184	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	3	3	0
				Verbindlichkeiten	460	260	200
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	481	297	184	Bilanzsumme	481	297	184

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	-0
2 Personalaufwand	-3	-3	0
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8	-9	0
5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4	-2	-2
6 Ergebnis nach Steuern	-16	-14	-2
7 Sonstige Steuern	-0	-0	0
8 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-16	-14	-2

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Die Grundstücke Dobacher Straße sollen nunmehr kurzfristig vermarktet werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, war es notwendig, weitere Grundstücksteile von Miteigentümern zu erwerben. Dies ist im Jahr 2022 erfolgt, so dass die Vermarktung aller Grundstücke im laufenden Geschäftsjahr erfolgen soll. Aus dem Kaufvertrag mit Herrn Lennartz aus dem Jahr 2009 ergibt sich eine Nachschusspflicht auf den Kaufpreis für den Fall der Rechtskraft eines Bebauungsplanes des Baugebietes Dobacher Straße, die ersatzlos entfällt, wenn bis zum Jahre 2024 keine Rechtskraft des Bebauungsplanes eintritt.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben.

3.4.2.2 Bauland Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Bauland Würselen GmbH & Co. KG Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	2010

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Würselen, Neubaugebiet Kapellenfeldchen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Bauland Würselen GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	-0	-1	0
Umlaufvermögen	2	3	-2	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	2	0
				Verbindlichkeiten	0	2	-2
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	2	4	-2	Bilanzsumme	2	4	-2

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	1	0	1
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3	-3	0
5 Ergebnis nach Steuern	-1	-3	1
6 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1	-3	1
7 Belastung auf Kapitalkonten	1	3	-1
Bilanzgewinn	0	0	0

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Zurzeit führt die Gesellschaft keine operativen Geschäfte aus. Die Geschäftsführung hat im abgeschlossenen Geschäftsjahr die Möglichkeiten über den Erwerb und die Erschließung von neuen Grundstücksflächen im Gebiet der Stadt Würselen geprüft und erste Gespräche geführt. Diese Gespräche und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Erschließung von Grundstücksflächen sollen im laufenden Geschäftsjahr weiter konkretisiert werden. Insofern ist von der Fortführung der Gesellschaft auszugehen. Die Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben. Die Kommanditisten werden der Gesellschaft im laufenden Geschäftsjahr ein Darlehen in Höhe von 30.000,00 € gewähren. Diese Darlehen wird mit 3,5% verzinst.

3.4.2.3 Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1999
Telefon	02405/671501

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	20	20	0
Umlaufvermögen	23	22	0	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	2	0
				Verbindlichkeiten	0	0	0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	23	22	0	Bilanzsumme	23	22	0

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	72	72	0
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-75	-75	0
3 Erträge aus Beteiligungen	3	3	0
4 Ergebnis nach Steuern	0	0	0
5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Gegenstand der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat. Die Jahresabschlussprüfung wurde wie im Vorjahr einem Wirtschaftsprüfer übertragen.

Im Jahr 2015 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließenden Grundstücke am Flugplatz Merzbrück weitgehend erwerben können. Im Jahr 2016 wurden Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern der noch benötigten Flächen geführt. Die Kaufverträge hierzu wurden Anfang 2017 beurkundet, so dass sich nunmehr alle für die Erschließung benötigten Grundstücke im Besitz der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG befinden. Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit diesem Zeitpunkt einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planungen für die Grundstückserschließungen bedingt ist. Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zum 01.04.2015 wurde daher der Wechsel der Geschäftsführung auf Herrn Manfred Zitzen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG von den Gesellschaftern beschlossen und vollzogen. Im Jahr 2020 wurde Herr Dr. Edgar Pasderski als Nachfolger von Herrn Manfred Zitzen zum Geschäftsführer ernannt. Mit Gesellschafterbeschluss vom 10.10.2022 wurde der bisherige Geschäftsführer, Dr. Edgar Pasderski, abberufen und Herr Marc Knisch im Rahmen seiner Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG als neuer Geschäftsführer bestellt. Herr Knisch ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Für diese Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG gemäß Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt in Höhe von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG monatlich in Rechnung gestellt.

Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5% des eingezahlten Stammkapital erhöht (vorher 5%), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können.

Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

3.4.2.4 Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1999
E-Mail	www.akm-wuerselen.de
Telefon	02405/671501

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.564	1.578	-14	Eigenkapital	12.075	6.065	6.010
Umlaufvermögen	15.075	8.047	7.028	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	16	15	1
				Verbindlichkeiten	4.550	3.543	1.007
Aktive Rechnungsabgrenzungen	7	5	2	Passive Rechnungsabgrenzungen	6	6	0
Bilanzsumme	16.647	9.630	7.017	Bilanzsumme	16.647	9.630	7.017

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	257	233	24
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.044	177	867
3 Sonstige betriebliche Erträge	1	1	0
4 Materialaufwand	-1.032	-262	-770
5 Personalaufwand	0	-0	0
6 Abschreibungen	-19	-17	-2
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-136	-130	-7
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	1
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-106	-1	-105
10 Ergebnis nach Steuern	10	1	9
11 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10	1	9

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen. Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierenden Verpflichtungen zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen abgeschlossen werden konnten, ist es der Gesellschaft gelungen, alle weiteren Flächen des neuen Gewerbegebietes zu erwerben, so dass die AKM mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes über das Gesamteigentum der Entwicklungsflächen verfügt. Der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der mit Kaufverträgen aus dem Jahr 2014 erworbenen Grundstücksflächen der StädteRegion Aachen (teilweise), Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG und Sparkassen Immobilien GmbH ist mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen im September 2020 und mit Zahlung der fälligen Kaufpreise erfolgt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2020 noch geringfügige Flächenarrondierungen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 182 durch den Erwerb kleinerer Parzellen und des sogenannten Grünweges entlang der K 34 vorgenommen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war zunächst neben der laufenden Arbeit im Rahmen der Vermietung der Bestandsimmobilien und der Verpachtung von Freiflächen im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen herbeizuführen. Durch die Geltendmachung von Bedenken im Hinblick auf die Verkehrssituation der L 223 bzw. der BAB-Auf- und -abfahrten an der A 44 durch Straßen NRW im Dezember 2019 musste die Verkehrsführung innerhalb des Plangebietes noch einmal dahingehend angepasst werden, dass die Verbindungsstraße zwischen dem Bestandsbereich und dem neuen Planbereich, die ursprünglich gepollert werden sollte, für den Verkehr geöffnet wird. Diese Änderung zog auch noch einmal eine gesonderte Betrachtung der Entwässerung nach sich. Insgesamt konnten die Auswirkungen allerdings als unwesentlich bewertet werden, so dass durch den Beschluss des Rates der Stadt Würselen am 01.09.2020 der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen (Gewerbegebiet Aero-Park 1 Merzbrück) gefasst

wurde. Der Bebauungsplan ist mit seiner Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Würselen am 11.09.2020 rechtsverbindlich geworden.

Unmittelbar danach hat das beauftragte Ingenieurbüro mit der Erstellung der Entwurfsplanung für die Erschließung (Straßenbau und Entwässerung) begonnen. Im Zusammenhang mit dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan wurden auch die Regelungen zum Artenschutz und zum ökologischen Ausgleich im Bereich Duffesheider Weg flächenmäßig umgesetzt.

Bereits im Jahr 2018 wurde zur Entwicklung des Aero-Parks 1 Merzbrück (Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen) das Eigenkapital der Gesellschaft um 6,0 Mio. Euro erhöht und es wurden Darlehensverträge über insgesamt 4,5 Mio. Euro insbesondere zur Deckung der anfallenden Grunderwerbskosten und der Erschließungskosten abgeschlossen.

Mit der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zur Verschwenkung und Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes Merzbrück und der entsprechenden Ausbauförderung durch das Land NRW war schließlich die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Flugplatzes als Forschungsflugplatz verbunden. Dies wiederum hat ein nachhaltiges Interesse der Aachener Hochschulen und deren Kooperationspartner geweckt, sich im Gewerbegebiet entlang der Flightline mit eigenen Forschungsvorhaben und Gebäuden ansiedeln zu wollen.

Im Zusammenhang mit den aus dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen zu erwartenden Fördermitteln wird aktuell die Entwicklung des Gesamtstandortes Merzbrück mit seinen rund 80 Hektar an Gewerbefläche vor dem Hintergrund einer ausschließlichen Aviation-Ausrichtung diskutiert. Ergänzt werden soll die Standortentwicklung um die Errichtung eines Mobilitäts-HUB's.

Die StädteRegion Aachen hat dazu im Dezember 2020 die Ausarbeitung eines Masterplanes auf der Grundlage eines Zuwendungsbescheides der Bezirksregierung Köln vergeben.

Durch die Entwicklung des Gesamtstandortes Merzbrück zum NRW-Cluster Luftfahrt mit Forschungsflugplatz und Mobilitäts-HUB soll auf Merzbrück eine einzigartige Kompetenzbündelung von Forschung und Wirtschaft erfolgen. Dabei werden hinsichtlich der Themenkomplexe Innovativität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit völlig andere Standortvoraussetzung eingefordert, als diese bislang über den Bebauungsplan 182 definiert wurden.

Der Masterplan beinhaltet deshalb auch einen technischen Masterplan, der sich intensiv einem ganzheitlichen und gewerkeübergreifenden Planungskonzept zur Entwicklung von Liegenschaften und Quartieren der nächsten Generation widmet. Dabei sind die Themen Co2- neutrale-Energieversorgung, Digitalisierung und Smartness, Wasser, Mobilität, Abfall und Logistik, Infrastrukturkanäle, Komfort, Circular-Economy und Fördermittelrecherche in den Fokus der Betrachtung gerückt.

Eine weitgehende Berücksichtigung der aus dem vorliegenden Masterplan resultierenden Vorgaben soll im Rahmen der Südflächenentwicklung (Süd und Gewerbeflächenpool) erfolgen.

Im Hinblick auf den rechtsverbindlichen Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen wurden zwischenzeitlich entsprechende Anpassungen definiert, die im Rahmen von Änderungsverfahren das bestehende Planungsrecht ergänzen sollen. Seitens der Stadt Würselen wurde so am 07.12.2021 ein Änderungsverfahren zur Anpassung der Bauhöhe auf zukünftig 23 m zuzüglich technischer Aufbauten und Anlagen initiiert. Den entsprechenden Satzungsbeschluss dazu hat der Rat der Stadt Würselen am 21.06.2022 gefasst.

Das zweite Änderungsverfahren wird sich im Wesentlichen auf eine Anpassung des Straßenquerschnitts der inneren Verkehrsflächen im Plangebiet, der Anpassung des Straßenverlaufs sowie der Verkehrsflächenausweisung und einer Nutzungsänderung im Bereich des Innovation Villages sowie der Stellplatzzuweisung und dem Stellplatzschlüssel beziehen, während im dritten Änderungsverfahren die Anbindung des Plangebietes an die L 223 verbessert werden soll.

Zum 2. Änderungsverfahren hat der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Mobilität am 13.12.2022 seinen Aufstellungsbeschluss gefasst.

Vor dem Hintergrund, dass erste potentielle Erwerber im Bereich der Flightline mit Anbindung an den Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück bereits im September 2022 mit der Realisierung erster Baumaßnahmen beginnen wollten, wurden am 26.04.2022 für diesen Bereich die ersten fünf Kaufverträge notariell beurkundet. Um die Erschließung an der Flightline bis dorthin sicherstellen zu können, hat der Aufsichtsrat der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG mit Beschlussfassung vom 05.07.2022

beschlossen, dort die Erschließung vorzuziehen und entsprechende Aufträge für den Kanal- und Straßenbau zu erteilen.

Nach Durchführung der Ausschreibung wurden die entsprechenden Leistungen zur Realisierung des ersten Bauabschnitts im Aero-Park 1 Merzbrück an die Willy Dohmen GmbH & Co. KG vergeben.

Die Gesellschaft konnte mit nicht unwesentlichen zusätzlichen Investitionen die Erschließung der Kaufgrundstücke sicherstellen und am 02.09.2022 eine offizielle Eröffnung der Baustraße durch den NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer und den Repräsentanten der Gesellschafter begehen.

Die Käufer der Grundstücke sind bislang ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Einreichung eines vollständigen und genehmigungsfähigen Bauantrages bei der Stadt Würselen innerhalb von 12 Monaten nach der Beurkundung nicht nachgekommen.

Zum Vergabeverfahren über die Ausführung der Erschließungsleistungen für den zweiten Bauabschnitt Aero-Park 1 Merzbrück erfolgte am 29.11.2022 die Angebotsöffnung. Die Auswertung der Angebote und Vergabevorbereitung war zum 31.12.2022 noch nicht abgeschlossen.

Darstellung der Lage

Im Anlagevermögen wird das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe 1.555.089,92 € (9,34%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden im Wesentlichen die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Nord und Süd in Höhe von 8.550.475,61 € (51,36%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 6.488.420,22 € (38,98%) ausgewiesen. Das Guthaben bei Kreditinstituten beinhaltet einen Betrag in Höhe von 38.698,82 €, das als Treuhandkonto die Kautionen der Mieter umfasst sowie einen weiteren Betrag in Höhe von 370,95 €, der als Kaution verbucht, jedoch noch nicht dem Mietkautionskonto gutgeschrieben wurde.

Der zusammengefasste Betrag (39.069,77 €) wird auf der Passivseite als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Versicherungsbeiträge, Miete für ein Werbegerüst und die Kosten des Webhostings für das Jahr 2023, die bereits im Jahr 2022 bezahlt wurden, sind als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten verbucht.

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Kommanditeinlagen in Höhe von 6.025.200,00 € (36,19%) und die satzungsmäßigen Rücklagen in Höhe von 6.040.143,68 € (36,28%) strukturiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf 4.340.000,00 € (26,07%) Verbindlichkeiten gegenüber der Komplementärin bestehen in Höhe von 17.999,10 €.

Die Erlöse werden durch die Vermietung der im Besitz der Gesellschaft stehenden Gebäude erzielt. Diese Erlöse decken aktuell die laufenden Kosten der Gesellschaft. Außergewöhnliche Ausgaben oder signifikante Veränderungen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Die Prognose des Vorjahres (ausgeglichenes Ergebnis) wurde erreicht. Für das laufende Geschäftsjahr wird mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet.

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Durch den Erwerb der Grundstücksflächen, dem entsprechenden Planungsrecht und der Erschließung entsteht mit dem Aero-Park 1 Merzbrück ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet mit dem Schwerpunkt einer Aviation-Ausrichtung.

Durch den vorhandenen Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück, die hervorragenden Autobahnanbindungen sowie den beabsichtigten Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn bzw. die geplante Anbindung an die Regio-Tram wird von einer zügigen und weitgehenden Vermarktung der Erschließungsflächen ausgegangen.

Durch die länger andauernde Erschließungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass die Veräußerungserlöse der Gesellschaft sukzessive zufließen. Damit ist ein höherer Zwischenfinanzierungsbedarf gegeben, der die Gesellschaft bei steigenden Zinskonditionen mit höheren Zinsleistungen belasten wird.

Zur mittelfristigen Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zinslasten und dem zusätzlichen Grunderwerb für die Entwicklungsbereiche Aero-Park 2 Merzbrück und Aero-Park 3 Merzbrück werden unmittelbare Abstimmungen mit den Gesellschaftern vorzunehmen sein.

Im Rahmen des Strukturwandels hat die Gesellschaft für die Entwicklung des Teilabschnitts Aero-Park 3 Merzbrück am 25.11.2021 einen ersten Fördermittelantrag „Revier Gestalten“ eingereicht. Dazu erfolgte am 29.07.2022 noch einmal eine entsprechende Überarbeitung durch die Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund, dass die Förderrichtlinien und das Fördermittelvergabeverfahren seitens des Fördermittelgebers zwischenzeitlich ebenfalls noch einmal nachjustiert werden, steht eine weitere Aktualisierung zur Mittelbeantragung an. Dabei wird die Gesellschaft auch eine Einbeziehung des Flächenerwerbs aus dem Aero-Park 3 Merzbrück, der der Sicherstellung der Erschließung des Aero-Park 2 Merzbrück dient, berücksichtigen.

Aktuell kann seitens der Gesellschaft keine abschließende Beurteilung darüber abgegeben werden, ob und in welchem Umfang gegebenenfalls Fördermittel aus dem Strukturwandel für eine Vorhabenrealisierung zur Verfügung stehen werden.

3.4.2.5 Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH

Basisdaten

Anschrift	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH Merzbrück 216 52146 Würselen
Gründungsjahr	1993
Internet	https://www.flugplatz-aachen.de/
Telefon	02405/73597
Telefax	02405/73390

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Beteiligung ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück, sowie die zeitweise Nutzung des Geländes für Veranstaltungen im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt sowie die Durchführung von Kulturveranstaltungen in Würselen gewährleistet. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	7.936	8.031	-95	Eigenkapital	657	788	-132
Umlaufvermögen	709	1.167	-458	Sonderposten	3.354	3.444	-90
				Rückstellungen	716	701	15
				Verbindlichkeiten	3.914	4.277	-363
Aktive Rechnungsabgrenzungen	12	12	-0	Passive Rechnungsabgrenzungen	15	0	15
Bilanzsumme	8.656	9.210	-554	Bilanzsumme	8.656	9.210	-554

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	382	327	55
3 Sonstige betriebliche Erträge	299	976	-677
4 Materialaufwand	-4	-3	-1
5 Personalaufwand	-274	-247	-27
6 Abschreibungen	-218	-188	-30
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-228	-937	709
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-131	-105	-25
10 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-3	-1	-2
11 Ergebnis nach Steuern	-175	-177	2
12 Sonstige Steuern	-0	-0	-0
13 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-176	-177	2

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2022:

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Flugplatz ist gem. § 49 Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) von 1964, zuletzt geändert am 12.12.2019, ein Landeplatz des allgemeinen Verkehrs. Landeplätze sind Flugplätze, die nach Art und Umfang des vorgesehenen Flugbetriebs einer Sicherung durch einen Bauschutzbereich nach § 12 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) nicht bedürfen und nicht nur als Segelfluggelände dienen. Gem. § 12 Abs. 4 i.V. mit § 17 LuftVG wurde jedoch für Merzbrück ein beschränkter Bauschutzbereich nach Maßgabe der Luftaufsichtsbehörde im Rahmen der Planfeststellung zugunsten des Umbaus des Platzes festgesetzt. Aufgrund der Einstufung unterliegt der Flugplatz einer Betriebspflicht nach § 45 LuftVZO. Dabei ist ein betriebssicherer Zustand zum ordnungsgemäßen Betrieb vorzuhalten.

Der Flugplatz Aachen-Merzbrück ist Schwerpunktlandeplatz, das heißt ein Luftverkehrsstandort für Luftfahrzeuge bis 5,7 t Abfluggewicht zur Abwicklung des Mittelstreckenverkehrs zu Zielen im In- und Ausland.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde der Umbau des Platzes abgeschlossen.

Mit in der Vergangenheit durchschnittlich 45.000 Flugbewegungen pro Jahr (Basis: Mittelwert aus den Jahren 2018, 2019 und 2021) gehört der Flugplatz Aachen-Merzbrück zu den verkehrsreichsten der Bundesrepublik. Seit Inbetriebnahme nach dem Platzumbau konnte ein stetiger Anstieg der Flugbewegungszahlen registriert werden, letztlich konnten im Berichtsjahr ca. 55.000 Flugbewegungen registriert werden.

Der Flugplatz verfügt über eine asphaltierte Piste von 1.160 m Länge und 18 m Breite bei einer für Start und Landung verfügbaren Länge in Bezug auf die versetzten Schwellen (07 und 25) von 947 m. Ebenso ist der Platz Landesleistungsstützpunkt für Segelflug in NRW und mit einer 935 m langen Motor- und Windenschleppbahn mit Kunststoffgitterplattenbelag sowie einer 610 m langen schotterrasenbefestigten Segelfluggeländebahn ausgestattet. Dem Prädikat des Landesleistungsstützpunktes gerecht werdend, wurde für den Segelfluggelände weitgehend auf lärm- und emissionsarmen Elektrowindenbetrieb umgestellt.

Die befestigten Flugplatzbetriebsflächen vervierfachten sich mit dem Umbau von 10.400 m² auf 45.000 m². Die Gesamtfläche des Flugplatzes vergrößerte sich von 33 Hektar vor dem Ausbau auf 38 Hektar.

Der Flugplatz Aachen-Merzbrück ist an 365 Tagen des Jahres, d.h. in der Regel 7 Tage/Woche von 09:00 bis 20.30 Uhr (Sommer) bzw. bis 30 Minuten nach Sonnenuntergang (Winter) geöffnet. Auf Anträge besteht die Möglichkeit außerhalb der regulären Öffnungszeiten, von 07:00 bis 09:00 Uhr und 20:30 bis 22:00 Uhr, Flüge abzufertigen. Insgesamt steht der Flugplatz an circa 3.700 Stunden pro Jahr den Nutzern zur Verfügung.

An Verkehrslandeplatz können betrieben werden:

- Flächenflugzeuge mit Propellerantrieb bis zu max. 5,7 t,
- Hubschrauber bis zu einem Gewicht von max. 5,7 t,
- selbststartende Motorsegler, Segelflugzeuge und Motorsegler im Flugzeug- und Windenstartverfahren,
- dreischachsgesteuerte Ultraleichtluftfahrzeuge,
- Luftschiffe und Ballone.

Den durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schleicher & Dr. jur. Robertz GmbH & Co. KG aufgestellte Jahresabschluss der Gesellschaft prüft die Kanzlei Neumann, Schmeer und Partner mbB.

Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

Flugbewegungen

Im Geschäftsjahr konnte, insbesondere aufgrund der guten Bedingungen, die sich aus dem Umbau des Platzes ergeben, ein deutlicher Zuwachs an Starts und Landungen verbucht werden. Es gab insgesamt ca. 55.200 (Vorjahr 43.771) Flugbewegungen, davon 26.600 (Vorjahr 18.064) gewerbliche Flüge und 2.895 (Vorjahr 2.408) Segelflüge.

Die Einnahmen aus den Start-, Lande- sowie Nutzungsentgelten decken die Ausgaben der Gesellschaft nicht.

Personal

Die Umsatzerlöse fallen im Verhältnis zum Planansatz erfreulich aus. Mit einem Wert von 382.144,31 € konnte der Planwert 2022 in Höhe von 320.000 € um über 60.000 € verbessert werden.

Für Löhne und Gehälter wurden 212.484,62 € (Plan 2022 – 271.500 €) und soziale Abgaben 61.154,98 € (Plan 2022 – 56.500 €) aufgewendet. Die Personalsituation stellt sich wie folgt dar:

Geschäftsführung mit anteiliger Kostenübertragung der Personalkosten durch die Gesellschaft

Vollzeitkräfte 3

Teilzeitkräfte 1

Aushilfskräfte 9

Förderung des Ausbaues des VLP

Mit Bescheid vom 16.4.2019 wurde der FAM eine Förderzusage von 75% der Baukosten zum Umbau des VLP maximal begrenzt auf 4 Millionen Euro gegeben. Die Mittel wurden grundsätzlich im Berichtsjahr verausgabt. Der Eigenanteil der FAM in Höhe von 25% der förderfähigen Baukosten wird durch Gesellschafterdarlehen eingebracht. Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf rund 6,5 Mio. €. Die Abrechnung der Maßnahme gegenüber dem Fördergeldgeber wird im Juni 2023 vorgelegt. Im Oktober 2019 startete der Ausbau des VLP, mit Abschluss des Berichtsjahres wurden die Arbeiten grundsätzlich abgeschlossen. Durch die Verschwenkung der Landebahn wird die Elektrifizierung der Bahnstrecke entlang des Flugplatzes möglich. Daher erhält die FAM aus dem im Jahr 2018 geschlossenen Vertrag mit der EVS Entschädigungsleistungen für den Umbau des VLP i.H.v. 1,85 Mio. €. Die Zahlungen stehen unter dem Vorbehalt, dass die Elektrifizierung der Strecke und Genehmigung des Haltepunktes erfolgt sind. Dies ist im Berichtsjahr nicht erfolgt.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2021 endete mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 177.437,90 €. Das Vorjahr 2020 schloss mit einem Fehlbetrag in Höhe von 19.488,60 € ab.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft bestehen aus Landeentgelten, Pachteinahmen, Provisionserlösen im Zusammenhang mit dem Agenturvertrag mit der TotalEnergies und Erlösen aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit.

Die Erträge des operativen Geschäftes im Berichtsjahr sind:

245.801,51 € Landeentgelte (2020 – 190.105,14 €; 2021 – 210.472,64 €)

2.404,05 € Nutzungsentgelte

Fehlendes Eigenkapital für die investiven Maßnahmen erfordern Zuschüsse der Gesellschafter.

Die Wirtschaftsplanung 2022 ging von einem geplanten Ergebnis von -202.280 € aus.

Tatsächlich konnte eine Verbesserung erreicht und mit einem Ergebnis von -175.705,88 € abgeschlossen werden.

Prognose, Chancen und Risiken

Im Jahr 2022 wurde der Umbau des Verkehrslandeplatzes weitgehend abgeschlossen. Mit dem Umbau wird die Sicherheit des Flugbetriebes erhöht, die Lärmsituation für das Umfeld gemindert und der Eingriff in die Umwelt kompensiert.

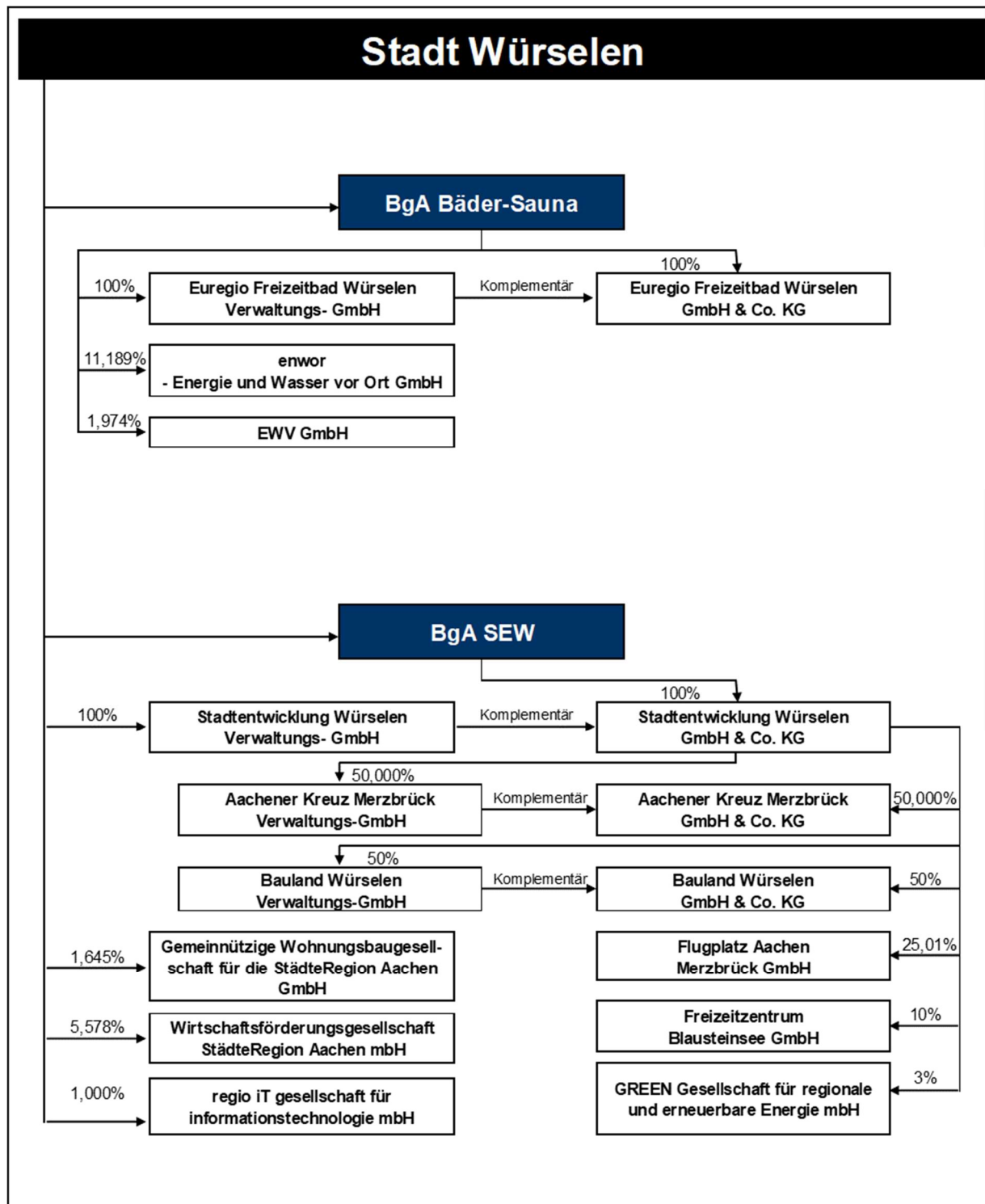
Die Förderung des Landes NRW und der Beschluss, diesen als Forschungslandeplatz für die Zukunft zu betreiben, schafft Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze in der unmittelbaren Umgebung und ist

von großer Bedeutung für die Aachener Region und für die Luftfahrt in NRW. Damit ist die Standortentwicklung auf der Grundlage des umgebauten VLP ein wesentlicher Baustein zur Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier.

Die Gesellschafter verschaffen dem Unternehmen die notwendige Liquidität für das operative Geschäft durch Übernahme des Kapitaldienstes und ggf. entstehender Verluste, sowie durch die zur Verfügung gestellten Kredite für den Umbau. Insgesamt ist der Fortbestand des Unternehmens durch den Umbau zum Forschungsflugplatz und der Nutzung der zukünftigen umgebenden Wissenschaftsinstitutionen und Wirtschaftsunternehmen gesichert.

In diesem Zusammenhang planen die Gesellschafter für 2023 eine Erweiterung des Gesellschaftszwecks und der Gesellschafterstruktur, um die Aufgaben der Standortentwicklung insgesamt erfolgreich zu gestalten und innerhalb des im Aufbau befindlichen Luftfahrtnetzwerks NRW eine maßgebliche Rolle einzunehmen. Dabei soll insbesondere im engen Schulterschluss mit den Aachener Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen sowie dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt der Aviation-Schwerpunkt Aachen-Merzbrück gestaltet werden. Die Aviation-Standortentwicklung als Basis der einschlägigen zukunftsfähigen, digitalen und nachhaltigen Wirtschaft soll ebenso eine innovative Mobilitätsoffensive aufgrund der besonderen Lagegunst des Standortes verfolgen (BAB 4 und BAB 44/ überreg. Straßenanbindung; Euregiobahn/ RegioTram/ Schiene; Luftverkehr/ VLP Aachen-Merzbrück).

4 Darstellung der Betriebe gewerblicher Art sowie der Beteiligungsunternehmen



5 Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Institutionen

Stand: August 2023

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Nießen	Roger	Bürgermeister	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
EWV - Energie- und Wasserversorgung GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Beirat	Vertreter	
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Städteregion Aachen	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
KoPart eG	Generalversammlung	Vertreter	
PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Bauland Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Bauland Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Lärmschutzbeirat	Vertreter	
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Städte- und Gemeindebund NRW	Arbeitsgemeinschaften	Vertreter	
	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Verbandsversammlung	Vorsitzender	
	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter	

RegioEntsorgung AöR	Verwaltungsrat	Vertreter
Deutsch-Französische Gesellschaft e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft Würselen-Campagnatio e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
EUREGIO Verkehrsschienennetz GmbH	Beirat	Vertreter
Freundschaftsgesellschaft Burkina Faso/Reó e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Ruichang e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Grünmetropole e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Spiritaneer-Stiftung	Kuratorium	Vertreter
	Beirat	Vertreter
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Vorstand	Vertreter
	Mitgliederversammlung	Vertreter

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
von Hoegen	Till	Technischer Beigeordneter	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
EWV - Energie- und Wasserversorgung GmbH		Beirat	Vertreter
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städtereion Aachen mbH		Gesellschafterversammlung	Vertreter
		Aufsichtsrat	Vertreter
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH		Lärmschutzbeirat	Vertreter
Wasserverband Eifel/Rur		Verbandsversammlung	Vertreter
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund		AVV Beirat in der StädteRegion Aachen	Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung		Ausschuss für Strukturfragen	Vertreter
ÖPNV ASEAG		Verkehrsbeirat ASEAG	Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Strotkötter	René	Erster Beigeordneter	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen		Verbandsversammlung	Vertreter
		Fachausschuss	Vertreter
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.		Mitgliederversammlung	Stellvertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Kaiser	Alexander	Kämmerer	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Beginn		Organ	Funktion
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH		Gesellschafterversammlung	Stellvertreter

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Benend	Guido	Landwirt	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat		Stellvertreter
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung		Vertreter
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Vorstand		Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Benja	Michaela	Qualitätsmanagementbeauftragte	UWG
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreterin
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung		Vertreterin

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Carduck	Hans	Rentner	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
VfR Würselen 1911		Ehrenvorsitzender	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Carduck	Markus	Angestellter	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
VfR Würselen 1911		Vorsitzender	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Claßen	Melanie	Leitung Rechnungswesen	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	

Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreterin
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen		Verbandsversammlung	Stellvertreterin
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Debray	Tobias	Jurist	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Rauchclub Haal		Vorstand	Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Drabent	Hans-Peter	Pensionär	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft Würselen-Campagnatio e.V.		Vorstand	Vertreter
Seniorenunion Würselen			Vorsitzender
Behindertensportclub Würselen		Vorstand	Mitglied
CDA Würselen			kommissarischer Vorsitzender
Kreuzverein Würselen		Vorstand	Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Dumke	Andreas	Math. Techn. Assistent	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen		Verbandsversammlung	Vertreter
		Fachausschuss	Vertreter
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.		Mitgliederversammlung	Vertreter
Förderverein Asyl			Mitglied
Wir in Würselen			Mitglied

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Eck	Alexander	Finanzbeamter	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung		Vertreter

Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreter
Interessengemeinschaft Euchener Hauptkirmis			Vorsitzender
Interessengemeinschaft Dorfhaus Euchen			Vorsitzender
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Franzen	Heiko	Leiter Qualitätsmanagement und Arbeitssicherheit	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Fries	Anna	Dekanatsassistentin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Fries	Max	Referent	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Städtische Kindertageseinrichtung "In der Dell="			Trägervertreter
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.		Vorstand	Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Hahn	Winfried	Rentner	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
KG Au Ülle			Stellv. Vorsitzender
Rhenania Würselen			Ehrenrat
Bissener Bürgerverein			Vorsitzender
Bissener Maigesellschaft			Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Hahnraht	Yvonne	Fallmanagerin Rehabilitation	SPD

Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreterin
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreterin
Wasserverband Eifel/Rur		Verbandsversammlung	Vertreter
Haus- & Wohnungseigentümerverein Nordkreis e.V.			Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Havers	Peter	Unternehmensberater	fraktionslos
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Janas	Erwin	Rentner	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
KZV R 174 Würselen-Scherberg			Vorsitzender
Landesverband des Rheinischer Rasse-Kaninchenzüchter e.V.			Stellv. Vorsitzender
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Jawher-Özkesemen	Demet	Angestellte/Leiterin Sozialamt	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Landesintegrationsrat NRW		Vorstand	Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Jochmann	Michael	Dipl. Ingenieur E-Technik/Projektleitung	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreter
Bürgersolaranlage Richterich GbR mbH			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Küppers	Christoph	Leitung des Amtes für Recht und Versicherungen, Geschäftsführung, Lehrbe-auftragter	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat		Stellvertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Küppers	Claudia	Dipl. Sozialarbeiterin	fraktionslos
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Stellvertreterin
Biene e.V.	Vorstand		Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Kurmann	Jörg	Pflegedirektor	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreter
Pflegekammer NRW			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Lohmann	Josefine	Rentnerin	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreterin
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Vorstand		Vertreterin
Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH	Aufsichtsrat		Vorsitzende
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Mitglied
Städteregionstag			
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.			Geschäftsführerin

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Mimberg	Marietheres	Unternehmensberaterin	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreterin
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung		Vertreterin
CoWorkLand eG Genossenschaft			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Parschmann	Hans-Bernd	Rentner	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Reuters	Alfred	Dipl. Designer	Die Partei
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Türöffner e.V.			
Metropolis e.V.			
Gesellschaft für Zeitgenössische Kunst und Gegenwartskultur			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Scherberich	Theo	Rentner	UWG
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schmitz	Karl-Jürgen	Rechtsanwalt	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender	
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
	Lärmschutzbeirat	Stellvertreter	
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Bauland Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Bauland Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
St. Hubertus Schützenbruderschaft Würselen - Scherberg 1894 e.v.		Vorsitzender	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Ruichang e.V.	Vorstand	Vertreter	
Verein zur Förderung des Scherberger Maibrauchtums			
KG Au Ülle			Senat

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schmitz	Sven Karl	Baufinanzierungsberater	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
SKS Consultings		Geschäftsführer	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schüppen-Büttgen	Brigitta	Lehrkraft für Pflegeberufe	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Sieben	Anne	Rentnerin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Thielen	Ferdi	Rentner	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Thorand	Dagmar	Steuerberaterin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Mensaverein Würselen e.V.		Vorsitzende	
Reitverein Gut Klösterchen		Kassiererin	
Gynergie e.V.		Vorsitzende	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Tirtey	Bathasar	Polizeibeamter	CDU

Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen		Verbandsversammlung	Vertreter
		Fachausschuss	Stellvertreter
Deutsch-Französische Gesellschaft e.V.		Vorstand	Vertreter
1. Würseler Karnevalsverein 1928			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Tremöhlen	Heike	Hauswirtschaftsleitung	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG		Aufsichtsrat	Vertreterin

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Voigt-Küppers	Eva-Maria	Renterin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH Köln		Aufsichtsrat	Mitglied
AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen		Aufsichtsrat	Mitglied
Der Sommerberg AWO Vertriebsgesellschaft mbH Rösrath		Aufsichtsrat	Mitglied
DSE Dienstleistungen für soziale Einrichtungen GmbH Köln		Aufsichtsrat	Mitglied
DRK Ortsverband Würselen			Stellv. Vorsitzende
Wir in Würselen		Vorstand	Mitglied
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung		Vorstand	Mitglied
Arbeiterwohlfahrt Mittelrhein			Präsidiumsmitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Wetzstein	Wolfgang	Medizinisch-Techn. Assistent	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Woltery	Lukas	Steuerberater	CDU

Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
HC Weiden 2018 e.V.		Vorstand	Mitglied
Weidener Turnverein 1869 e.V.			
St. Sebastianusschützen Bardenberg e.V.			
Heimatverein Bardenberg e.V.			
Förderverein Kindergarten Peter und Paul Bardenberg e.V.			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Ziegenhagen	Nicole	Senior Consultant	Die Partei
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Weidener Sportverein			

6 Berechnungsgrundlage für Finanzkennzahlen

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$$

Zum einen stellt die Eigenkapitalquote das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital in einem Unternehmen dar und zum anderen repräsentiert sie den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. In der Regel kann ein Unternehmen mit einer höheren Eigenkapitalquote Krisen oder andere negative Entwicklungen besser abfedern, da es über eigene Rücklagen verfügt. Deshalb dient die Eigenkapitalquote dazu, Kapitalkraft, finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit eines Unternehmens zu bewerten. Eine Eigenkapitalquote über 20 % ist im Regelfall positiv zu bewerten, ab 30 % oder mehr ist der Eigenkapitalanteil als „gut“ einzuschätzen.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresergebnis nach Steuern} \times 100 / \text{Eigenkapital}$$

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Rendite des eingesetzten Eigenkapitals an. Sie misst die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens. Ein Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalrentabilität ist im Vergleich zu anderen Firmen aus der gleichen Branche als ein erfolgreiches bzw. wirtschaftliches Unternehmen anzusehen.

$$\text{Anlagedeckungsgrad II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100 / (\text{Anlagevermögen} + \text{ständig gebundenes Umlaufvermögen})$$

Der Anlagedeckungsgrad II gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang das Anlagevermögen langfristig finanziert ist. Beträgt der Deckungsgrad II bspw. 80 %, bedeutet dies, dass 80 % des Anlagevermögens langfristig finanziert sind und dementsprechend die übrigen 20 % kurzfristig finanziert werden müssen.

$$\text{Verschuldungsgrad} = \text{Fremdkapital} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Der Verschuldungsgrad bezeichnet das Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital. Er informiert über die Verschuldung eines Unternehmens. Zu einem Unternehmensziel gehört es, den Verschuldungsgrad so gering wie möglich zu halten.

$$\text{Umsatzrentabilität} = \text{Gewinn} / \text{Umsatz} \times 100$$

Die Umsatzrentabilität beschreibt, welche Summe ein Unternehmen im Vergleich zum Umsatz verdient hat. Grundsätzlich können aus der Veränderung und Entwicklung der Umsatzrentabilität Rückschlüsse gezogen werden und die Effizienz abbilden. Eine Steigerung kann daraufhin deuten, dass die Produktivität des Unternehmens steigt. Bei einer sinkenden Umsatzrentabilität kann von einem Produktivitätsabfall ausgegangen werden.

7 Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AGIT	Aachener Gesellschaft für Innovations- Technologietransfer mbH
AZUBI	Auszubildende
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHKW	Blockheizkraftwerk
EBIT	Ergebnis vor Steuern zuzüglich Zinsaufwand – ohne Zinsanteil der Zuführung zu Pensionsrückstellungen- (Earnings before Interest and Taxes) –
EBITDA	Ergebnis vor Steuern zuzüglich Zinsaufwand –ohne Zinsanteil der Zu-führung zu Pensionsrückstellungen- und Abschreibungen – incl. auf Finanzanlagen – (Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization)
EBT	Ergebnis vor Steuern (Earnings before Interest)
EK	Eigenkapital
enwor	enwor – energie und wasser vor ort GmbH
e.V.	eingetragener Verein
EWV	Energie- und Wasser-Versorgung GmbH
FAM	Flughafen Aachen-Merzbrück GmbH
FGA e.V.	Fluggemeinschaft Aachen e.V.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GWG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen
GWh	Gigawattstunden
HGB	Handelsgesetzbuch
IHK	Industrie- und Handelskammer zu Aachen
KG	Kommanditgesellschaft
kWh	Kilowattstunden
MKJFGFI	Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
MWh	Megawattstunden
NRW	Nordrhein-Westfalen
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
SEW	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH
WWV	Wärmeversorgung Würselen GmbH
ZAR	Zukunftsinitiative im Aachener Raum e.V.

Amt 20
Finanzen und Controlling

Herausgeber:
Stadt Würselen
Morlaixplatz 1
52146 Würselen

